

Bezirkskonferenz
17. & 18. Juni 2023
Hustedt



Beschlussbuch

„Gerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange die Ungerechtigkeit woanders fortbesteht.“

- Martin Luther King Jr.

Antrag AP01: "Gerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange die Ungerechtigkeit woanders fortbesteht." Arbeitsprogramm des Juso-Bezirksvorstands 2023/24

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

1 Vorwort

2 Wir sind die Generation der Krisen. Viele von uns haben als Kinder und Jugendliche
3 die weltweite Finanzkrise erlebt, in der Banken gerettet und ganze Staaten in die
4 Armut gestürzt wurden. In den letzten Jahren erlebten wir erst die Corona-Pandemie,
5 dann, kaum schien ein wenig Normalität eingeleitet zu sein, sahen wir, wie Russland
6 die Ukraine mit einem brutalen Angriffskrieg überfiel. Daraus folgten eine
7 Energiekrise und eine Krise der Währungsstabilität in Form von massiver Inflation.
8 Während Unternehmen wie die Deutsche Bahn üppige Boni auszahlen, müssen die
9 Arbeitnehmer*innen mit massiven Reallohnverlusten kämpfen. Lohnforderungen, die schon
10 als „zu hoch“ gelten, gleichen nicht einmal die Inflation aus. Schon lässt sich an
11 vielen Stellen das Narrativ finden, Europa werde jetzt ärmer und wir müssten eben
12 alle den Gürtel enger schnallen. Dieses Narrativ geht komplett an der Realität
13 vorbei. Die Wahrheit ist: Viele werden ärmer und wenige werden viel reicher. Zur
14 gleichen Zeit sitzt ein FDP-Finanzminister auf der Staatskasse, sperrt sich gegen
15 Steuererhöhungen und blockiert Investitionen in unsere Zukunft. Unsere Generation
16 wird es sein, die die Kosten dieses Sparkurses zu tragen haben wird.

17

18 Deshalb werden wir Jusos gebraucht: Als Sozialist*innen kämpfen wir gegen die
19 Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert und die sich in der Krise noch weiter
20 vergrößert. Wir stehen dabei an der Seite der Gewerkschaften, unterstützen ihre
21 Arbeitskämpfe und tragen die Interessen der Arbeiter*innen in die SPD. Als
22 Feminist*innen erkennen wir, dass Krisen im Patriarchat in einem besonderen Maße
23 FINTA*-Personen treffen, zum Beispiel durch eine ohnehin schon höhere
24 Armutsgefährdung im Erwerbsleben und eine ebenso ungleich verteilte Care-Arbeit. Als
25 Internationalist*innen beschränkt sich unsere Analyse nicht auf nationale Grenzen.
26 Wir kämpfen für ein Europa der gleichwertigen Lebensbedingungen und für ein Ende der
27 Ausbeutung in globalen Lieferketten. Wir sehen, wie eng unsere Verbandssäulen
28 miteinander verbunden sind: Im Iran kämpft eine feministische Revolution gegen das
29 Mullah-Patriarchat und gleichzeitig gegen das wirtschaftliche Elend, unter dem die
30 Mehrheit der Bevölkerung leidet. Dafür suchen sie weltweit nach Unterstützung. Dieser
31 Ruf nach Freiheit und Gleichheit muss von uns gehört und beantwortet werden.

32

33 Wir Jusos sind der Jugendverband der stärksten Partei im Deutschen Bundestag und
34 zugleich ihr linker Richtungsverband. Damit kommt uns eine besondere Verantwortung
35 zu. Durch die SPD-geführte Bundesregierung können wir tatsächlich politisch
36 gestalten. Das hängt auch an unserer Arbeit im Bezirk Hannover. Es ist unsere
37 Verantwortung, die Positionen junger, linker Menschen in die Partei zu tragen, für

38 linke Mehrheiten zu kämpfen, Kompromisse auszuloten und Debatten zu führen, wo es
39 notwendig ist. Wir Jusos werden gebraucht.

40

41 **Europawahl 2024**

42 2024 wird das Europäische Parlament gewählt. Wir Jusos bekennen uns klar zur
43 europäischen Integration und kämpfen weiterhin für die Vereinigten Staaten von Europa
44 als einen wichtigen Schritt, die Nationalstaaten zu überwinden. Gleichzeitig sehen
45 wir, dass die EU ihren eigenen Ansprüchen und Werten an vielen Stellen noch nicht
46 gerecht wird. Wir kämpfen für ein soziales, demokratisches und vielfältiges Europa.
47 Wir kämpfen für ein Europa, dem gemeinsam die sozialökologische Transformation
48 gelingt. Wir kämpfen für ein Europa, das demokratische Bestrebungen auch außerhalb
49 der eigenen Grenzen unterstützt und Autokratien mit klarer Haltung begegnet. Wir
50 kämpfen für ein Europa, das Schutzsuchenden Schutz bietet, ungeachtet beispielsweise
51 ihrer Religion oder Herkunft. Mit unseren Forderungen für eine bessere EU werden wir
52 in den Wahlkampf ziehen. Unser Jugendwahlkampf wird besonders wichtig sein, weil zum
53 ersten Mal bereits ab 16 Jahren gewählt werden darf. Dabei ist es uns wichtig, den
54 Wahlkampf in die Fläche des Bezirks zu tragen. Dafür werden wir wieder eine Bustour
55 anstreben. Wir sind entschlossen, uns für ein besseres Europa und eine gerechtere
56 Welt einzusetzen und werden im Jugendwahlkampf 2024 mit klaren Forderungen und einer
57 starken Präsenz vor Ort auftreten.

58

59 **Bildungsarbeit**

60 Im kommenden Vorstandsjahr wird unsere Bildungsarbeit weiterhin ein wichtiger
61 Bestandteil unserer Arbeit sein. Einen Großteil unserer regelmäßigen
62 Bildungsveranstaltungen wollen wir nach wie vor in Präsenz durchführen, da nicht nur
63 die inhaltliche Arbeit in Präsenz häufig effektiver ist, sondern auch eine deutlich
64 bessere Möglichkeit zur Vernetzung besteht. Bei dem Format wollen wir auf die
65 bewährten 2-tägigen Denkfabriken zu unseren Verbandssäulen setzen. Zusätzlich wollen
66 wir die beliebten eintägigen Thinktanks zu ausgewählten Themen fortführen, um auch
67 vertiefende Inhalte und Positionen zu erarbeiten. Unser Bildungsangebot soll flexibel
68 durch digitale Veranstaltungen zu aktuellen Themen ergänzt werden, damit allen
69 Mitgliedern aus den 13 Unterbezirken eine einfache Teilnahme an kompakten
70 Bildungsveranstaltungen ermöglicht wird. In der Gestaltung der
71 Bildungsveranstaltungen und Workshops wollen wir durch gezielte Einladung von
72 Expert*innen zu den jeweiligen Themen für ein inhaltliche hohes Niveau sorgen, damit
73 die Teilnehmer*innen ein gutes Fundament für die politische Arbeit in den
74 Unterbezirken mitnehmen können und unseren Verband insgesamt stärken. Darüber hinaus
75 wollen wir den Teilnehmer*innen viel Platz für den persönlichen Austausch und die
76 Vernetzung geben. Weiterhin fester Bestandteil ist das Angebot der „BeVos auf Abruf“,
77 bei dem sich die einzelnen Unterbezirke nach individuellem Bedarf an die thematisch
78 verantwortlichen Mitglieder des Bezirksvorstandes wenden, um inhaltliche Fragen zu
79 diskutieren oder auch ein digitales oder Präsenz-Seminar zu vereinbaren.

80

81 **Über die Denkfabriken hinaus**

82 Der Drang nach persönlichem Austausch und Kennenlernen im Verband hat nach der
83 Corona-Pandemie zugenommen und in vielen Unterbezirken treten neue Mitglieder ein und
84 nehmen an ihren ersten Bildungsveranstaltungen teil. Unsere Mitglieder treten wegen
85 ihrer politischen Überzeugungen ein, aber sie bleiben aktiv, weil sie sich bei uns im
86 Verband wohlfühlen, Spaß haben und vielleicht sogar Freund*innenschaften schließen.
87 Auch im nächsten Jahr wollen wir deshalb neben unseren Bildungsveranstaltungen
88 weitere Möglichkeiten zur Vernetzung unserer Mitglieder anbieten. Ein mögliches
89 Format dafür kann z.B. ein jungsozialistisches Frühlingfest zum gemeinsamen Auftakt
90 des Europa-Wahlkampfes sein. Nachdem im vergangenen Vorstandsjahr weitere
91 Veranstaltungen abseits unserer Denkfabriken, wie eine Gedenkstättenfahrt oder ein
92 Synagogenbesuch, durchgeführt wurden, wollen wir solche Ortsbegehungen sowie Fahrten
93 und Exkursionen grundsätzlich in unsere Arbeit aufnehmen. Zur besseren Übersicht,
94 Planungssicherheit und für eine hohe Transparenz wollen wir wieder einen Kalender mit
95 den geplanten Veranstaltungen und weiteren Terminen den Unterbezirken zur Verfügung
96 stellen. Ebenso werden wir erneut eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz (UBVK)
97 organisieren, um hier den Austausch unter den Unterbezirken zu fördern, für Themen zu
98 sensibilisieren und neue Herangehensweisen in der Verbandsarbeit publik zu machen.

99

100 Die Vernetzung zwischen Angehörigen marginalisierter oder minoritärer Gruppen
101 herzustellen und ihnen geschützte Räume zu eröffnen, ist ein wirkungsvoller Ansatz
102 zur Bekämpfung struktureller Diskriminierung und Benachteiligung. Diesen Ansatz haben
103 bereits die ehemaligen Bezirksvorstände in ihrer Arbeit verfolgt, um insbesondere
104 FINTA*-Personen zu stärken. So waren die Durchführung von FINTA*-Vernetzungen, die
105 Awareness-Teams und die Genderplena wichtige Bestandteile unserer
106 Bildungsveranstaltungen. An diese Arbeit möchte auch der zukünftige Vorstand
107 anschließen. Die FINTA*-Vernetzungen als geschützter Raum für FINTA-Empowerment
108 sollen weitergeführt und weiterentwickelt werden, während zugleich die Bestrebungen
109 des Landesverbands unterstützt werden, zusammen mit den niedersächsischen Bezirken
110 BIPOC-Vernetzungsmöglichkeiten zu schaffen.

111

112 **Unsere Themen**

113 **Kampf dem Patriarchat - Gleichstellung jetzt!**

114 Der Feminismus ist eine unserer vier Verbandssäulen, auf denen sich unsere gesamte
115 politische und organisatorische Arbeit im Verband stützt. Immer wieder merken wir,
116 wie wichtig der feministische Kampf gegen das Patriarchat für eine freie,
117 selbstbestimmte und gerechte Gesellschaft ist. Machtdynamiken müssen in unserem
118 Verband und in der gesamten Gesellschaft sichtbar gemacht, kritisch hinterfragt und
119 bekämpft werden. Dafür spielt die Bildungsarbeit innerhalb unseres Verbandes eine
120 wichtige Rolle. Denn nur so können wir unsere Mitglieder weiterhin für das Thema
121 sensibilisieren und auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam machen. Besonders
122 der Blick durch eine intersektionale Brille ist dabei von hoher Wichtigkeit. Eine
123 feministische, intersektionale sowie queere Perspektive muss für uns bei allen Themen

124 mitgedacht werden, da sich das Patriarchat in allen politischen und
125 gesellschaftlichen Bereichen manifestiert und wir nur so einen
126 gesamtgesellschaftlichen Wandel vollziehen können.

127

128 Besonders im Kampf gegen das Patriarchat ist das Reflektieren von Privilegien immer
129 wieder ein wichtiger Bestandteil. Besonders unsere männlichen Genossen müssen auf
130 ihre Privilegien hingewiesen werden, diese reflektieren und für eine
131 gemeinschaftliche profeministische Praxis motiviert werden. Dadurch soll das
132 Bewusstsein für Machtstrukturen und diskriminierendes Verhalten geschärft werden und
133 zu einer Veränderung der Situation beitragen. Kritische Männlichkeit ist somit
134 essenziell für einen jungsozialistischen sowie feministischen Werkzeugkasten und ist
135 notwendig zur Überwindung des Patriarchats.

136

137 Unser Feminismus ist materialistisch, queer und intersektional. Wir wollen damit auf
138 die ökonomische Benachteiligung als Problem des Kapitalismus, welcher auf der Care-
139 Arbeit von Frauen und der Produktionsarbeit von Männern beruht, aufmerksam machen und
140 setzen uns für eine faire und gleiche Bezahlung aller Geschlechter ein. Ebenso
141 spielen bei uns im Verband queere Themen eine herausragende Bedeutung. Daher denken
142 wir in allen Bereichen unserer Arbeit queere Perspektiven mit. Nicht nur wollen wir
143 queeren Themen Sichtbarkeit verschaffen, sondern auch an queeren Veranstaltungen wie
144 dem CSD teilnehmen. Zudem ist es uns wichtig, unseren Feminismus immer intersektional
145 zu denken, um verschiedene Erscheinungsformen von Diskriminierung zu erkennen und zu
146 bekämpfen. Diese Erscheinungsformen entstehen aus gleichzeitig auftretenden und
147 aufeinander einwirkenden Diskriminierungsformen wie z.B. Rassismus und Sexismus.

148

149 Für uns ist Feminismus nicht nur eine Phrase. Wir kämpfen jeden Tag für eine
150 feministische und gerechtere Welt.

151

152 **Hoch die internationale Solidarität!**

153 Als Jusos verlieren wir uns nicht in Denkmustern von nationalen Grenzen. Wir sind ein
154 internationalistischer Verband. Insbesondere im Bezirk Hannover haben wir eine starke
155 internationalistische Ausrichtung, die wir auch im kommenden Jahr fortführen wollen.

156

157 Wir setzen uns für eine internationalistische und solidarische Politik ein, die sich
158 an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen weltweit orientiert. In diesem
159 Zusammenhang ist es uns besonders wichtig, uns mit den Themen Migration und Asyl
160 auseinanderzusetzen und uns für eine humanitäre und faire Flüchtlingspolitik
161 einzusetzen. Wir treten dafür ein, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein
162 gleichberechtigtes Leben führen können. Eine feministische Perspektive ist uns bei
163 der Betrachtung der Flüchtlingspolitik besonders wichtig. Die Erkenntnis, dass
164 Frauen, die aus Kriegsgebieten fliehen, besonders gefährdet sind und einen besonderen
165 Schutz benötigen, erfordert eine verstärkte Berücksichtigung von
166 geschlechtsspezifischen Bedarfen in der Flüchtlingspolitik. Einer Abschiebeoffensive

167 der Bundesregierung stellen wir uns entgegen. Des Weiteren ist der Aspekt der
168 Arbeitsmigration zu betrachten, bei der die Interessen der Menschen, die zu uns
169 kommen, gerecht beachtet werden müssen. Es müssen faire Arbeitsbedingungen und eine
170 angemessene Bezahlung gewährleistet werden, um Ausbeutung und Lohndumping zu
171 vermeiden.

172

173 Die aktuelle Zeitenwende erfordert besondere Aufmerksamkeit und globale
174 Zusammenarbeit. Wir wollen uns aktiv für internationale Lösungen in diesen Bereichen
175 einsetzen. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilen wir nach wie vor scharf
176 und betrachten die aktuellen Entwicklungen mit Sorge. Wir gehen davon aus, dass uns
177 der Krieg in der Ukraine in der internationalen Politik auch 2023 weiter prägen wird.
178 Dabei bleibt unsere Solidarität mit der Ukraine ungebrochen.

179

180 Auch die Entwicklungen und die Beziehungen zu China betrachten wir kritisch. China
181 ist eine sogenannte globale Macht, die immer selbstbewusster und aggressiver nach
182 außen auftritt, z.B. gegenüber Taiwan, und im Inland repressiv mit dokumentierten
183 Menschenrechtsverletzungen vorgeht. Solche Entwicklungen verurteilen wir und fordern
184 eine gemeinsame europäische Chinapolitik, die klar in der Positionierung ist und
185 wirtschaftliche Abhängigkeiten von China minimiert.

186

187 Zudem dürfen wir auch weitere Entwicklungen und Geschehnisse, die die internationale
188 Politik beeinflussen sowie menschenrechtlich relevant sind, nicht vergessen und
189 müssen diese in unsere internationalistische Arbeit mitnehmen. Beispielsweise den
190 Indo-Pazifik-Raum, den Sudan sowie die Situation im Iran und Afghanistan, aber auch
191 unsere Beziehungen zu weiteren BRICS-Staaten wollen wir nicht aus dem Blick
192 verlieren. Wir wollen uns für eine weltweite, friedliche und demokratische Zukunft
193 und für internationale Solidarität und Zusammenarbeit einsetzen.

194

195 Eine feministische Außenpolitik muss das Ziel haben, die Gleichstellung der
196 Geschlechter weltweit zu fördern und Frauenrechte zu stärken. Wir setzen uns dafür
197 ein, dass FINTA*-Personen auch in der internationalen Politik eine gleichberechtigte
198 Rolle spielen. Dazu muss die Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen auf
199 allen Ebenen gestärkt und der Zugang zu hierfür notwendigen Ressourcen sichergestellt
200 werden.

201

202 Die transatlantischen Beziehungen sind für uns von vielseitiger europäischer und
203 deutscher Bedeutung, aber keine Selbstverständlichkeit. Die anstehenden Wahlen in den
204 USA könnten die - unter Präsident Biden zuletzt verbesserten - Beziehungen auf eine
205 neue Probe stellen. Wir wollen etwaige Entwicklungen kritisch begleiten, denn die
206 Zusammenarbeit mit den USA und anderen Staaten muss auf Augenhöhe erfolgen und auf
207 gemeinsamen Werten wie Demokratie, Freiheit und Solidarität basieren.

208

209 In Bezug auf die genannten Aspekte zum Thema Internationalismus ist es
210 offensichtlich, dass wir Jusos im Bezirk Hannover eine breite Palette von

211 Themenfeldern abdecken können. Dies kann dabei in verschiedenen Formen stattfinden,
212 wie zum Beispiel durch politische Bildungsarbeit, Veranstaltungen und Kampagnen,
213 Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Partner*innen, sowie durch die aktive
214 Teilnahme als Verband an politischen Debatten und Prozessen. Internationale Politik
215 wird für uns immer eine Rolle spielen, wobei wir uns auch im kommenden Vorstandsjahr
216 wieder für eine gerechte, solidarische und feministische Welt einsetzen werden.
217 Unsere internationale Solidarität kennt keine Grenzen!

218

219 **Kein Fußbreit dem Faschismus - gegen rechte Gewalt und Hetze!**

220 Der Antifaschismus ist Teil unseres Selbstverständnisses als linker Richtungsverband.
221 Unseren Kampf gegen rechte Ideologien, faschistische Bestrebungen und jede Form von
222 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden wir entschlossen fortsetzen. Hierbei
223 werden wir an unsere Bildungsarbeit anknüpfen und in Form von Seminaren, Workshops
224 oder Publikationen vielfältige Möglichkeiten zur Auseinandersetzung bieten. Um
225 unseren antifaschistischen Kampf breit zu führen, werden wir uns außerdem mit unseren
226 Bündnispartner*innen vernetzen und in stetem Austausch über aktuelle Entwicklungen
227 bleiben.

228

229 Wir werden über die Bedrohungslage durch demokratie- und menschenfeindliche
230 Ideologien aufklären und uns konsequent dagegen einsetzen. Dabei ist für uns klar:
231 die größte Gefahr für die Demokratie und unsere Zivilgesellschaft kommt von rechts!
232 Die Zahl bewaffneter und gewaltbereiter Reichsbürger*innen ist auf einem Rekordhoch,
233 die Anzahl antisemitischer Gewalttaten steigt jährlich und im deutschen
234 Sicherheitsapparat werden immer wieder rechte bzw. rechtsextreme Netzwerke
235 offengelegt. Das alles ist kein Zufall – wir haben ein strukturelles Problem mit
236 Rechtsextremismus, das wir mit aller Konsequenz bekämpfen müssen. Auch deshalb werden
237 wir die Umsetzung des „Aktionsplan[s] gegen Rechtsextremismus“ des SPD-geführten
238 Innenministeriums weiter kritisch überprüfen.

239

240 Seit Beginn der Corona-Pandemie haben rechte Verschwörungsideolog*innen vielfach den
241 Holocaust gelehrt und antisemitische Narrative verbreitet. Wir kämpfen gegen jeden
242 Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Allzu oft dient Israel als Projektionsfläche
243 für Antisemitismus. Unsere Solidarität mit dem Staat Israel, dem Schutzraum für
244 jüdisches Leben auf der Welt, ist bedingungslos und das Existenzrecht Israels ist für
245 uns unverhandelbar!

246

247 Wir sind uns außerdem bewusst, dass nicht alle Menschen gleichermaßen von rechter
248 Gewalt bedroht sind. Für viele BIPOC ist die Bedrohungssituation von rechts
249 allgegenwärtig. Auch für Menschen im ländlichen Raum ist es deutlich schwieriger, in
250 antifaschistischen Strukturen aktiv zu werden oder dort Schutz zu finden. Unsere
251 Solidarität gilt daher allen Menschen, die sich den Rechtsextremist*innen
252 entgegenstellen oder ihrer Gewalt ausgesetzt sind. Ihr seid nicht allein – kein
253 Fußbreit dem Faschismus!

254

255 **Jeden Tag gegen Rassismus - Antirassismus leben!**

256 Wir Jusos setzen uns für eine vielfältige Gesellschaft ein und haben eine
257 antirassistische Grundhaltung. Wir sind uns darüber im Klaren, dass es rassistische
258 Strukturen gibt, die das Leben für BIPOC in unserer Gesellschaft immens erschweren.
259 Nicht zuletzt die rassistische Silvesterdebatte hat verdeutlicht, wie BIPOC zur
260 Zielscheibe von rechten Kampagnen werden und wie tief der Rassismus in Deutschland
261 verwurzelt ist. Auch in unserem Verband sind BIPOC nach wie vor unterrepräsentiert.
262 Um den Antirassismus zu stärken und unseren mehrheitlich weißen Verband zu
263 sensibilisieren, werden wir uns daher als Form der Selbstreflexion mit Critical
264 Whiteness beschäftigen. Als Teil des Empowerments werden wir das Konzept der BIPOC-
265 Vernetzung weiter aktiv unterstützen und in Zusammenarbeit mit den Jusos
266 Niedersachsen weiter fördern. Für uns Jusos spielt Intersektionalität eine große
267 Rolle. Deshalb ist es uns in unserer antirassistischen Arbeit wichtig,
268 Unterdrückungsmechanismen nie singular zu betrachten, sondern stets die
269 Überschneidung und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungsformen in den Blick
270 zu nehmen.

271

272 **Mehr Inklusion wagen**

273 Für uns ist klar, dass die Perspektive von Menschen mit Behinderungen bei allen
274 Themen mitgedacht werden muss, da wir nur so zu einer Gesellschaft kommen können, in
275 der Inklusion wirklich gesamtgesellschaftlich gelebt wird. Die UN-
276 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wurde 2009 ratifiziert und wir hängen
277 gesamtgesellschaftlich noch immer hinter den Anforderungen der UN-BRK hinterher.

278

279 Um uns als Verband stärker mit diesen vielfältigen und wichtigen Perspektiven
280 auseinanderzusetzen, wollen wir mit Betroffenen an Strategien zu einer inklusiven
281 Welt arbeiten. Inklusion ist mehr als Integration. Inklusion bedeutet, dass wir
282 Barrieren überwinden und ein gesellschaftliches Miteinander schaffen, indem alle
283 Menschen sich frei entfalten können. Die UN-BRK forderte keine zusätzlichen
284 Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen, sondern dass Menschenrechte
285 vollumfänglich auch für Menschen mit Behinderungen gelten und sie nicht weiter
286 exkludiert werden. Deswegen muss Inklusion gesamtgesellschaftlich gedacht und nicht
287 nur auf Menschen mit Behinderungen reduziert werden.

288

289 Noch immer gibt es viele Barrieren in unserer Welt und gerade Menschen mit
290 Behinderungen werden am gesellschaftlichen Leben stark eingeschränkt. Beispielsweise
291 arbeiten viele Menschen mit Behinderungen in Werkstätten, die nicht einmal den
292 Mindestlohn an ihre Beschäftigten zahlen. Gerade angesichts steigender Kosten und
293 weiterer Diskussionen über mögliche Erhöhungen des Mindestlohns, bleibt unsere
294 kurzfristige Forderung nach fairen Löhnen in inklusiven Werkstätten und Einrichtungen
295 aktueller denn je.

296 Neben inhaltlichen Positionen wollen wir ebenfalls nachhaltig eigene ableistische
297 Verhaltensweisen und -strukturen reflektieren und abbauen, um unseren Verband auch
298 für Genoss*innen mit unterschiedlichsten Formen von Behinderungen zu einem Safer

299 Space werden zu lassen und unsere Veranstaltungen noch inklusiver zu gestalten.

300

301 **Solidarität statt Ausbeutung - für einen demokratischen**

302 **Sozialismus**

303 Nach über einem Jahr Rekordinflation und stagnierenden bis sinkenden Reallöhnen,
304 erleben wir gerade, was es bedeutet, für gute Löhne und gute Arbeit zu kämpfen. Der
305 Arbeitskampf von vielen Beschäftigten ist zurzeit in aller Munde. Solidarisch mit den
306 Gewerkschaften und ihren Forderungen zu sein, ist Teil unserer jungsozialistischen
307 DNA, weshalb wir auch im nächsten Vorstandsjahr mit den Gewerkschaften und ihren
308 Themen, wie zum Beispiel die Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich, im
309 Austausch bleiben werden.

310

311 Im Kampf um gute Löhne müssen wir auch die Systemfrage stellen. In unserer
312 kapitalistischen Produktionsweise ist ein gutes Leben mit guten Löhnen und guten
313 Arbeitsbedingungen für alle nicht möglich. Dahingehend werden wir uns auch im
314 nächsten Vorstandsjahr mit Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise
315 beschäftigen.

316

317 Zum Kapitalismus gehört auch die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen,
318 unter dem großen Stichwort „Soziale Gerechtigkeit“. Zum Beispiel besitzt das oberste
319 Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Vermögens und die untere Hälfte so gut wie
320 gar nichts. Intensiv wollen wir uns im Bezirk damit auseinandersetzen, wie man damit
321 umgeht und welche Lösungen es gegen diese Ungerechtigkeiten gibt.

322

323 Investitionen sind keine „Schulden für die nächste Generation“, sondern wichtige
324 Zukunftsinvestitionen, wodurch die nachfolgenden Generationen erst dazu befähigt
325 werden, auf etwas zu folgen. Gewaltige Investitionsstaus sind in vielen Bereichen
326 sichtbar und für uns bleibt klar, dass die sogenannte „Schuldenbremse“ weg muss! Sie
327 ist nichts anderes als eine Investitionsbremse!

328

329 Als Jungsozialist*innen verstehen wir uns als politischer Arm der
330 Arbeiter*innenbewegung, insbesondere für die Auszubildenden. Deshalb werden wir uns
331 im kommenden Vorstandsjahr intensiv mit den Thematiken rund um den Bereich der
332 Ausbildung beschäftigen. Wir fordern beispielsweise eine Ausbildungsplatzgarantie,
333 die ihren Namen verdient! Das bedeutet, dass wir einen Rechtsanspruch auf einen
334 Ausbildungsplatz für junge Menschen einfordern und eine Umlagefinanzierung wollen,
335 die alle Unternehmen in die Pflicht nimmt, entweder selbst auszubilden oder
336 Ausbildungsplätze in Deutschland finanziell zu unterstützen. Denn nur dadurch wird
337 sie erst ein Werkzeug im Kampf gegen die zunehmend knapper werdenden
338 Ausbildungsplätze.

339

340 **It's gettin' hot in here - Klimakrise bekämpfen!**

341 Die Klimakrise schreitet immer weiter voran. Das vergangene Jahr 2022 gehört mit zu
342 den heißesten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen. Die sozial-ökologische
343 Transformation zur Klimaneutralität ist also nicht nur dringend notwendig, sondern
344 auch alternativlos, wenn wir die Pariser Klimaschutzziele erreichen wollen. Wir
345 bekennen uns zu einer schnellen Transformation der Wirtschaft, im Einklang mit den
346 Interessen der Beschäftigten. Deshalb muss Deutschland bis 2040 klimaneutral werden,
347 um die Klimaschutzziele und das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Wir werden uns als
348 Bezirksvorstand deshalb damit inhaltlich und praktisch beschäftigen, wie man dies bis
349 2040 erreichen kann.

350

351 Dazu gehört vor allem eine schnelle Umsetzung der Energiewende mit dem beschleunigten
352 Ausbau der erneuerbaren Energien und eine vollständige Abkehr vom atomar-fossilen
353 Status quo. Es müssen alle Hemmnisse und Hürden abgebaut werden, damit die
354 Transformation zu einem klimaneutralen Stromsystem schnellstmöglich umgesetzt werden
355 kann. Rückwärtsgewandte Diskussionen zum verstärkten oder erneuten Einsatz von
356 Energieträgern der Vergangenheit lehnen wir strikt ab. Im Fokus steht für uns ein
357 Energiesystem aus erneuerbaren Energien, das entlang der gesamten Wertschöpfungskette
358 die Energiesouveränität beachtet.

359

360 Für eine sozial-ökologische Transformation ist neben der Energie- auch eine Wärme-
361 und Verkehrswende unumgänglich, insbesondere, da die Dekarbonisierung dieser Sektoren
362 komplizierter ist und dort in der Vergangenheit kaum Fortschritte erzielt wurden. Im
363 fossil dominierten Wärmesektor muss der längst überfällige klimaneutrale Umbau
364 endlich begonnen und zügig vollzogen werden. Egal ob grüne Fernwärme, Geothermie oder
365 elektrische Wärmepumpe: energetische Sanierungen von öffentlichen Gebäuden und
366 Wohngebäuden sind notwendig, erfordern aber auch hohe Investitionen. Hierbei ist
367 wichtig, dass diese Kosten nicht weiter auf Mieter*innen abgewälzt werden und
368 Bürger*innen gezielt entlastet werden.

369

370 Eine Verkehrswende darf dabei aber nicht mit der "one solution" daherkommen. Es wird
371 nicht nur technologisch, sondern auch nach Anwendungsgebiet unterschiedliche Lösungen
372 für eine energieeffiziente und klimafreundliche Mobilität geben müssen. Wenn möglich,
373 ist jedoch die direkte Elektrifizierung, wie bei der E-Mobilität, vorzuziehen. Neben
374 massiven Investitionen in die Schieneninfrastruktur, müssen die Lebensrealitäten in
375 den Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum differenziert betrachtet werden, damit
376 grundsätzlich alle Menschen von der Verkehrswende profitieren können.

377

378 **Gimme Moor!**

379 Der Schutz natürlicher Lebensräume ist in Zeiten der Klimakrise von großer Bedeutung.
380 Dieser dient dem Schutz der Artenvielfalt und der Förderung der Biodiversität. Vor
381 allem haben aber Naturräume wie beispielsweise Moore ein enormes Potenzial
382 hinsichtlich der Kohlenstoffreduktion in unserer Atmosphäre. Moore sind
383 Feuchtgebiete, die in der Lage sind, große Mengen Kohlenstoff in Form von Torf zu
384 speichern und somit eine große Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf spielen. Da

385 Torf in den vergangenen Jahrhunderten für wirtschaftliche Interessen als Brennstoff,
386 Vieheinstreu oder auch für Pflanzsubstrat abgebaut wurde, müssen wir uns heute mehr
387 denn je für den Schutz sowie die Wiedervernässung von bereits trockengelegten Mooren
388 einsetzen. Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Entwässerung und Zerstörung der
389 Moore zu reduzieren und ihren Schutz zu gewährleisten.

390

391 Die Erhaltung und Wiederherstellung von Mooren erfordert die Zusammenarbeit von
392 Regierung, lokalen Gemeinden, Umweltschutzorganisationen und anderen interessierten
393 Akteur*innen. Daher wollen wir uns in diesem Vorstandsjahr insbesondere für mehr
394 Schutz der Moore allgemein, aber auch für die zahlreichen Moorgebiete in unserem
395 Bezirk einsetzen. Die Bedeutung von Mooren als wichtiger Teil des Ökosystems darf
396 nicht unterschätzt werden; ihr Schutz ist von zentraler Bedeutung für die Erhaltung
397 der Biodiversität, den Klimaschutz und die nachhaltige Entwicklung.

398

399 **Bündnisarbeit**

400 Als Jusos ist es für uns von großer Bedeutung, inner- und außerhalb unseres Verbandes
401 ein zuverlässiger Bündnispartner zu sein. Wir wollen weiterhin innerparteilich gut
402 vernetzt sein sowie unsere Kooperationen mit anderen Arbeitsgruppen und Gliederungen
403 ausbauen und kritisch solidarisch in unsere Mutterpartei hineinwirken.

404

405 Ebenso wollen wir, als gewerkschaftsnaher, sowie -unterstützender Verband, der stets
406 im Austausch mit den Gewerkschaften ist, eng mit ihnen zusammenarbeiten und uns dort
407 engagieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns auch, dass wir im Kontakt und
408 Austausch mit anderen Verbänden und Bündnissen innerhalb unseres Bezirkes stehen, wie
409 beispielsweise antifaschistischen oder antirassistischen Bündnissen. Die Kontakte zu
410 diesen wollen wir pflegen und weiter ausbauen. Essentiell ist hierbei für uns auch
411 das Unterstützen von Demonstrationen zu den Themen, die für unsere Vorstellung einer
412 gerechteren, sozialeren, antirassistischen und internationalen Welt von Bedeutung
413 sind.

414

415 **Awareness-Arbeit**

416 Der Begriff der Awareness leitet sich ab von dem englischen „to be aware“ und meint
417 ein machtkritisches Bewusstsein über die eigene Position und Privilegien mit dem
418 Ziel, einen achtsamen und respektvollen Umgang ohne Platz für Formen von
419 Diskriminierung, Gewalt und Grenzverletzungen zu pflegen. Wir wollen die im letzten
420 Jahr geleistete Arbeit hierzu verstetigen und weiterhin auf breite Beine stellen.
421 Grundlage ist das hierzu erarbeitete Awareness-Konzept, welches wir jetzt mit Leben
422 füllen wollen. Konkret wird es auf unseren Bildungsveranstaltungen weiterhin
423 Awareness-Teams geben, aber auch darüber hinaus verstetigen wir unsere Awareness-
424 Arbeit im Rahmen unseres ständigen Awareness-Teams auf Bezirksebene, um so auch für
425 die Unterbezirke bei konkreten Fällen ansprechbar zu bleiben. Uns ist es hierbei
426 wichtig, nicht nur bei konkreten Fällen aktiv zu werden, sondern auch im Vorfeld

427 präventiv vorzubeugen.

428

429 **Öffentlichkeitsarbeit**

430 Die Öffentlichkeitsarbeit dient auf Instagram, Facebook und der Website für eine
431 Transparenz unserer Arbeit im Bezirk Hannover nach innen und außen. Beiträge zu
432 tagespolitischen Themen auf Bundes- und internationaler Ebene werden auf Instagram
433 und Facebook weiterhin für uns ein Mittel sein, klare Haltung im politischen
434 Geschehen zu zeigen und um Druck auf unsere Partei auszuüben. Zudem soll unsere
435 Website weiterhin eine zentrale Anlaufstelle für Informationen zu unserem Verband,
436 Vorstand und Veranstaltungen sein, aber auch eine Zweigstelle für die Kontakte der
437 Unterbezirke.

438

439 Für das kommende Vorstandsjahr wollen wir als Vorstand auf den sozialen Medien
440 sichtbarer für die Unterbezirke werden. Aus diesem Grund wollen wir das Modell "BeVos
441 auf Abruf" mit konkreten Ansprechpartner*innen zusätzlich auf Social Media bewerben.
442 Damit wollen wir bewirken, dass Ansprechpartner*innen mit ihren verschiedenen Themen
443 für die Unterbezirke sichtbar werden.

444

445 **Die Sozialdemokratie und Wir**

446 Als Jusos sind wir Teil der gesellschaftlichen Linken und gleichzeitig ein linker
447 Richtungsverband der SPD. Als Teil der SPD wollen wir parlamentarische Mehrheiten
448 erringen und durch diese Mehrheiten Politik gestalten. In unseren zahlreichen
449 Abgeordneten im Bezirk Hannover sowie in der sozialdemokratischen Bundesregierung
450 sehen wir daher das Potential, politische Veränderungen voranzubringen. Gleichzeitig
451 sehen wir die strategischen Schwierigkeiten, die sich durch Widersprüche zwischen
452 sozialdemokratischem Regierungshandeln und jungsozialistischen Forderungen ergeben.
453 Diese Widersprüche gilt es, innerhalb der Partei und gemeinsam mit den linken Teilen
454 der SPD auszutragen. Wir wollen Teil einer Partei sein, die inhaltliche
455 Auseinandersetzungen nicht scheut und über das aktuelle Regierungshandeln hinaus
456 blickt. Auch die Arbeit des SPD-Bezirks Hannover werden wir weiter kritisch-
457 solidarisch begleiten. Mit den Jusos im SPD-Bezirksvorstand werden wir unsere
458 Positionen in die Parteigremien tragen und inhaltliche Akzente setzen. Dazu zählt
459 unter anderem der Kampf gegen Rechts und gegen Antisemitismus. Außerdem werden wir
460 weiterhin den Austausch mit den Abgeordneten aus dem Bezirk Hannover suchen.

461

462 Im September 2023 wird voraussichtlich der nächste SPD-Bezirksparteitag stattfinden.
463 Wir werden strategische Schwerpunkte für unsere Anträge zum Bezirksparteitag
464 festlegen und damit unserer Aufgabe als linker Richtungsverband in der SPD gerecht
465 werden. Außerdem werden wir erneut ein Verbandsmagazin vorbereiten, das die
466 inhaltliche Arbeit des Bezirksvorstands zusammenfassen und beim Parteitag ausgelegt
467 werden soll.

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Befristete Mitglieder von Betriebsräten schützen Jusos Schaumburg <i>angenommen</i>	2
A02	Gründung eines Konzernbetriebsrats (KBR) erleichtern Jusos Schaumburg <i>angenommen</i>	3

Antrag A01: Befristete Mitglieder von Betriebsräten schützen

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass...
- 2 Mitglieder der Betriebsräte sind nicht bei allen Arbeitgebern erwünscht, deshalb
- 3 genießen ihre Mitglieder einen besonderen Kündigungsschutz. Eines hat der Gesetzgeber
- 4 jedoch nicht bedacht. Die Einstellung von Arbeitnehmer*innen mit befristeten
- 5 Arbeitsverträgen ist mittlerweile gängige Praxis.
- 6 Kaum ein*e Arbeitnehmer*in mit einem solchen Arbeitsverhältnis kandidiert für die
- 7 Betriebsratswahl. Dies führt zu einer erheblichen Schwächung der innerbetrieblichen
- 8 Demokratie. Auch und gerade weil der Arbeitgeber den Vertrag einfach auslaufen lassen
- 9 kann, um sich des gewählten Betriebsratsmitglieds zu entledigen.
- 10 Deswegen fordern wir Jusos Bezirk Hannover: Die Bundesregierung muss den Schutz der
- 11 Angehörigen des Betriebsrates erweitern. Das Arbeitsverhältnis der gewählten
- 12 Mitglieder des Betriebsrates ist genauso wie die Arbeitsverhältnisse von unbefristet
- 13 Beschäftigten Mitgliedern im Betriebs- und Personalrat zu sichern. Genauso wie bei
- 14 den unbefristet Beschäftigten fordern wir nicht nur einen Schutz während der aktiven
- 15 Amtszeit, sondern auch einen Schutz während des Nachwirkungszeitraum von einem Jahr
- 16 nach Beendigung der Amtszeit.
- 17 sichern. Der Schutz von befristet beschäftigten Mitgliedern im Betriebs- oder
- 18 Personalrat soll in § 15 KSchG geregelt werden.

Antrag A02: Gründung eines Konzernbetriebsrats (KBR) erleichtern

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1

2 dass die Gründung eines Konzernbetriebsrates (KBR) hierzulande überall dort möglich
3 ist, wo mehrere selbständige Unternehmen unter der einheitlichen Leitung eines
4 federführenden Unternehmens stehen. Man könnte meinen, dass dies auch bei einem E-
5 Commerce-Riesen wie Amazon der Fall ist.

6 Leider nein! Bei allen Standorten in Deutschland handelt es sich um einzelne
7 Tochtergesellschaften eines Unternehmens mit Sitz in Luxemburg. Alle Unternehmen sind
8 somit sogenannte Schwestergesellschaften. Es handelt sich also um Unternehmen ohne
9 Hierarchie. Die Tatsache, dass die Muttergesellschaft im Ausland ansässig ist, hat
10 zur Folge, dass nach deutschem Recht derzeit keine Grundlage für die Gründung eines
11 KBR besteht.

12

13 Deswegen fordern wir Jusos im Bezirk Hannover:

- 14 • Die Bundesregierung muss die Gründung einer KBR erleichtern. Das könnte wie
15 folgt gestaltet werden:
- 16 • Die Bundesregierung schreibt vor, dass ein Konzern wie Amazon eine einheitliche
17 Leitung bilden muss, die von einem federführenden Unternehmen wahrgenommen wird.
- 18 • Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Betriebsverfassungsgesetz um diesen
19 Passus zu ergänzen: Besteht ein Europäischer Betriebsrat, kann ein KBR auch ohne
20 federführendes Unternehmen in Deutschland gebildet werden.

Inhaltsverzeichnis

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Für ein Wissenschaftssystem, dass sich den komplexen Gesellschaftsproblemen stellen kann. Für Universitäten, die für alle da sind. Für Zeit zum Lernen, Lehren und Forschen. Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	2
B02	Kostenpflichtige Tests bei Universitäts- und Ausbildungsbewerbungen abschaffen – Freie Wahl von Ausbildung stärken! Jusos Lüneburg <i>angenommen</i>	9
B03	Religionsunterricht säkularisieren Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	10
B04	Kindergartenplätze für alle Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	11

Antrag B01: Für ein Wissenschaftssystem, dass sich den komplexen Gesellschaftsproblemen stellen kann. Für Universitäten, die für alle da sind. Für Zeit zum Lernen, Lehren und Forschen.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	B - Bildung

1 Am 17. März 2023 legte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das
2 Eckpunktepapier zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) vor.
3 Das WissZeitVG erlaubt seit 2007 und seit der ersten Reform 2016 die Befristung von
4 Arbeitsverträgen im wissenschaftlichen Bereich (v.a. im sogenannten Mittelbau).
5 Sollte das Gesetz dafür sorgen, dass Hochschulen und außeruniversitären
6 Forschungseinrichtungen ihren Wissenschaftsbetrieb flexibilisieren können, führt es
7 in der Praxis vor allem zu einer prekären Beschäftigungssituation für viele
8 Wissenschaftler*innen. Die damit einhergehende fehlende Planbarkeit der Karriere und
9 die Unsicherheit über die Zukunft nach dem Ende des befristeten Vertrags sind höchst
10 problematisch. Des Weiteren ist die Entlohnung von wissenschaftlichem Personal oft
11 nicht angemessen und die Abhängigkeit von Drittmittelinwerbungen erschwert den
12 Forschungsalltag enorm.

13

14 Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert bereits seit Jahren die
15 Reform des WissZeitVG. Sie fordern u.a., dass wissenschaftliches Personal nach einer
16 maximalen Befristungsdauer von sechs Jahren verpflichtend übernommen werden muss - in
17 eine unbefristete Beschäftigung. Die Entlohnung und Planbarkeit der Karriere sollen
18 verbessert und die Mitbestimmung von Personalvertretungen gestärkt werden.

19 Unter dem #Dauerstellen für Daueraufgaben unterstreicht die GEW jene Forderungen
20 nochmal deutlich. Auch in 2020 gewann die Kampagne #ichbinhanna öffentliche
21 Aufmerksamkeit. Die Kampagne wurde von einer Gruppe von
22 Nachwuchswissenschaftler*innen ins Leben gerufen, die sich für eine Reform des
23 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einsetzen. Unter dem Hashtag teilen viele
24 Betroffene ihre persönlichen -oftmals negativen- Erfahrungen mit Befristungsketten im
25 Wissenschaftsbetrieb. Wir Jusos solidarisierten uns mit #ichbinhanna bereits durch
26 Beschlussfassung auf dem Bundeskongress 2021.

27

28 Nun also folgte das Eckpunktepapier zur angekündigten Reform des WissZeitVG, aber man
29 muss hier von einer Verschlimmbesserung sprechen. Unter anderem vorgesehen ist eine
30 Befristung der Verträge für Doktorand*innen auf sechs Jahre und Verträge von Postdocs
31 auf drei Jahre zu begrenzen.

32 Bereits am 19. März, also zwei Tage nach Veröffentlichung, sprachen sich ca. 500
33 Professor*innen (#ProfsfürHanna) öffentlich gegen den vorgelegten Vorschlag aus und
34 machten sich stark für den Mittelbau an wissenschaftlichen und künstlerischen
35 Hochschulen. Bis heute haben sich diesem Protest knapp 3.000 Professor*innen
36 angeschlossen. Der Entwurf wurde als Reaktion auf den berechtigten Widerstand der
37 wissenschaftliche Stakeholder umgehend vom BMBF zurückgezogen. Zwar die folgerichtige

38 Handlung und dennoch eine Peinlichkeit, wenn man bedenkt, dass Bildungsministerin
39 Bettina Stark-Watzinger am Anfang des Prozesses noch sagte, man wolle sich Zeit
40 lassen, alle Stakeholder mitnehmen und die Reform richtig angehen. Das war wohl nix!

41

42 Das WisszeitVG -sowohl in der aktuellen Form als auch in der Form, wie es das
43 veröffentlichte und zurückgezogene Eckpunktepapier vorsieht - verfehlt nicht nur
44 seinen Zweck, sondern sorgt auch für unangebrachte Belastungen für Menschen in der
45 Wissenschaft. Es gehört reformiert, *aber richtig!*

46

47 Und mehr noch, denn man kann die durch das WissZeitVG entstandenen Probleme an
48 deutschen Hochschulen und für Nachwuchswissenschaftler*innen nicht isoliert
49 betrachten. Die reine Reform des WissZeitVG ist am Ende nur Augenwischerei, wenn man
50 nicht auch tiefer liegende Fragestellungen zur Zukunft des Wissenschaftssystems
51 angeht. Das universitäre System gehört in vielen Teilen grundlegend reformiert.

52

53 Es geht nicht nur um die Anzahl der Jahre, die man in als sogenannter Postdoc (also
54 nach Abschluss der Doktorarbeit) zeitlich zur Verfügung hat, um sich wissenschaftlich
55 zu qualifizieren und zu arbeiten, sondern auch um die Schaffung einer vernünftigen
56 Finanzierung von Hochschulen und Universitäten. Es geht um die Schaffung einer
57 anderen Art der Struktur für das Lehrpersonal und um eine angemessene
58 Ausbildungsqualität im Studium. Es geht um generelle Verbesserungen der
59 Arbeitsbedingungen hin zu einem Klima ohne Leistungsdruck, Unsicherheit - mit
60 genügend Ressourcenverfügbarkeit.

61

62 Wollen wir ein Wissenschaftssystem schaffen, dass Studierende (egal welcher
63 intersektionalen Attribute) dazu motiviert, sich für eine akademische Karriere zu
64 entscheiden? Und wollen wir unseren Wissenschaftsnachwuchs nicht automatisch an
65 ausländische Unis verlieren, weil ihnen dort mehr Ressourcen für Forschung,
66 Ausbildung und Karriere zur Verfügung stehen? Dann müssen wir aufhören, dem
67 unreformierten Wissenschaftssystem in Deutschland beim Niedergang zuzuschauen! Wir
68 müssen übergreifende Probleme adressieren: Nicht nur das WissZeitVG ist schlecht;
69 unsere Universitäten sind unterfinanziert und nicht mehr zeitgemäß ausgestattet.

70

71 Universitäten und Hochschulen sind nicht nur Orte der Wissenschaft und Forschung,
72 sondern insbesondere die Orte der Lehre. Wir müssen es endlich wieder schaffen, dass
73 die Lehre für alle dargestellt werden kann und zufriedenstellend ist. Doch die Lehre
74 kann nicht gut sein, wenn das Personal selbst nicht die Zeit zur Ausbildung erhält,
75 wenn sie unter Leistungsdruck und Befristungen leiden. Ressourcen müssen nicht nur
76 für die Forschung, sondern auch für die Lehre zur Verfügung stehen und angemessen
77 über Bund und Länder (mehr als über Drittmittel) finanziert werden. Dauerstellen sind
78 für gute Lehre und Forschung unabdingbar. Nur, wer an unseren Universitäten gut
79 ausgebildet wurde; Zeit hatte, sich weiter zu qualifizieren und später Zeit,
80 Ressourcen und Sicherheit im universitären Job hat, kann auch gute Forschung
81 betreiben.

82

83 **Gute Wissenschaft ist für uns alle essenziell und muss** 84 **ermöglicht werden**

85 Universitäten sind Orte, an denen transformative Prozesse stattfinden können, wo
86 impulse gesellschaftlicher Entwicklungen gesetzt werden können - und das insbesondere
87 durch die Studierenden und Mitarbeitenden im Mittelbau, die gegen ggf. eingefahren
88 professorale Vorlieben aufbegehren. Hochschulen sind Orte der kritischen Reflexion
89 und Gestaltung von gesellschaftlichen Entwicklungen. In der Wissenschaft werden
90 Errungenschaften hervorgebracht, die uns alle innovativ und essentiell helfen.
91 Beispiele hierfür sind die Grundlagenforschung für die (kürzliche) Entwicklung des
92 Corona-Impfstoffs, aber auch die Idee zum World Wide Web im Jahre 1989. Wir brauchen
93 funktionale Forschung auch im Blick auf die voranschreitende Klimakatastrophe und
94 deren angestrebte Überwindung. Wer hier spart und in Bezug auf die Arbeitsbedingungen
95 wegschaut, handelt fahrlässig für alle Menschen und nicht nur für eine Lobby - wenn
96 es eine solche für die Wissenschaft überhaupt gäbe.

97

98 Die Wissenschaft sollte den starken Rücken einer funktionalen Gesellschaft
99 darstellen. Wissenschaft arbeitet faktenbezogen, kritisiert sich selbst am stärksten
100 und bildet die Wissensgrundlage aus, auf die letztlich alle Teilhabenden der
101 Gesellschaft zurückgreifen. Viele später wirtschaftlich relevanten Erfindungen
102 greifen auf Grundlagenforschung zurück, die an den wissenschaftlichen Institutionen
103 über Jahre und Jahrzehnte intensiver und vorsichtiger Forschung hervorgebracht
104 wurden. Politik trifft Entscheidungen auf der Grundlage von Expert*innenempfehlungen,
105 die wissenschaftlich tätig sind. Eine starke Demokratie kann nicht ohne eine gute und
106 unabhängige, faktenbasierte Wissenschaft funktionieren oder argumentieren. Das müssen
107 wir uns immer wieder vor Augen führen. Und dennoch gibt es in Deutschland viele
108 Probleme, die weitreichende Folgen haben. Nicht nur die Menschen im
109 wissenschaftlichen System selbst, sondern auch die Zukunftsfähigkeit und die Qualität
110 der Arbeit des deutschen Hochschulstandortes sind gefährdet.

111

112 **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen**

113 Die Idee des WissZeitVG ist es, neben einer sog. Flexibilisierung, dass man Menschen
114 nach einer Höchstbefristung in eine Dauerstelle überführt und so letztendlich in ein
115 unbefristetes Anstellungsverhältnis bringt. Es versucht Anreize zu setzen, mehr
116 universitäre Dauerstellen zu schaffen - doch dieses Kalkül geht seit 2007 nicht auf.
117 Dauerstellen im Mittelbau existieren schlichtweg nicht: Fast 90 % des Personals an
118 Unis und Hochschulen sind befristet beschäftigt (ohne Professor*innen), dabei hat
119 fast die Hälfte der Arbeitsverträge an Forschungseinrichtungen eine Laufzeit von
120 weniger als einem Jahr (Daten: Jongmanns, G. (2011): Evaluation des
121 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes). Unsachgemäße Kurz- und Kettenbefristungen
122 scheinen durch das WissZeitVG nur befeuert worden sein und das Anstellungsverhältnis
123 bleibt prekär: Auch viele Jahre nach Abschluss der Promotion ist die
124 wissenschaftliche Karriere nicht planbar und folglich gehen viele exzellente

125 Forscher*innen verloren: Weil sie sich das unsichere Arbeitsverhältnis nicht leisten
126 können, weil ihr finanzieller und ggf. familiärer Hintergrund dies nicht zulässt,
127 weil sie eine Familienplanung nicht im wissenschaftlichen System unterbringen können,
128 weil sie unter dem projektgebundenen Leistungsdruck leiden. So wird klar, dass
129 unwillkürlich bestimmte Personengruppen stärker aus dem akademischen System
130 ausgeschlossen werden. Diversität fördert man so nicht. Das Gesetz vertreibt
131 Nachwuchs aus der Wissenschaft, der diese Zustände bereits im Studium beobachtet und
132 dann gesicherte Karriere- und Arbeitschancen im Außeruniversitären sieht. Es handelt
133 sich - wie viele Expert*innen formulieren- um ein *Beschäftigungsverdrängungsgesetz*.
134 **Es gehört weitgehend reformiert oder komplett abgeschafft!**

135

136 Vielen Wissenschaftler*innen wird nur eine befristete Beschäftigung angeboten, was zu
137 unsicherer Arbeitsplatzsicherheit führt. Eine unsichere Beschäftigung verdrängt dabei
138 aber nicht nur bestimmte -weniger privilegiert- Personengruppen aus der Wissenschaft,
139 sondern erzeugt für Wissenschaftler*innen auch einen übermäßigen Leistungsdruck. Sie
140 sehen sich unter dem Zwang in möglichst kurzer Zeit, die bestimmt ist durch die
141 Vertragsbefristung, möglichst viel (und durchschlagskräftig) zu publizieren. Dabei
142 brauchen Erkenntnisse Zeit. Niemand denkt besser oder schneller oder innovativer,
143 wenn man ihm nur mehr Druck aussetzt. Gebunden an und angewiesen auf
144 Drittmittelprojekte und deren Gelder sehen sich viele Wissenschaftler*innen
145 allerdings gezwungen, genau das zu versuchen. Dabei bleibt aber der Anspruch nach
146 größtmöglicher Qualität der wissenschaftlichen Arbeit gleich. Keine Publikation wird
147 sich durchsetzen, dessen Methodik den sogenannten *peer review* nicht besteht. Und
148 dennoch sind viele nun dazu übergegangen, kleinere Fragestellungen oder einfachere
149 Methoden zu publizieren, schlichtweg, da die Zeit zu tiefergehender Analyse nicht
150 ausreicht. Keine Ergebnisse in befristeter Zeit kann den Verlust von
151 Drittmittelfinanzierten bedeuten und letztlich den Verlust des Arbeitsplatzes. Dieser
152 Druck geht an niemandem spurlos vorbei. Aufgrund des hohen Arbeitspensums und des
153 Leistungsdrucks bleibt für den Privatbereich oft keine Zeit. Betroffene beklagen eine
154 mangelnde Work-Life-Balance; die mentale Gesundheit vieler ist gefährdet.

155

156 Insbesondere die Befristungen in der Postdoc-Phase sind problematisch. Es muss
157 anerkannt werden, dass die wissenschaftliche Arbeit und Qualifikation nach der
158 Promotion Zeit bedarf. Es bedarf Zeit, um zu publizieren, Lehre zu betreiben und hier
159 Erfahrungen zu sammeln und an der hochschulischen Selbstverwaltung teilzuhaben. Und
160 nicht jede Person strebt eine Berufung bzw. das Innehaben eines eigenen Lehrstuhls an
161 und muss dennoch an den Unis und Hochschulen eine sichere Anstellung finden können.
162 Statt die Beschäftigung zu blockieren, muss Zeit für die Wissenschaft und die
163 wissenschaftliche Arbeit geschaffen werden. Bund und Länder müssen hierfür genügend
164 Mittel bereitstellen, sodass Dauerstellen geschaffen werden können.

165

166 Ein starker Mittelbau, der problemorientiert und reflektiv forscht, muss geschaffen
167 werden. Dazu muss überwunden werden, dass der Mittelbau aktuell im Rahmen der
168 Drittmittelforschung stumpf seinen Vorgesetzten zuarbeitet und unter den Regelungen
169 des WissZeitVG leidet. Ein gestresster Mittelbau und eine Studierendenschaft, die von
170 einer akademischen Karriere abgeschreckt wird, können nicht unser Ziel sein und

171 entsprechen nicht unserer Vorstellung von einer Wissenschaft, die sich den
172 gesellschaftlichen Komplexitäten stellt.

173

174 **Wir Jusos können uns dem durch die GEW vorgelegten Dresdner Gesetzesentwurf für ein**
175 **Wissenschaftsentfristungsgesetz “Dauerstellen für Daueraufgaben” aus September 2022**
176 **anschließen. Wir unterstützen die dort niedergeschriebenen Forderungen und**
177 **Reformvorschläge.**

178 Dabei geht das Papier der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Detail
179 darüber hinaus, was in diesem Antrag reproduziert werden kann und sollte für die
180 Einzelheiten konsultiert werden. Im Allgemeinen unterstreichen wir aber unsere
181 gemeinsamen Forderungen:

182

- 183 • Faire Arbeitsverträge, bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sind zu
184 schaffen.
- 185 • Die Arbeitsplatzsicherheit für Forscher*innen und insbesondere für den
186 Wissenschaftsnachwuchs muss erhöht werden. Es sind unbefristete Arbeitsverträge
187 nach Möglichkeit in allen Fällen abzuschließen. Das WissZeitVG gehört
188 entsprechend reformiert oder abgeschafft. Wir wollen die Abschaffung der
189 Befristung von Arbeitsverträgen für Wissenschaftler*innen. Der Mittelbau muss so
190 gestärkt werden.
 - 191 • Die wissenschaftliche Qualifizierungsphase soll dabei mit dem Abschluss der
192 Promotion enden. Eine Person im Postdoc wird sich zwar weiterqualifizieren,
193 wäre aber im Bezug auf das Anstellungsverhältnis nicht mehr als “flexibel”
194 zu betrachten und sollte unbedingt unbefristet angestellt sein. Es müssen
195 Dauerperspektiven nach der Promotion zur Verfügung stehen.
 - 196 • Eine Promotion sollte vertraglich mindestens vier, in der Regel aber sechs
197 Jahre Laufzeit erhalten. Die Aufgaben für Promovierende sind dabei klar von
198 Drittmittelprojekten und Daueraufgaben zu trennen.
 - 199 • Auch bei studentischer Beschäftigung sind Höchstbefristungen aufzuheben und
200 Mindestlaufzeiten zu verankern
- 201 • Es sollen klare und transparente Karrierewege für Wissenschaftler*innen
202 etabliert werden, um ihnen eine langfristige Perspektive zu bieten. Wir sehen
203 hier insbesondere das Tenure-Track-Modell für geeignet.

204

205 Es besteht allerdings auch ein **Reformbedarf über das WissZeitVG hinaus:**

- 206 • Der Leistungsdruck muss reduziert werden. Dies kann durch Überprüfung der
207 Evaluierungs- und Förderprozesse geschehen.
 - 208 • Es gilt die Work-Life-Balance von Wissenschaftler*innen und die
209 Vereinbarkeit mit Familie deutlich zu verbessern. Die mentale Gesundheit
210 ist in den Mittelpunkt zu stellen und Überbelastungen sind abzubauen. Dem
211 muss mit einer Personalstruktur begegnet werden, die den Aufgaben gerecht
212 wird. Hierbei spielen erneut Daueraufgaben eine entscheidende Rolle.
- 213 • Das Finanzierungssystem der deutschen Hochschulinstitutionen gehört kritisch
214 hinterfragt. Hierzu zählt auch eine Veränderung der Drittmittelvergabepraxis. Es

- 215 muss sichergestellt werden, dass allen Wissenschaftler*innen eine adäquate
216 Arbeitsausstattung zur Verfügung steht, was letztlich auch die Forschung
217 verbessern wird. Forschungsmittel müssen immer gerecht verteilt werden, die
218 Grundfinanzierung muss ausgeweitet werden. Die Überarbeitung sollte mit einer
219 höheren Transparenz der Wissenschaftsfinanzierung einhergehen und erfordert auch
220 eine Harmonisierung der Förderbedingungen von Bund und Länder.
- 221 • Flankierend zur Überarbeitung bzw. Reform des WissZeitVG muss die sachgrundlose
222 Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBFG) gestrichen werden. Hier
223 schließen wir uns der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) an. So
224 wird ein weiteres Schlupfloch zur Befristung geschlossen.
 - 225 • Die komplexen Themen unserer Zeit erfordern beste Lösungen. Dafür muss das
226 Wissenschaftssystem interdisziplinär, vielfältig und divers sowie inklusiv
227 gestaltet werden. Alle müssen teilhaben können. Die Zugangsmöglichkeiten zum
228 universitären System dürfen in keiner Weise diskriminierend gestaltet sein und
229 müssen diesbezüglich immer wieder überprüft werden. Wir bestreben die Förderung
230 von interdisziplinärer Forschung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den
231 verschiedenen Fachbereichen sowie den Ausbau internationaler Kooperationen und
232 wirtschaftlicher Vernetzungen.
 - 233 • Eine größere Beteiligung der Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften an der
234 Wissenschaftspolitik ist erstrebenswert, denn durch eine engere Verzahnung kann
235 das Wissenschaftssystem zukunftsfähig gestaltet werden und an die Bedürfnisse
236 und Herausforderungen der Gesellschaft anknüpfen.

237 **Zurück in die Werkstatt - aber diesmal mit Plan und** 238 **Verstand, bitte!**

239 Wir Jusos können es nicht dulden, dass von einem FDP-geführten Bundesministerium am
240 Ende einer langen Vorbereitungsphase eine "Novellierung des WissZeitVG" vorgelegt
241 wird, die deutlich mehr einer Nivellierung gleicht. Zwar reagierten die
242 Verantwortlichen der Ampel-Koalition prompt und zogen den Referent*innenentwurf zur
243 Reform nach nicht einmal zwei Tagen zurück, aber für eine tatsächliche Verbesserung
244 zählt es jetzt zu kämpfen und das umso mehr.

245 Der Bundesregierung muss klar sein, dass eine Reform, die die kritisierten Probleme
246 in keiner Weise behebt, sondern durch jene eine weitere Verschlechterung der
247 Situation droht, nicht tragbar ist.

248 Noch niedrigere Befristungshöchstgrenzen für Post-Docs und das Abspeisen der
249 Promovierenden bei den Mindestvertragslaufzeiten von zweimal 3 Jahren mit nur mit
250 einer unverbindlichen Soll-Regelung sind abzulehnen. Die Absenkung der
251 Höchstbefristungsdauer von 6 auf 3 Jahre ohne Konzept für mehr Dauerstellen ist
252 prekär. Diese Kritikpunkte werden auch nicht dadurch wettgemacht, dass ein Erfolg bei
253 der Mindestvertragslaufzeit für studentische Beschäftigte von einem Jahr verzeichnet
254 werden kann.

255 Wir solidarisieren uns mit allen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, die zu über
256 zwei Dritteln auf befristeten Stellen tätig sind. Wir solidarisieren uns mit dem
257 akademischen Mittelbau! Es ist jetzt an der Zeit zurück an die Werkstatt zu gehen und
258 eine angemessene Gesetzgebung auszuarbeiten - wie es die GEW vorgelegt hat-, um

- 259 tatsächliche Veränderungen im Wissenschaftssystem zu bewirken. Verlieren wir keine
260 wertvolle Zeit mehr. Geben wir dem wissenschaftlichen Nachwuchs Grund zur Hoffnung.

Antrag B02: Kostenpflichtige Tests bei Universitäts- und Ausbildungsbewerbungen abschaffen – Freie Wahl von Ausbildung stärken!

Antragsteller*in:	Jusos Lüneburg
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Seit langem ist bekannt: In Deutschland hängen Bildungschancen immer noch vom
2 Geldbeutel ab. Dieser Umstand endet nicht nach dem Schulabschluss, sondern setzt sich
3 nahtlos bei der Bewerbung um einen Studien- oder Ausbildungsplatz fort. Denn: für
4 solche Bewerbungen sind häufig Nachweise über kostspielige Sprach- oder
5 Eignungsteststeilnahmen verpflichtend.
- 6 Ein Beispiel: wer sich auf einen Studiengang mit Fremdsprachen-Anteilen oder um einen
7 Ausbildungsplatz im Fremdsprachenbereich bewirbt, muss in der Regel ein Zertifikat
8 über ein entsprechendes Sprachniveau nachweisen. Die drei am häufigsten anerkannten
9 Tests zur Zertifizierung eines C1-Englisch-Niveaus sind aktuell das Cambridge- C1
10 Advanced Zertifikat (ca. 180€), der TOEFL (ca. 220€) und das IELTS (235€). Weitere
11 Beispiele sind Führungszeugnisse für den pädagogischen Bereich oder
12 Gesundheitszeugnisse und Gesundheitstests, die für entsprechende Ausbildungsberufe
13 und Studiengänge erforderlich sind.
- 14 Neben solchen für die Zulassung notwendigen Test gibt es noch den Sonderfall der
15 ergänzenden Testnachweise, durchwelche die Erfolgsaussichten einer Bewerbung erhöht
16 werden können. Ein prominentes Beispiel ist hier der Test für Medizinische
17 Studiengänge (100€), umgangssprachlich auch Medizinertest genannt.
18 Studieninteressierte, die diesen freiwilligen Test erfolgreich absolvieren, können
19 sich auf diesem Weg höhere Chancen aus einen Medizinstudienplatz ausrechnen.
20 Bewerber*innen, die es sich leisten können, den Test ein- oder mehrmals zu
21 absolvieren, sind also deutlich bevorteilt.
- 22 Die Bewerbungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten einer Bewerbung um einen
23 Ausbildungs- oder Studienplatz sollten aber nicht eine Frage der finanziellen
24 Möglichkeiten sein! Wir fordern daher, dass Universitäten und
25 Ausbildungsanbieter*innen nur Nachweise von Testteilnahmen als
26 Zulassungsvoraussetzung festschreiben können, sofern sie die Teilnahme entsprechenden
27 Tests kostenlose anbieten oder anfallende Kosten übernehmen. Gleiches soll analog für
28 den Medizinertest und vergleichbare ergänzenden Tests gelten. Um Wahlfreiheit von
29 Ausbildung für alle zu ermöglichen und Chancengleichheit zu fördern, brauchen wir
30 Bewerbungsbedingungen, die nichts kosten!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B03: Religionsunterricht säkularisieren

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Der Religionsunterricht muss reformiert werden soll. Er sollte konfessionell
- 2 ungebunden sein und sich nicht nur auf das Christentum fokussieren. Lehrkräfte sollen
- 3 keine Mitgliedschaft einer Landeskirche mehr nachweisen müssen und ein
- 4 religionswissenschaftliches Studium anstatt eines theologischen Studiums absolvieren.
- 5 Die Unterrichtsinhalte sollen Kinder und Jugendliche dazu animieren, ihre eigenen
- 6 religiösen Überzeugungen zu reflektieren und die Toleranz gegenüber Andersgläubigen
- 7 stärken. Außerdem sollen neben dem religiösen auch das agnostische und atheistische
- 8 Weltbild untersucht und reflektiert werden.

Begründung

*Religionsunterricht ist wichtig. Seltsam, aber wahr. Denn wer den Religionsunterricht abschafft, der*die öffnet religiösen Fanatiker*innen Tür und Tor. Für Kinder aus religiös-fundamentalistisch eingestellten Familien ist der Religionsunterricht oftmals die einzige Möglichkeit, sich reflektiert und kritisch mit ihrem eigenen Glauben auseinandersetzen. Oder besser gesagt: Der Religionsunterricht könnte diese Möglichkeit sein, wenn er anders gestaltet wäre. Der konfessionell gebundene, rein christliche Religionsunterricht spiegelt die tatsächliche Gesellschaft in Deutschland schon lange nicht mehr wider. Der Religionsunterricht sollte die Ursprünge verschiedener Religionen ergründen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede darstellen, agnostisch an Religion herangehen und Kindern und Jugendlichen beibringen, ihren Glauben zu hinterfragen, während sie lernen, Menschen anderer Religionen offen zu begegnen. Dass Lehrkräfte aktuell noch eine Kirchenmitgliedschaft nachweisen müssen, ist ebenfalls nicht mehr zeitgemäß und widerspricht der Trennung von Kirchen und Staat. Auch Menschen, die sich nicht mit den Werten oder dem Handeln der Landeskirchen identifizieren können, sollten die Möglichkeit erhalten, an Schulen jedes Fach zu unterrichten, für das sie die fachliche Qualifikation besitzen. Außerdem sollte das Studium von angehenden Lehrkräften nicht theologisch, sondern religionswissenschaftlich sein. Denn dann sind sie nicht nur Expert*innen einer bestimmten Glaubensrichtung, sondern erlernen die großen Zusammenhänge, damit sie diese an ihre Schüler*innen weitergeben können. Eine solche Umgestaltung würde die Offenheit gegenüber anderen Religionen von Kindern und Jugendlichen massiv stärken und ggf. Religionslehrkräfte von inneren Konflikten befreien.*

Antrag B04: Kindergartenplätze für alle

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Bund, Länder und Kommunen müssen für ausreichend Kindergartenplätze und Krippenplätze
2 im gesamten Bundesgebiet, die eine Ganztagsbetreuung für Kinder ab einem Jahr
3 gewährleisten, sorgen. Während die Länder und Kommunen für die Organisation und einen
4 großen Teil der Kosten zuständig sind, ist es die Aufgabe des Bundes, dieses Thema zu
5 priorisieren und durch entsprechende Zuschüsse zu unterstützen, sowie für würdige
6 Arbeitsbedingung mit einer angemessenen Bezahlung von Erzieher*innen zu sorgen. Zudem
7 muss die Ausbildung zur*zum Erzieher*in massiv gefördert werden, um dem
8 Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- 9 Bund, Länder und Kommunen müssen für ausreichend Kindertagesstätten- und
10 Krippenplätze im gesamten Bundesgebiet, die eine ganztägige Betreuung von 7:00 Uhr
11 bis mindestens 17:00 Uhr für
12 Kinder ab einem Jahr gewährleisten, sorgen. Während die Länder und Kommunen für die
13 Organisation und einen großen Teil der Kosten zuständig sind, ist es die Aufgabe des
14 Bundes, dieses Thema zu priorisieren und durch entsprechende Zuschüsse zu
15 unterstützen, sowie für würdige Arbeitsbedingung mit einer angemessenen Bezahlung von
16 Erzieher*innen zu sorgen.
- 17 Eine landes- und bundesweite höhere Betreuung von allen Kindern im Kindergartenalter
18 sollte bis 2030 erreicht werden. Perspektivisch sollte zu diesem Zeitpunkt dann eine
19 Kindergartenpflicht ab 3 Jahren, angestrebt werden.
- 20 Perspektivisch sollte zu diesem Zeitpunkt dann eine Kindertagesstättenpflicht ab 3
21 Jahren,
22 französischen Vorbild, eingeführt werden.

Begründung

Die Gewährleistung von ganztägigen Kindergärtenplätzen sowie der weitere Schritt hin zur Kindergartenpflicht ab 3 Jahren ist unter Aspekten der Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Ökonomie nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Der Mangel an Kindergartenplätzen fördert massiv die Diskriminierung von Frauen in Familienstrukturen. Bei einer geteilten Elternzeit von 14 Monaten kann nicht erwartet werden, dass darüber hinaus die Kinderbetreuung im familiären Umfeld übernommen werden kann. Viele Faktoren wie veraltete Gesellschaftsbilder und die häufige schlechtere Bezahlung sorgen dafür, dass häufig Frauen die Kinderbetreuung übernehmen, was zur längeren Arbeitslosigkeit oder Arbeit in Teilzeitjobs führt und Frauen in ein Abhängigkeitsverhältnis in einem patriarchalen System treibt.

Eine Kindergartenpflicht soll zudem dem immer stärker werdenden sozialen Gefälle entgegenwirken und Kindern eine höhere Chancengleichheit ermöglichen. Besonders Kinder aus sozial schwächeren Familien, die keine frühe Förderung ihrer Stärken und Fähigkeiten, die einen den Einstieg in das Schulleben erleichtern können und Kinder aus Familien, in denen kein deutsch gesprochen wird, erleiden bereits bei dem Eintritt in die Grundschule massive Nachteile. Das könnte durch eine frühe Förderung in den

Kindergärten zum Teil ausgeglichen werden und auch zu einer besseren Sozialisation beitragen.

Auch aus einer wirtschaftlichen Sicht ergibt die flächendeckende Kinderbetreuung Sinn, denn zum einen profitiert der Arbeitsmarkt insbesondere bei dem aktuellen Fachkräftemangel von mehr Frauen im Beruf. Hinzu kommt außerdem, dass eine frühere respektvolle Förderung von allen Kindern, deren Potenzial wegen momentaner mangelnder Beachtung bei vielen noch unentdeckt ist, zu selbstbewussteren innovativeren Erwachsenen führt, was bei einem Land wie Deutschland, welches von seinen kreativen Köpfen abhängig ist, die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft ist.

Antrag D01: Datenschutz 2.0 bei Amazon & Co.

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	D - Digitales und Medien

- 1 Z. 1 Streiche "intim"
- 2 Die Datensammlung von intimen Metadaten und die Auswertung dieser durch
- 3 Unternehmen muss verboten werden.

Begründung

Bei jedem Kunden werden im Netz auf Schritt und Tritt die persönlichen Daten gesammelt. Die Bürgerrechtlerin und Netzaktivistin Katharina Nocun hat im März 2018 im Rahmen einer Recherche für ihr Buch „Die Daten, die ich rief“ ihre bei Amazon gespeicherten Daten angefordert. Theoretisch haben alle Nutzer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Kopie ihrer bei einem Unternehmen gespeicherten Daten. Dies klingt in der Theorie aber deutlich einfacher, als es in der Praxis ist, auch weil die Unternehmen nicht preisgeben möchten, welche Daten sie über uns sammeln.

Nocun musste mehrere Monate lang hartnäckig bei Amazon nachhaken. Das Unternehmen reagierte zunächst ausweichend und verwies sie auf die Daten, die sie selbst in ihrem Nutzerprofil einsehen kann.

"Da wird aber nur ein Bruchteil der Daten angezeigt, die das Unternehmen tatsächlich sammelt". Als nächstes wurde ihr eine PDF-Datei mit der Kopie ihrer Profildaten geschickt, "was natürlich ein schlechter Scherz ist".¹

Nach langem Austausch bekam Katharina Nocun schließlich eine CD mit ihrem „Clickstream“. Im Clickstream wird jeder einzelne Klick verzeichnet, den ein Kunde auf der Seite von Amazon gemacht hat. Gespeichert werden zu jedem Klick bis zu 50 zusätzliche Informationen. Amazon kennt also nicht nur den genauen Suchverlauf und weiß, was ein Kunde gekauft hat, sondern weiß auch wann wir uns welche Rezensionen länger angeschaut haben und wann das Bild eines Produktes vergrößert wurde. Ebenso weiß Amazon auch, mit welchem Gerät die Seiten besucht wurden und aus welchem Land die Seitenanfrage kommt, mit welchem Browser gesurft wurde, und um welche Uhrzeit der Seitenbesuch stattgefunden hat. Amazon kann mit diesen Informationen auf die Kaufkraft eines Kunden zurückschließen und ihn danach in verschiedene Stufen von Konsument*innen einteilen. Im Rahmen eines Vortrags auf dem 35. Chaos Computer Congress hat eine Datenanalytikerin ein Programm mit dem von Amazon erhaltenen Datensätzen gefüttert. Danach konnte sie genaue Aussagen über die Aufenthaltsorte von Katharina Nocun nennen, darunter auch wann sie wo im Urlaub war, wann sie von wo nach wo gependelt ist und auch wann sie aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Eltern in einem anderen Bundesland besucht hat. Zusätzlich ließ sich aus den Daten eine Statistik von Wartezeiten erstellen. Amazon weiß also auch, dass wir nachts mal nicht schlafen können. Details, die wir dem Einzelhändler von nebenan wahrscheinlich eher nicht mitteilen würden. Amazon nimmt sich aber raus, solche Daten für eineinhalb Jahre zu speichern. Katharina Nocun hat aus dieser Recherche Konsequenzen gezogen und ihr Nutzungsverhalten verändert. Denn wirklich schwarz auf weiß zu sehen, welche Daten ein Unternehmen von ihr hat, und was daraus alles geschlossen werden kann, war eine eindrucksvolle Erfahrung.¹ Nocun, K. (2018). *Die Daten, die ich rief*. (1. Aufl.). Bastei Lübbe AG.

Inhaltsverzeichnis

E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden. Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	2
E02	Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein Muss Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	7
E03	Keine Zustimmung zum EU-Grenzverfahren Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	11
E04	Verhandelt endlich über Menschlichkeit! Für eine humane Flucht und Migrationspolitik Jusos Göttingen <i>zurückgezogen</i>	13
E06	Auslandseinsätze der Bundeswehr neu denken Jusos Celle <i>angenommen</i>	15
E07	„Colonia Dignidad“ – Das Hilfskonzept konsequent umsetzen! Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	16
E08	Jamas Sera Vencido – Chiles antikapitalistischen Kampf konsequent unterstützen! Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	18
E09	Weg mit der Artsakh-Blockade! Jusos Schaumburg <i>angenommen</i>	26

Antrag E01: Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Das Jahr 2022 hat viele unserer europäischen Gewissheiten über Bord geworfen. Es war
2 das Jahr des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, das Jahr der drohenden
3 Energiekrise und der Inflation. Es war aber auch das Jahr, in dem über eine Million
4 ukrainische Geflüchtete in der Europäischen Union Schutz fanden und mit der
5 Gewissheit gebrochen wurde, dass europäische Asylpolitik immer Uneinigkeit,
6 Abschottung und Inhumanität bedeuten muss. Im Umgang mit ukrainischen Geflüchteten
7 haben die EU-Staaten mehr internationale Solidarität bewiesen, als viele von uns
8 erwartet hätten. Die sogenannte "Massenzustromrichtlinie" wurde erstmals aktiviert.
9 Geflüchtete konnten selbst auswählen, in welchem Land der EU sie Schutz suchen, statt
10 wegen des Dublin-Abkommens an der Außengrenze festzuhängen. Sie waren nicht
11 gezwungen, in überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen unterzukommen, sondern konnten
12 ihren Wohnort selbst wählen, sie konnten zur Schule gehen, studieren, arbeiten.
13 Kurzum: Plötzlich war vieles möglich, wofür wir schon lange kämpfen. Und immer wieder
14 wurde diskutiert, wie sich dieser Maßstab auch für Geflüchtete aus anderen Ländern
15 anlegen lasse.

16
17 Ein Jahr später ist die Unterbringung von Geflüchteten weiterhin ein Thema von
18 öffentlichem Interesse, aber die hoffnungsvolle Bezugnahme auf die Solidarität mit
19 Geflüchteten aus der Ukraine ist kaum noch zu hören. Kommunen beklagen fehlende
20 Unterbringungskapazitäten, Bund und Land geben sich gegenseitig die Schuld an
21 finanziellen Engpässen und aus der Bundesregierung hört man das Vorhaben einer
22 "Rückführungsoffensive". Mehr und schneller abschieben wird, auch von Teilen der
23 Regierungskoalition, als Lösung propagiert. Währenddessen laufen auf europäischer
24 Ebene die Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspakt, die klar in Richtung
25 Abschottung deuten. Dieser Abschottung Europas stellen wir uns als Jusos klar
26 entgegen. Wir haben nicht vergessen, dass eine andere, eine solidarische, eine humane
27 Asylpolitik möglich ist! Wir akzeptieren keine rassistische Ungleichbehandlung von
28 Geflüchteten!

29

30 **Europäische Reformen: Eine solidarische Lösung ist nicht in Sicht**

31 Seit langem wird in der EU über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
32 diskutiert. Das Dublin-System hat sich als dysfunktional und unfair für die
33 Mitgliedstaaten erwiesen und trägt gleichzeitig zu unmenschlichen Bedingungen in
34 Lagern an der EU-Außengrenze wie zum Beispiel in Moria bei. Zuletzt wurde die
35 Diskussion über die Reformen konkreter. Die Kommission hat Vorschläge unterbreitet,
36 zu denen der Innenausschuss des Europäischen Parlaments Stellung genommen hat. Die
37 diskutierten Maßnahmen sind alarmierend! Wir haben dazu klare Positionen:

- 38 • **Wir lehnen die Fiktion der "Nicht-Einreise" ab** und die damit verbundenen Asyl-
39 "Schnellverfahren". Um das Recht auf Asyl einzuschränken, sollen Schutzsuchende

40 an der EU-Außengrenze zukünftig inhaftiert werden und als formell “nicht
41 eingereist” gelten. Im 12-wöchigen Schnellverfahren soll dann über den
42 Schutzanspruch der Antragsteller*innen entschieden werden. Ziel der
43 Schnellverfahren unter Haftbedingungen ist es, Geflüchtete in angeblich
44 “sichere” Drittstaaten abzuschicken. Das Europäische Parlament will diese
45 Schnellverfahren nur als “freiwillige” Maßnahme und nicht wie die EU-Kommission
46 als verpflichtende Maßnahme. Das ist zwar eine Abschwächung des Vorschlags, aber
47 es ermöglicht trotzdem eine Aushebelung von rechtsstaatlichen Asylverfahren. Ein
48 rechtsstaatliches, menschenwürdiges Verfahren kann es nicht als Sparversion
49 geben!

50 • **Wir lehnen die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten ab.**

51 • Wir lehnen die Regelungen zu sicheren Herkunftsländern ab und fordern ihre
52 Streichung aus
53 der Asylgesetzgebung, damit stattdessen eine umsichtige Einzelfallprüfung
54 unabhängig von
55 der Herkunft Geflüchteter erfolgen kann.

56 • **Wir lehnen den “EU-Türkei-Deal” und weitere Abkommen nach diesem Vorbild ab, wie**
57 z.B. mit Tunesien. Tunesien wird zunehmend autoritär regiert, gegen die
58 Opposition wird immer rücksichtsloser vorgegangen. Zugleich werfen
59 Nichtregierungsorganisationen den tunesischen Behörden zahlreiche
60 Menschenrechtsverletzungen und Rassismus vor. Rechtsstaatliche Asylverfahren
61 können so nicht garantiert werden. Es droht sich zu wiederholen, was bereits mit
62 der Türkei passiert ist: Die EU macht sich von einem autoritären Regime abhängig
63 und hebt gleichzeitig das Asylrecht aus.

64 • **Wir kämpfen gegen Rückführungspartnerschaften** als Alternative zur solidarischen
65 Aufnahme von Geflüchteten: Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass EU-Staaten,
66 die sich weigern Geflüchtete aufzunehmen, stattdessen zur Abschiebung von
67 Geflüchteten verpflichtet werden sollen. Falls sie damit scheitern, werden sie zur
68 Aufnahme verpflichtet. Mit diesem Verfahren wird die rechte und rassistische
69 Abschottungspolitik von Ländern wie Ungarn bestätigt. Aufnahme und Abschiebung
70 von Geflüchteten werden zu einer gleichwertigen Aufgabenteilung in der EU
71 gemacht. Wir unterstützen das Europäische Parlament in der Ablehnung dieser
72 Maßnahme.

73 • **Wir wollen nicht, dass EU-Mitteln in Infrastruktur zur Abschottung an der**
74 **Außengrenze investiert werden.** Das gilt sowohl für konkrete Barrieren wie Zäune
75 oder Mauern als auch für technische Mittel wie Drohnen.

76 • **Wir kritisieren die Verwendung von EU-Heranhilfen für**
77 **Beitrittskandidaten, um dort Abschiebegefängnisse oder ähnliche Einrichtungen zu**
78 **bauen.** Geschehen ist das im bosnischen Lipa, wo mit EU-Mitteln ein
79 Internierungsstrakt für Geflüchtete errichtet wurde - womöglich sogar an
80 zuständigen bosnischen Stellen vorbei. Bewerbungen zum EU-Beitritt werden so
81 genutzt, um Staaten dazu zu zwingen, Geflüchtete zu inhaftieren und
82 abzuschicken. Das ist in doppelter Hinsicht perfide: Es ist menschenfeindlich
83 gegenüber den Schutzsuchenden und neokolonialistisch gegenüber den
84 Beitrittskandidaten.

- 85 • **Wir lehnen den Missbrauch von Handelspolitik als Migrationswerkzeug ab:** Über das
86 Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU werden Zölle für Entwicklungsländer
87 gesenkt oder beseitigt. Der EU-Minister*innenrat hat vorgeschlagen, Staaten, die
88 beim Zurücknehmen von Staatsangehörigen nicht ausreichend kooperieren, diese
89 Handelsvorteile zu entziehen. Diese erpresserischen Methoden gegenüber den
90 ärmsten Staaten lehnen wir ab!
- 91 • Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf keine leere Rhetorik mehr sein und muss
92 stattdessen durch diplomatische Initiativen und eine Intensivierung der
93 Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland und die EU endlich konkret in
94 Angriff
95 genommen werden. Hierbei muss klar sein, dass echte Lösungen nur auf Augenhöhe
96 mit den
97 Betroffenen gefunden werden können.
- 98 • Wir stellen außerdem klar: Wenn keine Einigung unter Wahrung rechtstaatlicher
99 Grundsätze
100 und dem unbedingten Schutz der Menschenrechte gefunden werden kann, ist eine
101 Koalition
102 der willigen EU-Mitgliedstaaten einem Gesamtkompromiss vorzuziehen, um
103 Geflüchtete
104 künftig fairer und zur Schaffung der für sie besten Bedingungen zu verteilen
105
- 106 **Wir fordern weiterhin:**
- 107 • **Die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex:** Zwar haben die Skandale um den
108 ehemaligen Exekutivdirektor Leggeri zu einem Führungswechsel bei Frontex
109 geführt, doch der grundsätzliche Zielkonflikt der Agentur wird dadurch nicht
110 aufgelöst. Der neue Frontex-Chef betont, dass Frontex Menschenrechte schützen
111 soll, hat aber den Auftrag, die EU möglichst effektiv gegen Geflüchtete
112 abzuschotten. Hinzu kommt eine tiefsitzende Intransparenz innerhalb von Frontex.
113 Frontex war außerdem am Betrieb von sogenannten "Black Sites", geheimen,
114 illegalen Abschiebegefängnissen in Mitgliedstaaten wie Bulgarien beteiligt. Das
115 alles sind strukturelle und keine rein personellen Probleme.
- 116 • Ein sofortiges Ende der Finanzierung der sogenannten „lybischen Küstenwache“
117 durch die EU
118 und eine Aufarbeitung der durch sie mit europäischer Unterstützung begangenen
119 Menschenrechtsverletzungen
- 120 • Ein staatliche Seenotrettungsmission im Mittelmeer, ein Ende der
121 Kriminalisierung privater
122 Seenotrettung, das Ende der Blockade der vom Bundestag für beschlossenen
123 Fördermittel
124 durch das Auswärtige Amt und politische Rückendeckung durch Deutschland und die
125 EU
126 gegen Repressionen für Seenotretter*innen und ihre Schiffe
- 127 • **Einen systematischen Monitoring-Mechanismus** als Instrument gegen
128 Menschenrechtsverletzungen wie z.B. rechtswidrige Pushbacks
- 129 • die EU-Kommission auf, unverzüglich ein **Vertragsverletzungsverfahren gegen**

130 **Litauen** einzuleiten wegen der nationalen Legalisierung von Pushbacks, auch um
131 ähnlichen Bestrebungen in anderen EU-Staaten einen Riegel vorzuschieben.

- 132 • **Freizügigkeit für Geflüchtete in der EU und die Abschaffung von**
133 **Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums**

134

135 **Deutsche Pläne: Gelebte Solidarität statt Abschiebegipfel**

136 Beachtung findet die deutsche Asylpolitik vor allem in Gestalt überforderter
137 Kommunen. Während die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge während der
138 Corona-Pandemie zwischenzeitlich gesunken war, ist sie zuletzt wieder deutlich
139 angestiegen. Obwohl spätestens seit 2015 allen politisch Verantwortlichen hätte klar
140 sein müssen, dass Fluchtbewegungen nach Europa nicht einfach so verschwinden werden,
141 war Deutschland erneut unvorbereitet. Weder sind die nötigen praktischen
142 Vorbereitungen, vor allem mit Blick auf Unterbringungsmöglichkeiten, getroffen
143 worden, noch hat sich die Bundesregierung an den positiven Beispielen im Umgang mit
144 Geflüchteten aus der Ukraine orientiert. **Ein enormer Vorteil bei der Unterbringung**
145 **ukrainischer Geflüchteter war, dass sie nicht dazu gezwungen wurden, in**
146 **Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.** Stattdessen konnten sie auf freiwillige
147 Helfer*innen sowie auf familiäre Netzwerke zurückgreifen, die sowohl die
148 Aufnahmeeinrichtungen entlastet haben als auch das Ankommen in Deutschland für die
149 Geflüchteten selbst massiv erleichtert haben. Während die Kommunen über überfüllte
150 Unterkünfte klagen, werden mehr Abschiebungen als Lösung dargestellt. Insbesondere
151 die CDU/CSU springt in diese Bresche, unterstellt der Bundesregierung Untätigkeit und
152 fordert mehr "Rückführungspartnerschaften" mit Drittstaaten. Aber auch die
153 Bundesregierung steht dieser Logik nicht fern. Im Koalitionsvertrag ist, neben
154 einigen durchaus progressiven migrationspolitischen Vorhaben, eine
155 "Rückführungsoffensive" vorgesehen und der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung,
156 FDP-Politiker Joachim Stamp, plädiert mit Nachdruck für die Auslagerung von
157 Asylverfahren in Drittstaaten, was den Zugang zu rechtsstaatlichen Asylverfahren in
158 der EU faktisch aushebeln würde. Im Mai 2023 verkündete die Bundesregierung, dass sie
159 die Pläne der EU-Kommission unterstütze, sich für mehr Abschiebungen und stärkeren
160 "Schutz" der Außengrenze einsetze. Die Debatte um mehr Abschiebungen ist aber eine
161 populistische Nebelkerze. Dass viele formal "Ausreisepflichtige" nicht abgeschoben
162 werden, liegt nicht an Nachlässigkeit oder ausgeprägter Humanität des deutschen
163 Staates, sondern an handfesten Hürden: insbesondere fehlenden Pässen oder der
164 unsicheren Lage in den Herkunftsländern. Statt mit Debatten über
165 Rückführungsoffensiven abzulenken, erwarten wir von der Bundesregierung, sich auf
166 weiterhin hohe Zahlen an Schutzsuchenden einzustellen und ihnen auch tatsächlich
167 Schutz unter menschenwürdigen Bedingungen zu bieten.

168

169 **Deshalb fordern wir:**

- 170 • **Freie Wahl von Wohnort und Wohnart für Geflüchtete von Anfang an!** Damit
171 entlasten wir die Aufnahmeeinrichtungen und erleichtern das Ankommen in
172 Deutschland.
- 173 • **Bundesweit einheitliche, verbindliche Mindeststandards** in Unterkünften für
174 Geflüchtete

- 175 • Bei diesen Standards insbesondere den **Schutz von Frauen** verstärkt zu beachten.
176 Dazu können auch separate Unterkünfte zählen. Abschließbare Zimmer und
177 Badezimmer in gemischten Unterkünften müssen zwingend gegeben sein. Außerdem
178 sollte das (Wach-)Personal in den Unterkünften gendersensibel geschult werden
179 und nicht rein männlich zusammengesetzt sein. Hygieneartikel sollten kostenlos
180 gestellt werden und in den Unterkünften verfügbar sein.
- 181 • ein besseres und transparentes Beschwerdemanagement in Geflüchtetenunterkünften
- 182 • dass die Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten endlich
183 angemessen finanziell unterstützt werden. Der Bund hat seine Blockadehaltung
184 hier aufzugeben. Solange eine menschen- und völkerrechtswidrige Behandlung von
185 flüchtenden und
186 geflüchteten Personen nach der aktuell gültigen oder momentan geplanten
187 Rechtslage droht,
188 fordern wir zudem einen bundesweiten Abschiebestopp mit sofortiger Wirkung, um
189 das Leben
190 und die Würde der Betroffenen zu schützen.
- 191 • Schließlich fordern wir die Bundesinnenministerin und alle anderen Amts- und
192 Mandatsträger*innen der SPD auf, sich an die Beschlusslage zu Flucht und Asyl in
193 der Partei
194 zu halten und sich intensiver und fairer mit der Kritik am aktuellen Kurs der
195 Asylrechtsverschärfungen auseinanderzusetzen
- 196
- 197 Wir steuern auf ein Wahljahr in der Europäischen Union zu. Wir Jusos stehen zu
198 unserer Vision eines vereinten Europas. Dieses Europa muss aber in vielen Bereichen
199 anders handeln, als es die EU aktuell macht. Bei der Asylpolitik ist die Kluft
200 zwischen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde auf der einen Seite und der
201 Realität mit Pushbacks, Rückführungsrhetorik und Geflüchtetenlagern auf der anderen
202 Seite gigantisch. Auch die deutsche Bundesregierung schwenkt aktuell in diesen Kurs
203 ein - einen Kurs der Abschottung. Diesem Kurs stellen wir uns entgegen - **denn kein**
204 **Mensch ist illegal!**

Antrag E02: Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein Muss

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenverbund mit aktuell 27 Mitgliedern und
2 circa 450 Millionen Einwohner*innen. Die obersten Ziele dieses 1993 gestarteten
3 Projekts sind es den Frieden zu fördern sowie Freiheit, Sicherheit und die
4 Rechtsstaatlichkeit für die Bürger*innen garantieren. Doch aktuell finden wir in der
5 Europäischen Union verschiedene Beispiele, wo die Demokratie mit Füßen getreten wird.
6 Der Abbau des Rechtsstaates scheint Normalität geworden zu sein. Doch als Jusos
7 können und wollen wir diese Entwicklungen nicht in Kauf nehmen, sondern werden für
8 eine demokratische EU auf allen Ebenen eintreten!

9

10 **Die Rechtsstaatlichkeit in den Kopenhagener Kriterien**

11 Als die EU 1993 gegründet wurde, haben die Staats- und Regierungschef*innen drei
12 Voraussetzungen zum Beitritt in die EU beschlossen. Diese sind bekannt als
13 „Kopenhagener Kriterien“ und umfassen neben dem wirtschaftlichen Kriterium und dem
14 Acquis-Kriterium auch ein politisches Kriterium. Das politische Kriterium beinhaltet
15 die institutionelle Stabilität, eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die
16 Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten in der
17 Gesellschaft. Alle diese Vorgaben müssen zum Eintritt in die EU erfüllt werden.
18 Allerdings wird die Einhaltung der Standards nach einem Beitritt, nicht kontrolliert
19 und kann somit nicht zu einem Ausschluss aus der Europäischen Union führen.

20

21 **Die aktuelle Situation in Polen und Ungarn**

22 Die beiden Staaten Polen (seit 2004 Mitglied der EU) und Ungarn (seit 2004 Mitglied
23 der EU) verbindet nicht nur ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union und ihre
24 geografische Lage, sondern auch ihre Verletzungen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Die
25 damit einhergehende Demontage der Demokratie hat für die Freiheit der Bürger*innen
26 vor Ort fatale Folgen. Doch was passiert in den beiden Ländern?

27

28 Seit 2015 beobachten wir in Polen den Umbau der Justiz, der von der
29 nationalkonservativen PiS-Regierung vorgebracht wird. Dabei handelt es sich um den
30 Versuch, die Presse sowie die Justiz unter die Kontrolle der Regierung zu bringen.
31 Die Gewaltenteilung in Polen ist somit in akuter Gefahr. Beispielsweise wurde 2018
32 eine Disziplinarkammer für Richter*innen am Obersten Gericht eingerichtet. Darin
33 sollen die Richter*innen für „Fehlverhalten“ und „Fehlentscheidungen“ in
34 Gerichtsprozessen aus der Perspektive der Regierung zur Rechenschaft gezogen werden.
35 Hinzu kam im Februar 2020 ein weiteres Gesetz zur Disziplinierung, durch welches
36 Richter*innen Geldstrafen, Degradierung oder Entlassungen drohen, sollten sie die
37 Entscheidungen von anderen Richter*innen in Frage stellen. Außerdem ist es polnischen
38 Richter*innen untersagt, politisch aktiv zu werden. Engagement in
39 Richter*innenvertretungen ist daher schier unmöglich, da diese sich mit der
40 Justizpolitik auseinandersetzen. Polen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki

41 verteidigt diesen Umbau gegen Kritik der EU-Kommission: Die Justiz sei Angelegenheit
42 der Mitgliedsstaaten. Doch dass die Kommission die Aufgabe hat, die Demokratie,
43 Menschenwürde und eine gute Justiz in den Mitgliedsstaaten zu sichern, wird dabei
44 außer Acht gelassen.

45

46 Ein Blick nach Ungarn zeigt, dass Polen kein Einzelfall ist. Auch hier wird der
47 Versuch unternommen, die Unabhängigkeit von Justiz und Presse auszuhöhlen. So wurden
48 beispielsweise ungarische Journalist*innen mithilfe der Software „Pegasus“ von der
49 Regierung ausspioniert. Diese Software ist offiziell als Cyberwaffe eingestuft. Doch
50 hinzu kommt auch, dass das Verfassungsgericht nur noch durch die Regierungspartei
51 besetzt wird und somit keine kritischen Stimmen mehr vorweist. Außerdem betreibt die
52 Regierung um Orbán eine aktive Anti-Queer -Politik. Mit einem Gesetz wurde im Juni
53 2021 beschlossen, dass Homosexualität nicht mehr in der Schule „propagiert“ sowie aus
54 Filmen, Büchern und Werbungen gestrichen werden soll. Die Argumentation hinter diesen
55 Umbrüchen ähnelt der Polens und auch die EU-Kommission reagiert identisch. Zudem
56 greifen Viktor Orban und seine Fidesz-Partei immer wieder auf antisemitische
57 Stereotype und Verschwörungserzählungen zurück, um Hass gegen vermeintlich
58 “ausländische” Einflüsse zu schüren. Die autoritäre Ausrichtung der ungarischen
59 Regierung zeigt sich auch am Versuch, die Universitäten des Landes stärker zu
60 kontrollieren und die Arbeit von NGOs einzuschränken. Die Feindseligkeit gegenüber
61 NGOs teilt die ungarische Regierung mit anderen autoritären Regierungen, wie z.B. der
62 russischen. Bemerkenswert ist im Falle Ungarns, wie lange CDU und CSU der Fidesz-
63 Partei auf europäischer Ebene den Rücken gestärkt haben - erst 2021 ist die Partei
64 von Viktor Orban aus der konservativen Parteienfamilie EVP ausgetreten. Auch dieses
65 politische Bündnis mit den autoritären Kräften in Ungarn hat den Einsatz der EU für
66 den ungarischen Rechtsstaat gebremst.

67

68 Als Jusos stehen wir solidarisch an der Seite der demokratischen Opposition im
69 Kampf für mehr Demokratie in ihren Ländern und verurteilen die Angriffe auf die
70 Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen!

71

72 **Aktuelle Möglichkeiten zum Handeln**

73 Auch wenn die Europäische Union im Bereich der Rechtsstaatlichkeit handlungsunfähig
74 wirkt, ist dies nicht der Fall. Unter anderem werden seit 2020 jährlich „Berichte
75 über Rechtsstaatlichkeit“ über jeden Mitgliedstaat verfasst, die öffentlich für alle
76 Bürger*innen zugänglich sind. Darin wird die Demokratie der einzelnen Länder
77 analysiert und die Funktion bewertet. Außerdem gibt es den „Rechtsstaatsmechanismus“,
78 welcher nach einer qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat beschlossen wird. Es
79 handelt sich hierbei um Kürzungen der finanziellen Mittel für die Mitgliedstaaten,
80 während sie ihre vollen Abgaben in den europäischen Haushalt einzahlen. Diese
81 Sanktionen sind nicht an bestimmte Regelverstöße gebunden und können daher unter
82 anderem bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit eingesetzt werden. Auch Polen und
83 Ungarn sind von diesen Sanktionen bereits stark betroffen. Besonders Zahlungen aus
84 den Corona-Wiederaufbaufonds fehlen den Staaten. Die EU-Kommission unter Ursula von
85 der Leyen war bislang jedoch viel zu zögerlich in der Anwendung des

86 Rechtsstaatsmechanismus. Vor allem aber hat sie sich zu schnell auf eine
87 unzureichende Einigung mit der polnischen Regierung eingelassen. Die EU-Kommission
88 verfügt über einen starken finanziellen Hebel, setzten diesen aber nicht mit
89 ausreichend Nachdruck ein. . Als weiteres Mittel gibt es das Verfahren von Artikel 7,
90 welches sich nur auf Verletzungen der Demokratie bezieht. Dieses Verfahren beinhaltet
91 ebenfalls Präventionsmaßnahmen und Sanktionen, aber auch einen Stimmenverlust eines
92 Mitgliedstaates in allen europäischen Gremien. Allerdings wurde diese höchste
93 Maßnahme in der Geschichte noch nie angewandt, da dafür eine Einstimmigkeit im
94 Europäischen Rat benötigt wird. Wir sehen also, dass die Europäische Union diverse
95 Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung hat, sich für die Einhaltung des Rechtsstaates
96 in den Mitgliedsstaaten einzusetzen. Doch diese Maßnahmen werden aktuell nicht
97 konsequent genutzt und ausgeschöpft. Somit muss die Kommission bei Verstößen der
98 Rechtsstaatlichkeit härter durchgreifen und weitere effektive Maßnahmen entwickeln.

99

100 **Die EU steht sich selbst im Weg**

101 Bei all diesen Umständen, die die Demokratien gefährden, sehen wir eine EU, die sich
102 immer wieder selbst im Weg steht. Aktuell herrscht im Europäischen Rat das Prinzip
103 der Einstimmigkeit, wenn es um wichtige Fragen geht. Damit sich die EU für ihre Werte
104 und somit auch für die Demokratie stark machen kann, muss das Einstimmigkeitsprinzip
105 im Europäischen Rat angeschafft werden. Neben dem Europäischen Rat muss auch das
106 Europäische Parlament reformiert und demokratisiert werden. Denn das Europäische
107 Parlament ist die größte Vertretung der Bürger*innen auf europäischer Ebene. Doch
108 momentan besitzt dieses Parlament kein Gesetzesinitiativrecht, welches aber dringend
109 notwendig ist, um sich selbst als Gemeinschaft zu demokratisieren, aber auch um die
110 Demokratie in den Mitgliedsstaaten stärker prüfen zu können.

111

112 **Was wir wirklich brauchen**

113 Unser Europa ist offen, nachhaltig und solidarisch. Wir wollen die Europäische Union
114 weiterentwickeln, denn unsere langfristige Vision sind die Vereinigten Staaten von
115 Europa. Dafür muss die EU demokratischer werden und stärker für soziale und
116 ökologische Ziele kämpfen, anstatt sich als bloßer Wirtschaftsraum zu begreifen.

117

118 Daher fordern wir:

- 119 - Die aktuell existierenden Maßnahmen für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit stärker
120 zu nutzen sowie neue effektive Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.
- 121 - Eine Kompetenzerweiterung des EU-Parlaments, die das Recht auf Gesetzesinitiativen
122 beinhaltet.
- 123 - Stärkere Strafzahlungen und Sanktionen bei Verletzungen gegen die
124 Rechtsstaatlichkeit.
- 125 - Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzipes im EU-Rat, um endlich handlungsfähig
126 zu werden.
- 127 - Dass auch nach Beitritt in die EU die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien weiter
128 kontrolliert und eingefordert wird, notfalls unter Androhung von Sanktionen

- 129 - Einen weiterhin intensiven Austausch mit unseren jungsozialistischen
- 130 Schwesterorganisationen innerhalb der Europäischen Union, um gemeinsam für die
- 131 Rechtsstaatlichkeit einzutreten.

Antrag E03: Keine Zustimmung zum EU-Grenzverfahren

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Am 08. Juni 2023 wollen die EU-Innenminister*innen im EU-Rat über neue Grenzverfahren
2 im Rahmen des „Pakts für Asyl und Migration“ entscheiden. Ziel dieses Paktes sollen
3 in der Theorie „eindeutige, faire und schnellere“ Asyl- und Rückführungsverfahren
4 sein. Ein Ziel, dem der Pakt für Asyl und Migration nicht im Entferntesten gerecht
5 wird. Das Innenministerin Nancy Faeser nun die deutsche Zustimmung zu diesen neuen
6 Gesetzesverfahren signalisiert hat ist dabei für uns nicht hinnehmbar und steht im
7 Widerspruch zum Ampel-Koalitionsvertrag, in welchen formuliert wird: „Wir wollen die
8 illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. [...] Der
9 Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss
10 inhaltlich geprüft werden“.

11 Im Fokus der neuen Grenzverfahren stehen dabei besonders verpflichtende, integrierte
12 Screening-, Asyl-, und Rückführungsverfahren an den EU-Außengrenzen. Im Rahmen der
13 Asylrichtlinie aus dem Jahr 2013 erlaubt es Mitgliedsstaaten, ein solches Verfahren
14 beispielsweise an Flughäfen oder Transitzone einzurichten. Aktuell wenden 15 von den
15 über 30 EU-Staaten diese Verfahren an. Jedoch bereits jetzt gehen diese Verfahren
16 oftmals mit einem Freiheitsentzug und menschenunwürdigen Zuständen wie auf
17 den griechischen Inseln für die Schutzsuchenden einher. Selbst bei den
18 vergleichsweise geringen Zahlen der deutschen Flughafenverfahren zeigen sich große
19 Probleme was die effektive Rechtsvertretung und Rückführungen in Länder mit
20 Abschiebestopp angeht. Laut dem Vorschlag zum Pakt für Asyl und Migration wären die
21 Mitgliedsstaaten verpflichtet, das Grenzverfahren für all jene Antragsteller*innen
22 anzuwenden, die ein Sicherheitsrisiko darstellen oder die für das Verfahren relevante
23 Informationen vorenthalten. Dies umfasst beispielsweise Informationen zur Identität,
24 Herkunftsland oder Fluchtroute. Zusätzlich wäre das Grenzverfahren nun auch
25 verpflichtend für Menschen, die aus einem Land kommen, für das die Anerkennungsrate
26 im EU-weiten Durchschnitt unter 20% liegt.

27 Des Weiteren sollen im Rahmen von sogenannten preentry Screening Verfahren, welche
28 für alle Drittstaatsangehörigen, die die Grenze „unbefugt überqueren sowie alle aus
29 Seenot geretteten Menschen gelten, innerhalb von 5 Tagen geprüft werden, ob die
30 Schutzsuchenden für ein reguläres Asylverfahren in Frage kommen oder ob diese das
31 Grenzverfahren durchlaufen können. Dort wo das Grenzverfahren verpflichtend ist, soll
32 zusätzlich die inhaltliche Begründetheit des Asylantrags geprüft werden.

33 Die führt de facto zu einer Aufspaltung der Asylprüfung. Dem regulären Asylverfahren
34 stünde ein zunächst fakultatives, aber unter bestimmten Umständen verpflichtendes,
35 Grenzverfahren gegenüber. Mit dem sogenannten preentry Screening würde ein weiteres
36 vor dem eigentlichen Asylverfahren oftmals unfaires, vorgeschaltetes Verfahren
37 geschaffen werden. Des Weiteren führt dies verbunden mit dem Konzept der „sicheren
38 Drittstaaten“ zu einer Auslagungen der Verantwortung für Geflüchtete. Bereits jetzt
39 werden in Griechenland Anträge von syrischen, afghanischen und weiteren Asylsuchenden
40 als „unzulässig“ abgelehnt, weil die Türkei als sicherer Drittstaat gilt – obwohl
41 diese die Kriterien eines sicheren Drittstaats nicht erfüllt und massiv nach
42 Afghanistan und auch immer wieder nach Syrien abschiebt.

43 Auch die neugeschaffenen Fristen innerhalb der Verfahren sollen zwar theoretisch zu
44 schnelleren Verfahren führen, tun dies aber nicht notwendigerweise, da eine
45 Bearbeitung der Anträge schon jetzt bspw. auf Grund von mangelndem Personal oftmals
46 nicht fristgerecht möglich ist.

47 Des Weiteren muss eine rechtliche Umsetzung der Grenzverfahren muss die Fiktion der
48 Nicht-Einreise geschaffen werden. Die betroffenen Personen gelten als nicht
49 eingereist, obwohl sie sich auf dem Territorium eines Mitgliedstaates der EU
50 aufhalten und sich unter der „effektiven Kontrolle“ der Behörden des Staates
51 befinden. Diese würde de facto einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit, de facto
52 haftähnlicher Unterbringung, die den betroffenen Menschen u.a. die Möglichkeit nimmt,
53 sich unabhängig rechtlich beraten zu lassen und sie von der Außenwelt abschirmt
54 einhergehen. Auch könnten die Menschen so insgesamt bis zu 6 Monaten an den
55 Außengrenzen festgehalten werden. Auch wird die Möglichkeit von Schutzsuchenden
56 Widerspruch gegen einen Rückkehrbescheid einzulegen durch die Zusammenlegung von
57 Asyl- und möglichem Rückkehrbescheid, eingeschränkt, da diese weniger Zeit für die
58 Vorbereitung eines möglichen Widerspruchs lässt. Hinzu kommt, dass der
59 Kommissionsvorschlag Asylsuchenden aus Ländern mit geringer Schutzquote kein
60 automatisches Bleiberecht während ihres Widerrufverfahrens, oder während eines
61 erneuten Asylantrags, garantiert. Als dies stellt also eine erhebliche Einschränkung
62 des Schutzes auf Rückweisung dar.

63 Wir fordern von der Bundesregierung daher :

- 64 • Keine Zustimmung zu verpflichtenden EU-Grenzverfahren, sondern einen Einsatz für
65 eine generelle und effektive Ausnahme von Kindern, Familien und anderen
66 vulnerablen Menschen von Grenzverfahren sowiestarke Garantien was unabhängige
67 Unterstützung der Asylsuchenden angeht.
- 68 • sich bei den Verhandlungen zumindest gegen eine verpflichtende Anwendung der
69 Fiktion der Nicht-Einreise einzusetzen.
- 70 • sich gegen eine verpflichtende Anwendung das Konzept der „sicheren Drittstaaten“
71 und gegen die Absenkung der Kriterien für „sichere Drittstaaten“ einsetzen.
- 72 • keine abgesenkten Rechtsschutzvorschriften zuzulassen.

73 [D.h. Menschen die aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsland oder sicheren](#)
74 [Drittstaat“ kommen.](#)

75 [Vgl. das Positionspaper der Staaten Griechenland, Italien, Malta und](#)
76 [Spanien\(https://twitter.com/NikolajNielsen/status/1331856468186902529\)](https://twitter.com/NikolajNielsen/status/1331856468186902529)

Antrag E04: Verhandelt endlich über Menschlichkeit! Für eine humane Flucht und Migrationspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Wir fordern:

- 2 • Einen sofortigen Abschiebestopp für ganz Deutschland
- 3 • Solidarisches Verhalten und aktive Umsetzung der Beschlusslage im Bereich
- 4 Flucht- und Migration durch alle Amts- und Mandatsträger*innen der SPD,
- 5 insbesondere die Bundesinnenministerin
- 6 • Die grundsätzliche Streichung der Regelung über sogenannte „sichere
- 7 Herkunftsländer“ bei der Asylgesetzgebung und die rechtliche und personelle
- 8 Sicherstellung einer umsichtigen Einzelfallprüfung aller Asylanträge, sowie
- 9 Schulung und Ausfinanzierung des zuständigen Personals.
- 10 • Ein sofortiges Ende der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums und die
- 11 Auflösung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex
- 12 • Die Entkriminalisierung, finanzielle Förderung und politische Rückendeckung für
- 13 private Seenotrettung durch die Bundesregierung und die EU-Kommission, sowie
- 14 eine deutsche Initiative für einen Verteilungsmechanismus für Geflüchtete und
- 15 eine staatliche Seenotrettungsmission williger europäischer Staaten
- 16 • Die endgültige Aufkündigung des EU-Türkei Abkommens zur Flüchtlingspolitik,
- 17 sowie aller weiteren Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern, die zum Ziel
- 18 haben, Flüchtende vom Erreichen eines für sie sicheren Staates mit guter
- 19 Menschenrechtssituation abzuhalten und ein Stopp künftiger Abkommen dieser Art,
- 20 insbesondere mit Staaten, die (quasi-) autokratisch regiert werden und
- 21 systematisch die Menschenrechte verletzen
- 22 • Ein sofortiges Ende der Finanzierung der sogenannten „Lybischen Küstenwache“ und
- 23 eine unabhängige Untersuchung der durch sie begangenen
- 24 Menschenrechtsverletzungen mit dem Ziel einer Klage vor dem internationalen
- 25 Strafgerichtshof
- 26 • Keine Asylzentren, Abschiebelager oder ähnliche Einrichtungen Deutschlands oder
- 27 der EU an den EU-Außengrenzen
- 28 • Eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund bei der
- 29 Unterbringung und Versorgung Geflüchteter, die langfristige Planungen und gute
- 30 Lebensumstände für die Betroffenen ermöglicht
- 31 • Bleibeperspektive für alle geflüchteten und migrierten Personen in Deutschland
- 32 und mehr Wege für sichere und legale Flucht und Migration nach Deutschland und
- 33 in die europäische Union
- 34 • Die progressive Bekämpfung von Fluchtursachen über diplomatische Initiativen und
- 35 Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland und die EU

Begründung

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung darf nicht dieselbe im Kern rassistische und

menschenfeindliche Migrationspolitik verfolgen, wie ihre Vorgänger. Die Debatte im Zuge des Bund-Länder-Gipfels zur Flüchtlingspolitik hat wieder einmal eindrucksvoll den Rechtsruck aufgezeigt, den fast die gesamte deutsche Gesellschaft und Politik seit 2015 vollzogen hat. Mittels Plänen wie Auffanglagern, der Bearbeitung von Asylanträgen an den EU-Außengrenzen und der Ergänzung weiterer sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“, versuchen Verantwortliche noch immer Menschen an der Einreise in die EU und nach Deutschland zu hindern, um so die eigenen Kosten gering zu halten und nicht für eine gute Versorgung und Integration geflüchteter Aufkommen zu müssen. Zudem wird über mögliche neue Abkommen mit Staaten wie Tunesien gesprochen, wo aktuell eine autoritäre Regierung ihre Macht festigt und insbesondere BIPOC Flüchtende sogar nachts aufgegriffen und in der Wüste ausgesetzt werden.

Statt die Interessen der Kommunen und EU-Staaten und die Menschenrechte flüchtender und geflüchteter Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen EU-Kommission und Bundesregierung beides tun: die Folgen der teilweise durch die eigene Politik verursachten Fluchtbewegungen durch ausreichende Bereitstellung von Ressourcen abfedern und dafür sorgen, dass die entsprechenden Personen, überhaupt sicher in ein Land ihrer Wahl einreisen können und dort so schnell wie möglich ein normales Leben führen dürfen.

*Während bspw. Coronamaßnahmen, die eine Einschränkung der Grundrechte bedeuteten, andauernd auf ihre Verhältnismäßigkeit evaluiert und schließlich zurückgenommen wurden, folgen seit der humanitären Krise 2015 ständig neue Einschränkungen des Asylrechts und des praktischen Umgangs mit Schutzsuchenden, obwohl die Zustände von damals schon lange nicht mehr herrschen und viele der Befürchtungen ausgeblieben sind. Neue Maßnahmen gegen Flüchtende haben schon lange ihren Charakter als Notlösung verloren und stellen stattdessen ein Dogma dar, dem sich leider auch Politiker*innen der SPD auf allen Ebenen angeschlossen haben. Rechtsextreme Parteien und auch mehr oder minder große Teile der konservativen und liberalen Lager treiben SPD und Grüne dabei für Wähler*innenstimmen vor sich her und es fehlt eine starke Stimme, die sich für Menschlichkeit einsetzt.*

Kaum eine Forderung in diesem Antrag ist neu. Dennoch sind wir vielen von ihnen nicht nähergekommen, sondern haben uns seither weiter davon entfernt. Es ist es von großer Bedeutung, dass wir ständig auf die katastrophale Lage an den EU-Außengrenzen hinweisen und aufzeigen, dass der rassistische Normalzustand nicht alternativlos ist. Ein solidarisches Europa ist möglich!

„Öffnet die Grenzen, schließt die Verträge: Tauscht euren Wohlstand ein gegen Ehre!“

– KAFVKA – „Lampedusa“ (2014)

Antrag E06: Auslandseinsätze der Bundeswehr neu denken

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

- 1 Wir fordern, dass deutsche Beteiligungen an den jeweiligen UN-Missionen kein
- 2 Dauerzustand sein dürfen. Eine längere Beteiligung muss stets kritisch hinterfragt
- 3 werden. Wir fordern, aktiv mit den UN und Staaten aus der jeweiligen Region
- 4 zusammenzuarbeiten, um langfristig deutsche Kräfte aus den UN-Missionen herauslösen
- 5 zu können.

Begründung

Die Bundeswehr ist zurzeit in zehn Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes der NATO eingesetzt. Die meisten Einsätze sind UN-Beobachtermissionen mit wenigen Soldatinnen und Soldaten. Ausnahmen davon sind die Einsätze der Marine im Rahmen der NATO-Operation Sea Guardian sowie der UN-Mission UNIFIL im Mittelmeer. Zusätzlich ist die Bundeswehr im Balkan (EUFOR in Bosnien und KFOR im Kosovo) sowie in Mali (MINUSMA) zur Friedenssicherung eingesetzt. In Mali existiert noch die Ausbildungsmission EUTM der Europäischen Union, an der sich Deutschland beteiligt. Der Ausbildungsanteil der Mission in Mali ist aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit der malischen Militärregierung über Neuwahlen allerdings nach wie vor ausgesetzt. In Jordanien und im Irak beteiligt sich Deutschland durch Unterstützung und Ausbildung der örtlichen Streitkräfte an der Bekämpfung der Terrorgruppe Islamischer Staat (Capacity Building Iraq/Counter Daesh).

Die Erfahrungen aus Afghanistan und den UN-Einsätzen der letzten 30 Jahre sowie die Einsichten, die uns der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine abverlangt, sollten zu einer Neubewertung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Beteiligung an zukünftigen Einsätzen führen. Wir müssen mit unseren nach wie vor geringen Mitteln an Material und Personal sorgfältig umgehen und es sparsam einsetzen. Die Landes- und Bündnisverteidigung hat Priorität und wird auch die nächsten Jahre große Kräfte binden.

Daraus resultierend muss vorausschauend agiert werden. Wir dürfen nicht erst reagieren, wenn ein Staat (wie einst in Mali) kurz vor dem Zusammenbruch steht oder bereits ein Völkermord geschieht (wie 2015 an den Jesiden im Irak). Wir müssen vorher stabilisierend eingreifen. Mit Ausbildungshilfe und Ausrüstungshilfe haben wir etwa erfolgreich im Niger eingegriffen (Aufbau einer Spezialkräfteschule, Aufbau eines Militärkrankenhauses) und dabei auch von der gesamten Bandbreite an Möglichkeiten der zivilen Entwicklungshilfe Gebrauch gemacht (Aufbau von Schulen, wirtschaftliche Projekte usw.). Wenn Deutschland sich an einem Einsatz beteiligt, darf dies kein Dauerzustand sein. In Zusammenarbeit mit den UN muss sich bei jedem Einsatz schnellstmöglich um einen Ersatz gekümmert werden. Schlüsselfähigkeiten, die andere Staaten nicht stellen können, sind davon ausgenommen.

Der Ersatz für deutsche Streitkräfte sollte – wenn möglich – durch Staaten aus der jeweiligen Region erfolgen. Denn dies stärkt den regionalen Zusammenhalt und bindet die Nachbarn mit ein. Ein Beispiel dafür bildet die Operation MINUSMA in Mali, an der sich Malis Nachbarstaat Niger aktiv beteiligt.

Antrag E07: „Colonia Dignidad“ – Das Hilfskonzept konsequent umsetzen!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Die „Colonia Dignidad“ (dt. „Kolonie der Würde“) war eine grausame Sekte in Chile
2 rund um den Deutschen Auswanderer Paul Schäfer. Von 1960 – 2000 begingen die
3 überwiegend deutschen Staatsbürger ein Menschenrechtsverbrechen auf chilenischem
4 Territorium, der „Colonia Dignidad“. Die psychische und physische richtete sich unter
5 anderem – aber nicht nur – gegen Kinder. Schäfer entführte sowohl deutsche, als auch
6 chilenische Kinder und hielt sie in seiner Sektenkolonie fest. Mit Zwangsarbeit,
7 Elektroschocks und psychischer Gewalt wurden die Kinder unter Schäfers Sektenregime
8 gefügig gemacht. Die Jungen wurden von ihm und anderen führenden Mitgliedern mit
9 körperlicher Gewalt bestraft und vergewaltigt.

10

11 Schäfer schloss sich sehr früh, noch vor dem Militärputsch 1973, Pinochet und seinen
12 Gefolgsleuten an. Als Pinochet putschte und die Macht übernahm, kam es zu einem Pakt.
13 Die „Colonia Dignidad“ wurde zu einem Schlüsselement und integralen Bestandteil des
14 chilenischen Repressionssapparats. Es gibt Belege für Waffen- und Sprengstofftests,
15 Folter von Regimegegner*innen und dem Mord an vermutlich über 100 Oppositionellen an
16 dem rund 400 Kilometer südlich von Santiago de Chile gelegenen Ort.

17

18 Dennoch sind viele der Taten bis heute unaufgeklärt, und viele Täter*innen sind bis
19 heute ohne strafrechtliche Verfolgung ihrer Gräueltaten- und Menschenrechtsverbrechen
20 auf freiem Fuß. Das können wir nicht akzeptieren und wir fordern, dass die Aufklärung
21 der Verbrechen endlich mit der nötigen Konsequenz vorangetrieben wird!

22

23 2017 beschloss der Bundestag, die Verbrechen der „Colonia Dignidad“ aufzuarbeiten.
24 Hierzu wurde 2018 eine eigens eingerichtete, so genannte gemischte Kommission“
25 gegründet, bestehend aus deutschen und chilenischen Vertreter*innen, die über ein
26 Hilfskonzept und Entschädigungen verhandeln sollen. Ein Teil dieses Hilfskonzept ist
27 die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte, die eine Dokumentations- und
28 Bildungsfunktion in Bezug auf die Verbrechen der deutschen Sekte erfüllen soll. Für
29 die Entwicklung des Gedenkstättenkonzepts hat die gemischte Kommission ein Team aus
30 zwei deutschen und zwei chilenischen Expert*innen beauftragt – unter anderem Prof.
31 Dr. Jens-Christian Wagner, dem Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und
32 Mittelbau-Dora.

33

34 Mittlerweile ist das Konzept längst fertig gestellt und sieht den Umbau des Kerns der
35 „Colonia Dignidad“ in ebenjene Gedenk- und Bildungsstätte vor. Im Umfeld soll ein
36 neues Dorf entstehen. Ziel ist es, das Territorium der Kolonie zu einem Gedenk- und
37 Lebensort zu entwickeln. Das Konzept, das sowohl von chilenischer, als auch von
38 deutscher Seite genehmigt wurde, wird bislang jedoch nicht umgesetzt. Nach der
39 vorletzten Tagung der gemischten Kommission im Februar 2022, kam es laut

40 Medienberichten im November 2022 bei der vorerst letzten Tagung zur überraschenden
41 Auflösung der gemischten Kommission.

42

43 Deshalb fordern wir:

44

- 45 • dass das ausgearbeitete Hilfskonzept konsequent umgesetzt wird.
- 46 • die Veröffentlichung von Informationen zum Sachstand der Umsetzung des
47 Hilfskonzeptes.
- 48 • die Fortsetzung des Dialogs zwischen den deutschen und chilenischen
49 Vertreter*innen.
- 50 • die Verantwortlichen der Bundesregierung dazu auf, mit allen Interessengruppen
51 und ihren jeweiligen Vertreter*innen wieder über die Errichtung der Gedenk- und
52 Bildungsstätte zu sprechen. Wir erwarten eine deutliche Handlungsbereitschaft
53 Deutschlands, die zur Einigung dieses Konflikts bzw. dem Fortschritt der
54 Umsetzung des Hilfskonzeptes dient.
- 55 • die strafrechtliche Verfolgung aller Täter*innen der Kolonie. Ihre Verbrechen
56 dürfen nicht länger ungesühnt bleiben.

Antrag E08: Jamas Sera Vencido – Chiles antikapitalistischen Kampf konsequent unterstützen!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Die Militärdiktatur und ihre Folgen

2

3 1970 wurde mit Salvador Allende, der für das Wähler*innenbündnis der Unidad Popular
4 antrat, erstmals ein sozialistischer Präsident gewählt. Allende brach mit der
5 konservativen Politik seiner Vorgängerregierungen und setzte vor allem durch
6 Lohnerhöhungen, Vergesellschaftungen und Enteignungen auf Umverteilung.

7

8 Außenpolitisch hat sich die Chilenische Regierung schnell mit den USA zerworfen, die
9 eine sozialistische Regierung auf dem südamerikanischen Kontinent sehr kritisch
10 sahen. In der Folge führte die USA eine Intervention durch, in der der
11 Auslandsgeheimdienst CIA die linke Regierung Allendes destabilisierte. Die US-
12 Intervention schuf die Voraussetzung für den Militärputsch am 11. September 1973, der
13 schlussendlich in der Militärdiktatur von Pinochet mündete, die in den folgenden 17
14 Jahren die Chilen*innen systematisch verfolgte und folterte. Mehrere 10.000 Menschen
15 wurden politisch gefangen genommen, über 2.000 wurden ermordet und von über 1.000
16 Menschen fehlt bis heute jede Spur.

17

18 Die von den USA unterstützte Militärregierung Pinochets führte 1980 eine neue, nicht
19 demokratisch legitimierte Verfassung ein, die eine neoliberale, marktradikale
20 Handschrift trägt. Die Verfassung von 1980 schützt vor allem die Privatwirtschaft und
21 das Privateigentum vor staatlichem Handeln. Seit jeher wird der chilenische Staat als
22 subsidiäres System festgeschrieben. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, der Markt
23 soll alles regeln und der Staat greift nur im äußersten Notfall ein. **Ein System, von
24 dem wir Jusos ganz genau wissen, wohin es führt: die Armen werden immer ärmer und die
25 Reichen immer reicher!** Zwar endete die Militärdiktatur am 11. März 1990, dennoch
26 besitzt die neoliberale Verfassung aus der Zeit der Militärdiktatur in Chile bis
27 heute Gültigkeit mit verheerenden Folgen für die arbeitende Klasse.

28

29 Aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive hat sich das Brutto-Inlandsprodukt Chiles
30 in der Zeit nach der Diktatur bis heute gut entwickelt und Chile gilt als
31 wirtschaftlich aufstrebendstes Land Südamerikas. Doch obwohl das BIP wächst und der
32 Wohlstand nominell wächst, bekommt der Großteil der Chilen*innen nichts davon mit.
33 Die Lücke zwischen Arm und Reich ist in Chile so groß, wie in kaum einem anderen Land
34 der OECD. Die oberen 10% Chiles besitzen in etwa zwei Drittel des gesamten Vermögens.
35 Die chilenische Gesellschaft leidet unter Armut, massiver sozialer Ungleichheit und
36 einer enorm ungerechtem Vermögens- und Einkommen sverteilung.

37

38

39 „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre“

40

41 Die chilenische Metro kündigte im Oktober 2019 eine Fahrpreiserhöhung um 30
42 chilenische Pesos an. Damit löste sie damit die größten Proteste der jüngsten
43 chilenischen Geschichte aus. Die Preiserhöhung von umgerechnet ca. 0,04 € war der
44 Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und eine soziale Bewegung entfachte, die
45 einen bisher nie dagewesenen politischen Handlungs- und Veränderungsdruck erzeugte.
46 Tausende Chilen*innen schlossen sich zu einer Protestbewegung zusammen und
47 protestierten gegen die bestehenden Verhältnisse. Die Wut richtete sich gegen die
48 hohen Lebenshaltungskosten, das ungerechte Bildungs- und Gesundheitssystem, sowie die
49 private Altersvorsorge

50

51

52 Die chilenische Altersvorsorge auf Basis einer Rentenfondsverwaltung und wird zu 100%
53 von Arbeitnehmer*innen investiert. Da dieses System auf den Kauf von Aktien angelegt
54 ist, verlor die Rentenfondsverwaltung während der Finanzkrise 2008 rund 40% der
55 gesparten Renten der Einzahler*innen. Ein Rentensystem, das nach Gewinnmaximierung
56 der Unternehmen strebt, führt unwiderruflich zu Verlusten bei den einzahlenden
57 Arbeitnehmer*innen. Mit diesem System fördert der chilenische Staat eine Umverteilung
58 der Einkommen der arbeitenden Bevölkerungsschicht zu den finanzstarken
59 Privatunternehmen und ihren Anteilseignern.

60

61 In Chile herrscht ein verfassungsrechtlich gestützter, jedoch nicht demokratisch
62 legitimer Neoliberalismus und zieht sich durch alle Facetten des alltäglichen
63 Lebens. Gute Bildung, sowie ausreichende medizinische und gesundheitliche Versorgung
64 sind vor allem den wenigen einkommensstarken Chilen*innen vorbehalten. Der Zugang zu
65 natürlichen Ressourcen - teilweise sogar zu Wasser! - ist privatisiert. Die Menschen
66 in Chile sind vollkommen zurecht wütend auf dieses marktradikale, kapitalistische
67 System. Was mit Widerstand gegen einen erhöhten Fahrpreis begann, entwickelte sich
68 schnell zur Systemfrage und mündete in der zentralen Forderung der Protestbewegung:
69 Die Verfassung aus der Zeit der Militärdiktatur muss abgeschafft werden, um sie durch
70 eine neue, demokratisch legitimierte Verfassung zu ersetzen.

71

72 **Als Jusos, die Antifaschismus und Sozialismus zu ihren Grundwerten zählen, stehen wir**
73 **an der Seite der chilenischen Protestbewegung. Wir unterstützen die chilenischen**
74 **Demonstrant*innen im Streben nach einer neuen Verfassung, die das neoliberale System**
75 **hinter sich lässt und den Weg für ein Sozialsystem, sowie einen aktiven chilenischen**
76 **Staat freimacht!**

77

78 Des Weiteren verurteilen wir die Polizei- und Militärgewalt, die unseren chilenischen
79 Genoss*innen widerfährt! Die vielen Toten, die es aufgrund von eskalierenden
80 Einsätzen der Staatsmacht gibt sind nicht hinnehmbar und müssen sofort enden!

81

82 **Zu wenig Land und zu viel Polizei**

83

84 Chile ist ein Land, das viele indigene Völker und Nationen beheimatet. Das größte
85 indigene Volk sind die Mapuche, die im Süden Chiles und Argentinien leben und eine
86 Vielzahl regionaler Identitäten besitzen. Die Geschichte der indigenen Völker und
87 Nationen in Südamerika ist von europäischer Kolonisation, Ausbeutung, Unterdrückung
88 und politischer Verfolgung geprägt.

89 Ab dem 16. Jahrhundert litten sie unter den Kolonialverbrechen der Spanier*innen. Sie
90 konnten jedoch erwirken, als eigenständiges Volk anerkannt zu werden. Der im 19.
91 Jahrhundert gestartete Prozess, der zynischerweise „Befriedung“ genannt wurde, hatte
92 zur Folge, dass 1883 das Mapuche-Gebiet gewaltsam an den chilenischen Staat
93 angegliedert und unterworfen wurde. Die Mapuche mussten ihre Siedlungsgebiete
94 verlassen und sich in kleine Reservate zurückziehen. Widerstände liefen in den
95 folgenden Jahrzehnte ins Leere und erzielten keine politischen Konsequenzen.

96

97 Nach Jahren der Vertreibung, Ausgrenzung und Verfolgung sorgte 1970 der
98 sozialistische Präsident Allende für Hoffnung, da er massiv die Enteignung
99 landwirtschaftlicher Betriebe vorantrieb und das gewonnene Land an die
100 Ureinwohner*innen zurückgab. Diese Hoffnung endete jedoch mit dem Putsch Pinochets
101 und der Militärdiktatur. Seitdem leiden die Mapuche unter schweren Repressalien, die
102 sich auch mit dem Ende der Diktatur 1990 nicht endete, da das neoliberale
103 Wirtschaftssystem Pinochets, das auf der Ausbeutung von Natur und dem Export von
104 Rohstoffen basiert, von den Nachfolgeregierungen fortgeführt wurde - zu Lasten und
105 zum Leid der indigenen Völker.

106

107 Heutzutage machen Mapuche in etwa 10% der Bevölkerung aus, sind jedoch
108 gesellschaftlich stark unterrepräsentiert und leben überwiegend in Armut. Die
109 Landrechtskonflikte zwischen dem chilenischen Staat und der indigenen Bewegung halten
110 weiterhin an und fordern regelmäßig Todesopfer. Die Mapuche sind auch deshalb
111 strukturell benachteiligt, weil die chilenische Verfassung ihnen keine ethnisch-
112 kulturelle Sonderstellung einräumt - die sie in Anbetracht der leidvollen Geschichte
113 de facto hat.

114

115 In der Folge des Jahrzehnte währenden Konflikts sind viele indigenen Menschen in die
116 Städte geflüchtet und haben ihre Heimat verlassen. Dort leiden sie unter
117 struktureller Benachteiligung und starker Armut. Rassismus gegen die indigene
118 Bevölkerung ist bis heute stark in der chilenischen Gesellschaft verwurzelt.
119 Menschenrechtsaktivist*innen prangern zurecht an, dass den Interessen der Mapuche
120 nach wie vor zu wenig Raum gegeben wird.

121

122 **Als internationalistischer, antirassistischer Verband stehen wir an der Seite der**
123 **indigenen Bevölkerung in Chile.** Wir schließen uns der Forderung nach Landrückgabe an
124 die Mapuche und andere indigene Völker an. Der chilenische Staat muss den Einsatz
125 militärischer Waffen sofort beenden!

126

127 **Die Weg zu einer neuen Verfassung**

128

129 Nach einem Jahr teilweise eskalierender Proteste, gab die chilenische Regierung der
130 Hauptforderung nach und ließ eine Volksabstimmung zur Frage zu, ob das Land den
131 Prozess zur Einführung einer neuen Verfassung anstoßen solle. Per Plebiszit stimmte
132 eine überwältigenden 78%-Mehrheit der Chilen*innen im Oktober 2020 dafür und
133 bereiteten so den Weg für eine neue, demokratisch legitimierte Verfassung, die das
134 Erbe des Diktators Pinochets überwinden soll.

135

136 Um den Verfassungsentwurf vorzubereiten, wurde die verfassungsgebende Versammlung,
137 die Convención Constitucional eingerichtet, die sich um die großen Leitfragen zur
138 Konstitution Chiles kümmern sollte. In der darauffolgenden, freien Wahl wurden im Mai
139 2021 überwiegend linke und parteiunabhängige Vertreterinnen und Vertreter in ebenjene
140 verfassungsgebende Versammlung gewählt. Zur Präsidentin und somit an die Spitze des
141 Gremiums wurde Elisa Loncón eine Vertreterin der Mapuche gewählt. Die Republik
142 durchlebt eine enorm demokratische Entwicklung, die wir Jusos unterstützen müssen.
143 Eine Entwicklung, die noch vor wenigen Monaten undenkbar schien und die verdeutlicht,
144 welche ungeheure Kraft soziale Bewegungen bahnbrechen können.

145

146 Dieser Wandel wirkte sich auch auf die Präsidentschaftswahl im Dezember 2021 aus. In
147 dem Duell um das höchste Regierungsamt kämpfte mit Gabriel Boric ein linker Kandidat
148 gegen den stramm rechten José Antonio Kast, der sich in der ideologisch in der Nähe
149 Pinochets verortet und vor allem ankündigt, gegen den neuen Verfassungsentwurf zu
150 arbeiten und die Sonderechte im Falle eines verhängten Ausnahmezustandes, wie es vor
151 allem in den Mapuche-Gebieten der Fall war und ist, auszuweiten. Für die Bürgerrechte,
152 aber vor allem für Minderheiten und progressive Kräfte im Land wäre ein Präsident
153 Kast der worst case, weshalb sich ein übergeordnetes Lager aus der
154 Arbeiter*innenbewegung hinter Boric stellte.

155

156 Mit 56% und somit deutlicher als prognostiziert setzte sich Gabriel Boric im Dezember
157 durch und ist seit März 2022 gewählter Präsident Chiles. Dabei lag es vor allem an
158 der Wahlbeteiligung junger und weiblicher Menschen, die für den progressiven
159 Kandidaten stimmten. Männer und Personen mit einem Alter von über 50 wählten
160 mehrheitlich für Kast. Boric ist mit 35 Jahren der jüngste Präsident in der
161 Geschichte Chiles und seine Vorhaben sind aus linken, fortschrittlichen Blickwinkeln
162 und vor allem aus jungsozialistischer Perspektive unterstützenswert. Boric strebt
163 nach einem kostenlosen Bildungssystem und einer sozialen Marktwirtschaft nach
164 europäischen Modell. Auch wenn damit noch keine sozialistischen Zustände herrschten,
165 ist die Richtung unter Betrachtung der Ausgangslage eine begrüßenswerte. Seine
166 weiteren Vorhaben wie höhere Besteuerung für Unternehmen und hohe Einkommen, ein
167 staatliches Rentensystem, die Stärkung öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems,
168 sowie von Kunst und Kultur stehen allerdings unter schwierigen Bedingungen: denn im
169 Dezember wurde zeitgleich ein neues Parlament gewählt, in dem Borics Bündnis keine
170 Mehrheit erlangte und auf Zusammenarbeit mit den konservativen Kräften angewiesen
171 ist. Nichtsdestotrotz ist an der Spitze des Chilenischen Staates nun ein Mensch, der

172 den verfassungsgebenden Prozess unterstützt und nicht gegen ihn arbeitet.

173

174 Mit Boric' Wahlsieg wurde das gesellschaftliche Katastrophenszenario verhindert und
175 sowohl die politischen Ziele, als auch die Biographie eines 35 Jährigen Präsidenten,
176 der der Student*innenbewegung Chiles entspringt, sind zunächst vielversprechend.
177 Dennoch müssen wir Boric' Einstellungen zum Judentum und zu Israel – dem Schutzstaat
178 jüdischen Lebens – mit aller Deutlichkeit kritisieren. Boric unterstützt den Boykott
179 israelischer Waren und Dienstleistungen und bezichtigt Israel eines Völkermords an
180 den Palästinenser*innen. **Das ist lupenreiner Antisemitismus und muss glasklar als**
181 **solcher benannt werden. Diese Aussagen des Präsidenten sind nicht hinnehmbar – ohne**
182 **Wenn und Aber!** Sie beunruhigen viele der rund 18.000 chilenischen Jüdinnen und Juden
183 und lässt eine antiisraelische und antijüdische, politische Ausrichtung Chiles
184 befürchten.

185

186

187

188 **Ein verfassungsrechtlicher Leuchtturm**

189

190 Die verfassungsgebende Versammlung präsentierte einen Vorschlag, der zur Abstimmung
191 im September 2022 erneut zur Volksabstimmung freigegeben wurde. Dieser Entwurf steht
192 der alten Verfassung diametral entgegen und trägt eine klar feministische und
193 sozialistische Handschrift. Chile solle künftig nicht mehr verfassungsmäßig als
194 subsidiäres, neoliberales System, sondern als Sozialstaat charakterisiert sein:

195

- 196 • **Sozialstaat:** Der Staat hat die Aufgabe eine Sozialpolitik zu definieren, die auf
197 den Prinzipien von Teilhabe, Solidarität und Universalität fußt. Des Weiteren
198 soll ein umfassendes, öffentliches Sozialsystem geschaffen werden, das über
199 Pflichtbeiträge von Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen und aus sonstigen
200 Staatseinnahmen finanziert werden. Das wäre eine Zeitenwende in der chilenischen
201 Sozialpolitik, in der sich Arbeitgeber*innen bisher gar nicht an der sozialen
202 Sicherung der Chilen*innen beteiligen müssen. Den Gewerkschaften soll hierbei
203 ein Mitwirkungsrecht in der Ausgestaltung eingeräumt werden.

204

205 Des Weiteren sieht der Entwurf öffentliche Bildungseinrichtungen und ein umfassendes
206 und ganzheitliches, öffentliches Pflege-, sowie Gesundheitssystem, als Grundpfeiler
207 eines aktiven Sozialstaates vor. Auch in Bezug auf das Grundbedürfnis des Wohnens
208 leitet sich aus dem Entwurf ein verfassungsrechtlicher Anspruch ab. Dem Staat wird
209 hier die Rolle des aktiven Treibers gegeben, der den Wohnungsbau mithilfe einer
210 Landesbank voranbringen soll.

211

- 212 • **Arbeit & Wirtschaft:** Pinochets Verfassung beschränkt sich lediglich auf den
213 Begriff der Arbeitsfreiheit. Damit verbunden ist die angebliche Freiheit des
214 Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin, einen Arbeitsort zu wählen, und die

215 Freiheit der Unternehmen, zu wählen, wen sie einstellen. Das ist neoliberale
216 Prosa in Reinkultur. Der neue Verfassungsentwurf sieht ein individuelles
217 Arbeitsrecht vor, wonach sich entlohnte Arbeit nach den Grundsätzen der
218 International Labor Organisation (ILO) und somit an internationalen Maßstäben
219 und Normen der UN richtet. Ein großer Wurf ist darüber hinaus die Einführung des
220 Kollektivarbeitsrechtes, das das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit in drei
221 Dimensionen anerkennt: gewerkschaftliche Organisation, Tarifverhandlungen und
222 Streik. Das betriebliche Mitbestimmungsrecht soll demnach über Gewerkschaften
223 ausgeübt werden.

224

225 Dazu beschreibt der neue Verfassungsentwurf eine Demokratisierung der Wirtschaft,
226 indem öffentliche Güter wie beispielsweise Wasser oder Bodenschätze der öffentlichen
227 Hand zurückgeführt werden.

228

229 • **Feminismus:** In dem Verfassungsentwurf wird mit rückständigen
230 Rollenverständnissen aufgeräumt, indem es eine neue Anerkennung von Haus- und
231 Carearbeit beinhaltet, die von einem Verständnis des sozialistischen Feminismus
232 geprägt ist. Die Carearbeit wird als das betrachtet, was sie ist: eine für die
233 Gesellschaft und deren Aufrechterhaltung unverzichtbare Arbeit. Diese Arbeit
234 muss vom Staat durch ein öffentliches Sorge- und Pflegesystem gesellschaftlich
235 getragen werden. Dies führt zu einer Verschiebung innerhalb der Gesellschaft,
236 indem Carearbeit aus dem Privaten und Versteckten herausholt und sie
237 gewissermaßen vergesellschaftet.

238

239 Die Verfassung soll Geschlechtervielfalt anerkennen und die Gleichstellung/-
240 behandlung der Geschlechter sichern. Konkret bedeutet das in Bezug auf Parität, dass
241 alle Ämter und in allen staatlichen Institutionen paritätisch besetzt werden sollen.
242 Doch auch in Bezug auf reproduktive Rechte stellt der Entwurf einen wahren Leuchtturm
243 in einer diesbezüglich sehr konservativ geprägten Region dar. Ein freiwilliger
244 Schwangerschaftsabbruch soll verfassungsmäßig zugesichert werden.

245

246 • **Plurinationalität und Interkulturalität:** Die Existenz der in Chile lebenden
247 Völker und Nationen, sowie die Ausübung ihrer individuellen und kollektiven
248 Rechte wird anerkannt. Nicht nur die territoriale Integrität der Völker, sondern
249 auch das Recht auf Autonomie und Selbstverwaltung soll anerkannt werden. Nicht
250 nur soll in dem Verfassungsentwurf, die Sprache, Kultur und eigene Identität
251 anerkannt werden. Der Entwurf geht sogar noch weiter, indem er die Förderung und
252 Wertschätzung des Austausches zwischen den Völkern und Nationen vorsieht, die in
253 gegenseitigem Respekt miteinander leben sollen. Der Staat soll als Wegbereiter
254 für ebenjenen Dialog dienen.

255

256 Der 449 Artikel umfassende Verfassungsentwurf stand für eine echte Zeitenwende Chiles
257 und sollte mit all den Ungerechtigkeiten brechen, die noch vorher konstituierend für
258 den Staat waren. Er sollte einen Schlusstrich ziehen mit der Privatisierung von

259 grundlegenden Menschheitsbedürfnissen wie Bildung, Gesundheit oder Wasser. Dieses
260 Schriftstück war ein verfassungsrechtlicher Leuchtturm mit Strahlkraft weit über den
261 südamerikanischen Kontinent hinaus. Die festgeschriebenen Schutzrechte sowohl für
262 Menschen, die Diskriminierungen leiden wie FINTA, LGBTQ+ oder BIPOC, aber auch für
263 Klima, Natur und Artenvielfalt sind in ihrer Deutlichkeit weltweit einzigartig.

264

265 **Wir Jusos sind davon überzeugt, dass Deutschland diesem sozialistischen,**
266 **feministischen und ökologischen Ansatz folgen muss! Es ist höchste Zeit, dass auch**
267 **wir grundlegende Menschheitsprobleme wie die Klimakatastrophe, das Artensterben,**
268 **Wohnungslosigkeit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen**
269 **Identität endlich verfassungsrechtlich in all ihren Dimensionen erfassen!**

270

271

272

273 **¡La Lucha Sigue! – Der Kampf geht weiter!**

274

275 Nach einem hitzigen Wahlkampf rund um die Volksabstimmung wurde der Vorschlag mit
276 zwei Dritteln eindeutig abgelehnt. Eine finanzstark aufgezugene
277 Desinformationskampagne verzerrte die öffentliche Debatte, indem gut produzierte Fake
278 News in der chilenischen Gesellschaft verdingen. Rechte Thinktanks und Organisationen
279 streuten Falschaussagen über den Verfassungsentwurf, die die öffentliche
280 Daseinsvorsorge diskreditierte, nationalistische Gefühle schürte und dabei gegen
281 indigene Menschen hetzte. Die Widerlegung der Lügen kam schier nicht an gegen die
282 ungeheure Flut an Desinformationen in sämtlichen medialen Kanälen.

283

284 Trotz der verlorenen Abstimmung blieb der Reformdruck in Chile hoch, denn das Land
285 braucht immer noch eine neue Verfassung. In einem neuen Anlauf, für den Präsident
286 Boric die Opposition unter dem rechtsextremen Kast einbeziehen musste, wird Chile
287 einen deutlich institutionalisierteren Weg gehen. Drei Gremien, bestehend aus einem
288 direkt gewählten Verfassungsrat, einer Expert*innenkommission und einem juristischen
289 Komitee, sollen nun einen zweiten Verfassungsentwurf ausarbeiten. Die politische
290 Rechte hat dafür gesorgt, dass es sehr restriktive Bedingungen gibt, die viele der
291 guten Ansätze im ersten Anlauf zuwiderlaufen. So wird beispielsweise festgeschrieben,
292 dass Chile ein Zentralstaat bleibt, was ein klarer Bruch mit den Interessen der
293 Mapuche ist, die den Staat dezentralisierter organisieren möchten.

294

295 Die politische Rechte bleibt ihrem Handlungsmuster treu: sie setzt ihre gesamte Kraft
296 ein, um notwendige Veränderungen und echten Fortschritt auszubremsen. Auch wenn der
297 neue verfassungsgebende Prozess deutlich bewegungsferner ist als der alte, **stehen wir**
298 **solidarisch an der Seite der noch immer weiterkämpfenden Genoss*innen auf den Straßen**
299 **Chiles. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftlicher Fortschritt und Aufbruch möglich**
300 **sind!**

301

302 Aus dem chilenischen Kampf für eine freiere und feministischere Gesellschaft müssen
303 wir unsere Lehren ziehen. Daher fordern wir:

304

- 305 • das Ende der Gewalt gegen die Mapuche und indigenen Völker. Die voranschreitende
306 Militarisierung des Konflikts muss sofort enden!
- 307 • die deutsche und europäische Außenpolitik dazu auf, die
308 Menschenrechtsverletzungen an den indigenen Völkern Chiles anzusprechen und
309 entschlossen auf ein anderes Handeln zu hinzuwirken.
- 310 • die Anerkennung der Territorien der Mapuche und ihrer Landrechte.
- 311 • die Bundesregierung auf, die feministische Außenpolitik endlich konsequent zu
312 leben und den verfassungsgebenden Prozess zu unterstützen.
- 313 • dass der Impuls aus Chile aufnehmen und auch das Deutsche Grundgesetz einer
314 kritischen Überprüfung unterziehen. Beispielsweise ist der Schutz sexueller
315 Minderheiten in Artikel 3 (3) GG nicht explizit erwähnt. Es ist Zeit, diese und
316 andere Lücken im Grundgesetz zu schließen.

Antrag E09: Weg mit der Artsakh-Blockade!

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

1 Seit der Niederlage Armeniens im letzten Krieg um diese Region sind die 120 Tausend
2 Einwohner*innen Artsakhs von der Versorgung mit überlebenswichtigen Gütern über eine
3 einzige Straße, dem Lachin Korridor, abhängig. Die freie Nutzung dieses Korridors
4 wurde Armenien und Artsakh im Rahmen der Friedensverhandlungen von Aserbaidshans
5 zugesichert.

6 Dieser Vertrag wurde jedoch nun von Aserbaidshans gebrochen, da es seit dem 12.12.22
7 die Republik Artsakh von der Nahrungsmittelzufuhr und auch seit dem 13.12.22
8 teilweise die Gaszufuhr abgeschnitten hat. Aserbaidshans behauptet, die
9 Straßenblockade sei durch unabhängige Umweltaktivist*innen errichtet worden, doch
10 Beobachter*innen zweifeln am Wahrheitsgehalt dieser Aussage, da eine Straßenblockade
11 einerseits nicht die Kappung der Gasversorgung erklären kann, andererseits weil die
12 „Protestierenden“ auch nach Erfüllung ihrer Forderungen ihre Demonstration nicht
13 beendeten und auch bekannte aserbaidshansische und türkische Staatsangestellt*innen
14 unter ihnen sind.

15 Aserbaidshans hat offensichtlich kein Interesse daran, dass die Blockade ohne ein
16 Verhungern der Einwohner*innen Artsakhs ausgeht zeigt sich unter anderem daran, dass
17 Aserbaidshans Luftbrücken ablehnt, obwohl diese doch Trotz den sogenannten Protesten
18 auf dem Boden problemlos möglich sein sollten. Diesen Umständen ist es geschuldet,
19 dass manche soweit gehen und die Blockade als Musterbeispiel für ethnische
20 Säuberungen bezeichnen.

21 Die Artsakher*innen befinden sich in einer verzweifeltsten Lage. Offiziell sind
22 Russland und Armenien (die Schutzmacht Artsakhs) zwar im selben Militärbündnis,
23 dieses ist jedoch schon seit Jahren tot und nichts weiter als ein schaler
24 Rechtfertigungsgrund für russische Interventionen in anderen Ländern (wie z.B. in
25 Kasachstan). Russland hat schon 2020 Artsakh und Armenien nicht vor Aserbaidshans
26 geschützt, und tut es jetzt auch nicht. Im Gegenteil, laut dem armenischen
27 Sicherheitsrat will Russland Armenien mit dieser Blockade erpressen um einen Beitritt
28 Armeniens zur Russisch- Union zu erwirken.

29 Deutschland hat eine moralische Verpflichtung einer der wenigen Demokratien im
30 Kaukasus zu helfen.

31

32 Deshalb fordern wir von Bundesregierung und der SPD:

33 Ein klares Bekenntnis zur Autonomie und territorialen Integrität Artsakhs.

34 Ein Eintreten für die Beendigung der Blockade oder der Etablierung einer Luftbrücke,
35 sollte die Beendigung der Blockade nicht möglich sein. Sollte Aserbaidshans dazu
36 nicht bereit sein, müssen harte Sanktionen folgen.

37

- 38 Unabhängig davon fordern wir:
- 39 Eine Reduzierung der Abhängigkeit von aserbaidischen Produkten, unter anderem
40 auch, weil Aserbaidisch bei der Umgehung der von Deutschland und seine
41 internationalen Partnern verhängten Sanktionen gegen Russland hilft.
- 42 Ein EU-weites Ausfuhrverbot für Technologien und Güter, die zu Repressionen gegen die
43 aserbaidische Opposition und in Aserbaidisch lebenden Armenier*innen eingesetzt
44 werden könnten.

Antrag F02: Gestaffelter Mutterschutz – die harte Grenze überwinden!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Gender

1 Nach dem derzeitigen Recht gibt es für ~~Frauen~~ Gebärende keinen Anspruch Mutterschutz
2 bzw. für die Lebenspartner*innen keinen Anspruch auf eine Freistellung nach einer
3 Fehlgeburt. Juristisch definiert liegt eine Fehlgeburt vor, entweder wenn der Verlust
4 vor der 24. Schwangerschaftswoche (SSW) geschieht oder wenn das tote Kind weniger als
5 500 Gramm wiegt. Im Umkehrschluss ist ein Verlust nach der 24. Schwangerschaftswoche
6 oder bei einem Gewicht des tot geborenen Kindes von über 500 Gramm keine Fehlgeburt
7 mehr. Hier wird nun juristisch von einer Totgeburt gesprochen und die Gebärenden
8 haben in der Folge einen Anspruch auf Mutterschutz – und damit einhergehend eine
9 bezahlte Auszeit von der Arbeit unter besonderem Kündigungsschutz.

10

11 Diese zeitliche Grenze führt zu dazu, dass eine ~~Frau~~ Gebärende, die ihr Kind am
12 siebten Tages der 23. SSW verliert keinen Anspruch auf Mutterschutz hat, eine ~~Frau~~
13 Gebärende, die ihr Kind am Folgetag verliert hingegen schon. Dieser eine Tag
14 Unterschied ändert jedoch nichts an den psychischen Belastungen, die mit dem Verlust
15 eines erwarteten Kindes einhergehen können. **Diese harte Grenze ist für uns**
16 **unverständlich und ungerecht. Wir müssen sie abschaffen!**

17

18 Mit diesem Problem fühlen sich viele ~~Frauen~~ Gebärende allein gelassen, denn es kommt
19 während der Schwangerschaft recht häufig zu Fehlgeburten. Weltweit ist eine von
20 sieben Schwangerschaften eine Fehlgeburt. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch
21 wesentlich höher sein, da viele Fehlgeburten vor allem im frühen Stadium nicht
22 gemeldet werden und somit nicht in die offiziellen Statistiken einfließen können.
23 Viele werdende Mütter, die es plötzlich aufgrund einer Fehlgeburt nicht mehr sind,
24 sehen sich nicht in der Lage, sofort wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren und
25 ihrem Alltag nachzugehen. Dennoch sind sie aufgrund der Rechtslage dazu verpflichtet.
26 Die einzige Lösung ist derzeit der Weg über eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
27 („Krankschreibung“), doch auch hier herrschen keine allgemeine Ansprüche nach
28 Fehlgeburt. ~~Frauen~~ Gebärende sind also dem Urteil der Ärzt*innen ausgeliefert und
29 sind so in einem Abhängigkeitsverhältnis, das wir strikt ablehnen. Viele Ärzt*innen
30 stellen erfahrungsgemäß keine Arbeitsunfähigkeit aus - oder nur für kurze Zeit.
31 Dieser juristische Zustand ist für uns Jusos nicht erträglich! **Das entspricht nicht**
32 **unserem feministischen Entwurf einer Gesellschaft, die sich um die Gebärenden sorgt.**
33 **Wir verstehen ~~Frauen~~ Gebärende nicht als Reproduktionsmaschinen, die sofort wieder zu**
34 **funktionieren und zu arbeiten haben, wenn die Geburt nicht gelingt.**

35

36 Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung, der den Titel „Mehr Fortschritt wagen“
37 trägt, sieht eine Vorverlegung des Mutterschutzes auf die 20. Schwangerschaftswoche
38 vor. Das ist zwar formal eine Verbesserung, löst jedoch nicht die Problematik der
39 harten Grenze und führt wiederum dazu, dass ~~werdende Mütter~~ Gebärende nach einer

40 Fehlgeburt direkt wieder arbeiten müssen. Auch für uns ist es verständlich, dass bei
41 einem frühen Kindsverlust nicht der gleiche Anspruch zusteht wie bei einer sehr
42 späten Totgeburt oder bei einem geborenen Kind. Wir fordern deshalb:

43

- 44 • die Abkehr der harten zeitlichen Grenze bzw. des Mindestgewichts im geltenden
45 Recht, wonach einigen Gebärenden der Mutterschutz zusteht, und andere außen vor
46 gelassen werden.
- 47 • einen gestaffelten Mutterschutz für ~~Frauen und~~ Gebärende, die ihr Kind während
48 der Schwangerschaft verlieren.
- 49 • einen Anspruch auf psychosoziale, medizinische Versorgung im Rahmen einer Tot-
50 bzw. Fehlgeburt. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass der Bedarf an
51 medizinischer Versorgung für diese sehr sensible und emotional belastende
52 Lebenssituation ausreichend gedeckt wird. ~~Frauen und~~ Gebärende dürfen in einer
53 solchen Lage nicht allein gelassen werden!

Inhaltsverzeichnis

G - Gesundheit und Körperpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Raus aus der Dunstwolke Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	2
G02	Patente für Medizinprodukte freigeben Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	6
G03	Angemessene Versorgung für genitalverstümmelte FINTA*! Jusos Schaumburg <i>angenommen</i>	7
G04	Stop Body Shaming: Gewichtsdiskriminierung ins AGG jetzt! Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	8
G05	"Sinnvoll, machbar und realisierbar" – Vollakademisierung der Logopädie jetzt! Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	10
G07	Arzneimittelversorgung zukunftssicher gestalten! Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	13

Antrag G01: Raus aus der Dunstwolke

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

1 Gesundheitsgefahr des Rauchens

2 Die Gefahr, die von Zigaretten ausgeht, wird leider immer noch unterschätzt, beim
3 Rauchen nimmt der Körper viele giftige und gesundheitsschädliche Substanzen auf.
4 Diese schädigen dabei fast jedes Organ im Körper.

5 Nachweislich steigt das Risiko für:

- 6 • Leberkrebs,
- 7 • Gebärmutterhalskrebs,
- 8 • Bauchspeicheldrüsenkrebs,
- 9 • Harnblasenkrebs ,
- 10 • Brustkrebs,
- 11 • Nierenkrebs,
- 12 • Leukämie,
- 13 • Nierenkrebs
- 14 • und insbesondere Lungenkrebs.

15 Das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, ist bei Rauchenden bis zu zwanzigmal höher
16 als bei Menschen, die nicht rauchen. Nur eine Zigarette pro Tag erhöht auch das
17 Risiko, eine Herz-Kreislauf-Erkrankung zu entwickeln. Denn Rauchen schädigt die
18 Blutgefäße und fördert die Gefäßverkalkung. Dadurch können Durchblutungsstörungen im
19 Bereich von Armen und Beinen, ein Herzinfarkt oder ein Schlaganfall auftreten. Das
20 Risiko, einen Herzinfarkt zu erleiden, ist bei Rauchenden etwa doppelt so hoch wie
21 bei nicht rauchenden Menschen.

22 Auch der Zuckerstoffwechsel wird durch Tabakkonsum beeinträchtigt. Studien zufolge
23 erhöht Rauchen das Risiko für einen Typ-2- Diabetes auf ungefähr das Doppelte. Welche
24 Stoffe in Zigaretten dafür verantwortlich sind, ist noch nicht vollständig geklärt.
25 Forschende vermuten, dass Bestandteile im Tabakrauch die Bauchspeicheldrüse
26 beeinflussen und dies die Produktion von Insulin stört.

27 Tabakrauch kann zusätzlich auch den Mundraum und die Zähne schädigen - Karies und
28 Entzündungen am Zahnhalteapparat sind oft die Folgen. Zudem greifen die Substanzen
29 aus dem Tabakrauch auch die Mundschleimhaut an, wodurch sich Krebs an den Lippen, im
30 Mundraum, an der Zunge, an den Speicheldrüsen und im Rachen/Kehlkopf entwickeln kann.

31 Studien gehen daher von jährlich ca. 127.000 Personen in Deutschland aus, die durch
32 das Aktiv- und Passivrauchen frühzeitig versterben.

33 Die Kosten für das Gesundheitswesen sind dabei um ein Vielfaches höher als durch die
34 Tabaksteuer eingenommen wird.

35 Neuseeland ein Vorbild für uns ?

36 Die Regierung in Neuseeland hat im Kampf gegen die Glimmstengel drastische Maßnahmen
37 eingeleitet, zunächst einmal wurde der Anteil des Nikotins erheblich verringert und

38 der Preis erhöht. Im letzten Schritt wird es für nach 2009 Geborene ganz verboten
39 Zigaretten zu rauchen.

40 Daher stellt sich natürlich auch für uns die Frage, inwieweit solch ein Vorgehen
41 praktikabel ist ?

42 Die jahrelange Verbotspolitik bei Cannabis, welche wir jetzt hoffentlich in den
43 nächsten Jahren endlich lockern, zeigt uns, dass ein striktes Verbot auch nicht die
44 bessere Lösung ist.

45 Doch fragen wir uns auch, inwiefern es gerechtfertigt ist, dass eine solche
46 gefährliche Droge legal ist ?

47 **Deshalb müssen wir die Erfahrungen in anderen Teilen der Welt evaluieren und schauen,**
48 **welche Umsetzung in Deutschland langfristig praktikabel ist. Dabei müssen wir dafür**
49 **Sorge tragen, dass wir nicht nur einen Schwarzmarkt für Zigaretten aufbauen.**

50 *Belastung für die Umwelt*

51 Der Anbau von Tabak alleine verursacht laut WHO jedes 84 Millionen Tonnen CO₂, es
52 werden mehr als 200.000 Hektar Land und 22 Milliarden Tonnen Wasser dafür genutzt.

53 Besonders problematisch ist, dass der Tabak dabei in Ländern des globalen Südens
54 angebaut wird, dort konkurriert der Anbau mit anderen Nutzpflanzen, die vor Ort
55 dringender benötigt werden. Weiterhin sind die Anbaubedingungen für die
56 Produzierenden oft sehr schlecht. Bis zu einem Viertel der Tabakbauern und-bäuerinnen
57 erkranken an der sogenannten Grünen Tabak Krankheit, einer Vergiftung, die über die
58 Haut aufgenommen wird, wenn man zu lange mit Tabakblättern in Berührung kommt.

59 Nach Schätzungen der WHO werden aller Zigaretten einfach auf den Boden geschmissen,
60 so landen 4,5 Billionen Zigaretten jedes Jahr in der Umwelt. Allein in Deutschland
61 geht man von einem hohen 2 stelligen Milliarden Zahl aus, die achtlos auf dem Boden
62 landen. Dabei enthalten die Tabakprodukte mehr als 7000 giftige Chemikalien, die beim
63 Wegwerfen in die Umwelt gelangen und so ca. 100 Liter Wasser in Bächen, Flüssen und
64 den Weltmeeren pro Zigarettenstummel verpesten.

65 Eine der Hauptursachen für Brände mit Todesfolge sind laut der Europäischen
66 Kommission unbeaufsichtigt brennende Zigaretten. Jährlich entstehen über 30.000
67 Brände aufgrund von Zigaretten, bei denen mehr als 1.000 Menschen sterben und mehr
68 als 4.000 Menschen verletzt werden. Bereits eine einzelne weggeworfene Zigarette
69 reicht, um einen Brand auszulösen. So gingen in der Vergangenheit nicht nur Häuser
70 oder Wohnungen in Flammen auf, sondern ganze Wälder und Ortschaften. Und das alles
71 nur, weil jemand seinen Zigarettenstummel unachtsam etwa aus dem fahrenden Auto
72 geworfen hat.

73 **Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Tabakindustrie an den Kosten der**
74 **Müllbeseitigung stärker beteiligt wird als bisher. Insgesamt müssen wir dafür sorgen,**
75 **dass die Quote der ordnungsgemäß entsorgten Kippenstummel steigt.**

76 **Dafür sollte ein kompakter Taschenaschenbecher für unterwegs zur Standardausrüstung**
77 **aller Raucher*Innen gehören. Orte, an denen gehäuft Zigarettenstummel weggeworfen**
78 **werden, sollten mit stationären Aschenbechern ausgestattet werden, die Kosten hierfür**
79 **sind von der Zigarettenindustrie zu tragen.**

80 **Mittelfristig dürfen in Zigaretten nur noch Filter verwendet werden, die sich**
81 **innerhalb von einem Monat abbauen lassen oder wiederverwendbare Filter.**

82 **Für die Produktion müssen international verpflichtende Standards zum Schutz der**
83 **Arbeiter*Innen und Bevölkerung geschaffen werden.**

84 Wegwerf-E-Zigaretten, auch Disposables genannt, gelten als der neue Trend unter
85 Raucher*Innen.. Sie kosten sieben bis zehn Euro und bieten rund 600 Züge. Danach
86 wirft man sie weg und kauft einfach die nächste.

87 Doch in den Wegwerf-Produkten stecken nicht nur Kunststoffe, sondern in jeder E-
88 Zigarette ist auch ein kleiner Akku verbaut. Deshalb muss die ausgedampfte E-
89 Zigarette eigentlich an einer Sammelstelle abgegeben werden, um Rohstoffe
90 wiederverwerten zu können.

91 Doch Untersuchungen zufolge landet mehr als die Hälfte der Produkte im Hausmüll.
92 Dabei werden die Rohstoffe aus den Lithium-Ionen-Akkus dringend gebraucht, zum
93 Beispiel in der Auto-Industrie.

94 **Erst ab nächstem Jahr ist die Industrie verpflichtet, die Produkte mit Wechselakku**
95 **anzubieten. wir finden, dass diese nicht wiederverwendbaren Produkte sofort verboten**
96 **werden sollten.**

97 *Jugend raucht wieder*

98 Nachdem es jahrelang einen positiven Trend gab, rauchen junge Leute heute wieder
99 öfters.

100 Laut der letzten Befragung ist die Anzahl der Raucher*Innen unter den 14 bis 17
101 jährigen inzwischen wieder auf 15,9% angestiegen. Bei den 18 bis 24 jährigen stieg
102 der Wert gar über 40%. Diesen Zahlen sind für uns ein Alarmsignal, dass **wieder mehr**
103 **Aufklärungsarbeit vor allem an Schulen für die Gefahren des Rauchens gemacht werden**
104 **muss. Hierbei müssen neben der klassischen Zigaretten auch auf die neuen Formen der**
105 **E-Zigarette eingegangen werden.**

106 *Gesetzliche Regelungen anpassen*

107 Doch wir müssen auch gesetzlich mehr tun, um dafür zu sorgen , dass weniger junge
108 Leute zur Kippe greifen. Dies betrifft z.B. die Werbung für Tabakprodukte, so darf in
109 Deutschland noch bis 2024 für E-Zigaretten geworben werden . An einem Werbeverbot in
110 Verkaufsstellen fehlt es weiterhin vollständig und solange Zigaretten in jedem Kiosk
111 erhältlich sind kommen zwangsläufig auch Minderjährige damit in Kontakt.

112

113 Immer noch ist Deutschland in der EU relativ großzügig, was die gesetzlichen
114 Regelungen zum Nichtraucher*innenschutz angeht. **Ausgeweitet werden müssen daher die**
115 **Orte, an denen ein generelles Rauchverbot gilt**, hier sind die Regelungen von
116 Bundesland zu Bundesland weiterhin sehr unterschiedlich. In einigen Ländern wie
117 Berlin zeigt sich ein negativer Trend, dass es wieder mehr sogenannte Raucherkeipen
118 gibt, in denen nur Personen ab 18 Jahren Zutritt haben. **Wir setzen uns daher für**
119 **bundesweit einheitliche Regeln ein. Dabei sollten wir uns an den strengen Regeln, wie**
120 **sie heute schon in Bayern oder Saarland gelten, orientieren.** Es muss endlich der
121 Vergangenheit angehören, dass es in geschlossenen Räumen (z.B. einer Bar oder eines
122 Clubs), die für alle zugänglich sind, geraucht werden darf. **Weiterhin sollte auch bei**
123 **Freiluftveranstaltungen** (z.B. Open Air Konzerte, Straßenfeste, Freizeitparks o.ä.)

- 124 mit einer größeren Personenanzahl, insbesondere soweit Kinder anwesend sind, **das**
125 **Rauchen nur noch in gesonderten abseits gelegenen Zonen erlaubt sein.**
- 126 Sofern an Orten heute offiziell schon ein Rauchverbot gilt wie z.B. in vielen
127 Fußballstadien, an Bahnhöfen oder in Freibädern ist es entscheidend, dass diese
128 Verbote auch durchgesetzt werden.
- 129 **Weiterhin setzen wir uns für ein Rauchverbot in engen privaten Räumlichkeiten ein, in**
130 **denen Kinder anwesend sind, wie zum Beispiel in Autos, so wie es der Bundesrat schon**
131 **2022 gefordert hat. Der mangelnde Luftaustausch dort erhöht die gefährliche Wirkung**
132 **des Zigarettenrauchs zusätzlich.**
- 133 *Bei uns anfangen*
- 134 Doch man muss auch konstatieren, dass es um den Nichtraucher*Innenschutz bei uns
135 selbst nicht gut gestellt ist. Die Anzahl der Raucher*Innen auf Veranstaltungen ist
136 meistens überproportional hoch und es herrscht kein Selbstverständnis dafür, welche
137 Gefahr von Passivrauchen ausgeht, entsprechend wird keine Rücksicht auf weitere
138 Beteiligte genommen.
- 139 Im Eingangsbereich von Veranstaltungen tummeln sich die Raucher*Innen regelmäßig und
140 obwohl Minderjährige anwesend sind, wird ohne zu fragen gequalmt.
- 141 Daher muss sich die Kultur in dieser Hinsicht bei uns noch stärker verändern.
- 142 **Deshalb fordern wir, dass sich der neue Bezirksvorstand damit auseinandersetzt, wie**
143 **für Bezirksveranstaltungen Lösungen gefunden werden können, die für**
144 **Nichtraucher*innen und Raucher*innen annehmbar sind.**
- 145 So sehen wir das Problem, dass Raucher*innen ihren suchtgeleiteten Bedürfnissen
146 nachgehen müssen, auch auf (langen) Juso-Veranstaltungen.
- 147 Zugleich stehen für uns die beschriebenen negativen Konsequenzen für
148 Nichtraucher*innen im Vordergrund. Die Einrichtung von expliziten Rauchbereichen und
149 -zeiten könnten Maßnahmen sein, die vom Bezirksvorstand ergriffen werden könnten.

Antrag G02: Patente für Medizinprodukte freigeben

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

- 1 Wir fordern, dass im medizinischen Bereich der Patentschutz aufgehoben wird, damit
- 2 sich nicht einzelne Firmen an (überkauften) Medizinprodukten bereichern können, auf
- 3 welche sie, „dank“ des Patentrechts, ein Monopol haben. Medizinische Produkte sollten
- 4 der Allgemeinheit zugänglich sein und zwar kostengünstig. Das schafft man nur ohne
- 5 Patentschutz.

Begründung

Spätestens seit der Debatte um die Freigabe der Covid-19 Impfstoffe ist die generelle Freigabe von medizinischen Produkten entbrannt. Die Covid-19 Impfstoffe wurden zwar stand jetzt nicht freigegeben, aber dennoch war die Debatte darum wichtig, um zu zeigen, dass medizinische Produkte Allgemeingut sein sollten und nicht Gegenstand kapitalistischer Gewinnmaximierung. Denn die die über die Produkte den Besitz haben bestimmen den preis, egal wie wichtig und oder einzigartig die verschiedenen Produkte sind und ob diese für die Betroffenen die einzige Möglichkeit sind um bei einer Genesung voranzukommen, auch bei Krankheiten die sonst vorher meistens tödlich verlaufen sind.

Antrag G03: Angemessene Versorgung für genitalverstümmelte FINTA*!

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass
- 2 eine angemessene Versorgung für FINTA*, die eine Genitalverstümmelung erlitten haben
- 3 erfolgt! Wir unterstützen die Petition von Dr. Eiman Tahir die bereits aktuell FINTA*
- 4 angemessen medizinisch behandelt. Aktuell gibt es von der Kassenärztlichen
- 5 Bundesvereinigung keine Möglichkeit, Behandlungen bei Patient*innen die von
- 6 Genitalverstümmelung betroffen sind, abzurechnen. Diese muss es aber zukünftig geben,
- 7 denn die Behandlung unterscheidet sich von Behandlungen bei nicht betroffenen Personen.
- 8 Untersuchungen können für Betroffene retraumatisierend sein und fordern allein
- 9 deswegen eine anspruchsvollere Behandlung. Zusätzlich können langfristig
- 10 gesundheitliche Probleme durch die Verstümmelung entstehen, die bei nicht betroffenen
- 11 Personen nicht existieren. Bei Schwangerschaften gibt es durch die teilweise wieder
- 12 zugenähten Hautresten, die nach einer Bescheidung übriggelassen werden, andere
- 13 Voraussetzungen, die Untersuchungen und die Geburt bei Betroffenen erschweren. Damit
- 14 betroffene Personen die medizinische Behandlung erhalten können, die sie verdienen,
- 15 müssen Ärzt*innen auch die Möglichkeit haben diese abzurechnen.

Begründung

Wir Jusos sind ein feministischer Verband der Feminismus intersektional betrachtet. Dazu gehört auch die teilweise mehrfache Diskriminierung von FINTA* anzuerkennen und dieser entgegenzuwirken. In der Medizin werden FINTA* in unserer Gesellschaft aktuell benachteiligt. Dies zeigt sich beispielsweise durch Medikamente, die in ihrer Wirkungsweise auf Männer ausgelegt sind und nicht auf FINTA* angepasst werden. So wurde beispielsweise auch Endometriose lange Zeit in Deutschland nicht ausreichend behandelt, obwohl sehr viele Frauen an dieser Erkrankung leiden. Damit dieser Diskriminierung entgegengewirkt werden kann, brauchen wir eine feministische Politik im Gesundheitsbereich. FINTA* die eine Genitalverstümmelung erlitten haben müssen hier die medizinische Versorgung bekommen, die sie brauchen Ärzt*innen, die die betroffenen Personen behandeln, müssen diese Behandlungen abrechnen können, um diese auch vernünftig und gewissenhaft durchführen zu können.

Antrag G04: Stop Body Shaming: Gewichtsdiskriminierung ins AGG jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

1 Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie das AGG
2 „evaluieren, Schutzlücken schließen, den Rechtsschutz verbessern und den
3 Anwendungsbereich ausweiten“ will. Ende des Jahres soll hierfür ein Eckpunktepapier
4 vorgelegt werden. Bisher gibt es in 1 § AGG keine Diskriminierungskategorie, die
5 einen Schutz vor Gewichtsdiskriminierung sicherstellt. Damit geht auch einher, dass
6 Körper, die von dieser etablierten Norm abweichen, durch Stigmatisierungen abgewertet
7 werden. In der Praxis sind neben direkten Beleidigungen und Mobbing auch strukturelle
8 Diskriminierungen an der Tagesordnung. Mehrgewichtige Menschen haben auf dem
9 Arbeitsmarkt systematisch schlechtere Chancen, weil ihnen Eigenschaften wie faul,
10 wenig ambitioniert, undiszipliniert und emotionale Instabilität zugeschrieben werden.
11 Zudem werden mehrgewichtige Menschen medizinisch schlechter versorgt, da ihr Gewicht
12 oft als Ursache aller Probleme gewertet wird und sie weniger untersucht und ernst
13 genommen werden. Die Ursachen des Gewichts jedoch werden eindimensional betrachtet
14 und nicht weiter fokussiert. Und dass, obwohl bereits zahlreiche Studien zeigen, dass
15 höheres Körpergewicht selten ein Alleinstellungsmerkmal von Diskriminierung ist. Es
16 zeigt sich eine hohe Schnittmenge von Menschen, die sozioökonomisch schlechter
17 gestellt sind und ein höheres Gewicht haben.

18 Ebenso spielt das Geschlecht eine zentrale Rolle: Frauen erfahren aufgrund ihres
19 Körpers deutlich mehr Diskriminierungen als Männer. Bei Männern wird leichtes
20 „Übergewicht“ gesellschaftlich mehr toleriert als bei Frauen, bei denen hingegen
21 bereits kleine Abweichungen der Norm zu häufigeren und vielseitigen Diskriminierungen
22 führen. Grundlage dafür bieten sexistische Anerkennungspraxen, die in einem
23 hierarchischen Geschlechterverhältnis zu Be-/ und Abwertungen führen. Dabei betrifft
24 der gesellschaftliche Druck des perfekten Körpers nicht nur Mehrgewichtige, sondern
25 auch Frauen und Mädchen mit Körpern, welcher der gesellschaftlichen Norm angehören.
26 Auch sie sind körperbezogene Bewertungen ausgesetzt. Dies ist also kein Problem von
27 Individuen, sondern ein gesellschaftliches. Aus diesem Grund fordern wir, dass die
28 Bundesregierung der Evaluation des AGG nachkommt und die Kategorie „Gewicht“ in §1
29 des AGG als Ergänzung für die Reform aufgenommen wird. Des Weiteren wird gefordert:

30

- 31 • Vermehrte Sensibilität für das Thema „Gewichtsdiskriminierungen“ in Awareness-
32 Kontexten
- 33 • Abschaffung des BMIs bei der Verbeamtung
- 34 • Den Ausbau der Forschung sowohl in den medizinischen Kontexten als auch in den
35 Sozialwissenschaften zum Thema (Mehr-) Gewicht.
- 36 • Beachtung von intersektionalen Wechselwirkungen zum Thema Gewicht

Begründung

Obwohl vereinzelte Studien belegen, dass Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren als Hauptgrund für ihre

Mobbingerfahrungen das Körpergewicht angeben, bleibt die Kategorie Körper in der qualitativen empirischen Sozialforschung weitestgehend ungeachtet. Dabei ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Auswirkungen für Individuen, die von gewichtsbezogener Diskriminierung betroffenen sind, auf verschiedenen Ebenen folgenreich sind. Hieran zeigt sich bereits, dass im Kontext von Körper machtvoll und komplexe Diskurse geführt werden, die wirkmächtig sind. Im Kontext kapitalistischer Leistungsgesellschaften, in der ein mehrgewichtiger Körper nicht als vollständig verwertbar gilt, stellt sich die Frage danach, ob von gewichtsbezogener Diskriminierung betroffene Menschen die gleichen Chancen und Rechte zugestanden wird. Bei genauer Betrachtung der Rechtslage in Deutschland wird deutlich, dass von körperbezogener Diskriminierung betroffene Individuen nicht hinreichend vor Diskriminierung geschützt werden. Es lassen sich folglich im Kontext von gewichtsbezogener Diskriminierung Schwachstellen im Diskriminierungsschutz konstatieren. Die rechtliche Gesetzgebung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) erklärt: „Jeder hat Anspruch auf allein dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand“ (Artikel 2). Die Kategorie Gewicht bzw. Körper hat bisher noch keinen Eingang in das deutsche Antidiskriminierungsgesetz gefunden, was keineswegs bedeutet, dass Diskriminierungen gegenüber mehrgewichtigen Menschen nicht alltäglich stattfinden. Ein rechtlicher Schutz würde jedoch Ansprüche geltend machen.

Antrag G05: "Sinnvoll, machbar und realisierbar" – Vollakademisierung der Logopädie jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

- 1 In Deutschland sind etwa 30.000 staatliche anerkannte Logopäd*innen sowie
2 Sprachtherapeut*innen mit und ohne Hochschulabschluss in der Versorgung von
3 Patient*innen mit Sprach-, Sprech-, Stimm- und Schluckstörungen tätig. Nach aktuell
4 geltendem Berufsgesetz ist die Zulassung zu den sogenannten additiven Studiengängen
5 im Bereich der Logopädie nur mit dem Abschluss einer logopädischen Berufsfachschule
6 möglich. Konkret bedeutet dies, dass zusätzlich zu den drei Jahren Ausbildung noch je
7 nach Studiengang und Modell (Teilzeit-/Vollzeit) weitere 1,5 bis 3,5 Jahre Studium
8 hinzukommen.
- 9 Eine seit 2009 bestehende Modellklausel (§ 11) im aus den 80er-Jahren stammenden
10 „Gesetz über den Beruf des Logopäden“ (LogopG) erlaubt erstmals Modellstudiengänge
11 mit einer direkten hochschulischen Ausbildung als staatlich anerkannte*r Logopäd*in.
12 In 7 bis 8 Semestern erhalten die Absolvent*innen die Berechtigung die
13 Berufsbezeichnung Logopäd*in zu tragen. In den Jahren 2014-2020 erfolgten
14 Evaluationen dieser Modellstudiengänge, die eindeutig belegten, dass aufgrund der
15 gestiegenen Anforderungen die bestmögliche Patient*innenversorgung nur durch eine
16 hochschulische Qualifikation der Therapeut*innen gewährleistet werden kann.
- 17 Auch eine vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Bund-Länder-
18 Arbeitsgemeinschaft (BL-AG) „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ empfohlene Prüfung
19 der Vollakademisierung der Logopädie ergab, dass die Akademisierung der Logopädie als
20 machbar und notwendig angesehen wird (2. Evaluationsbericht des BMG vom 22.10.2021).
- 21 Die Modellklausel läuft allerdings nach bereits zweifacher Verlängerung am 31.12.2024
22 aus. Trotz der Stimmen aus den Berufsverbänden und auch von bspw. Gesundheitsminister
23 Karl Lauterbach, die die Akademisierung befürworten, ist eine konkrete dauerhafte
24 Lösung aktuell noch nicht in Sicht. Die endgültige Entscheidung wird seit Jahren
25 vertagt.
- 26 **Deshalb fordern wir:**
- 27 • **dass sich die SPD-Bundestagsfraktion und das Bundesministerium für Gesundheit**
28 **sowie die niedersächsische Landesregierung für die Vollakademisierung der**
29 **Logopädie aktiv einsetzen und somit für eine akademische Erstqualifikation als**
30 **grundständige Ausbildung.**
 - 31 • **spätestens mit Ablauf der Modellklausel Ende 2024 (§ 11 LogopG) zum einen die**
32 **Modellstudiengänge in reguläre Studiengänge zu überführen und zum anderen**
33 **bundesweit die Logopädieausbildung in eine hochschulische Ausbildung**
34 **umzuwandeln.**
 - 35 • **dass geprüft werden soll, ob und wie die Akademisierung der Logopädie mit der**
36 **Schaffung von Direktzugängen zu Therapieleistungen einhergehen kann, sodass**
37 **zukünftig nicht immer eine ärztliche Verordnung nötig sein müsste.**

Begründung

Warum Vollakademisierung?

Das Gesundheitswesen steht vor großen Herausforderungen wie z. B. der steigenden Anzahl älterer Menschen (und die gleichzeitig sinkende Anzahl an Therapeut*innen), die Zunahme psychischer und neurologischer Erkrankungen sowie die Notwendigkeit interdisziplinärer und interprofessioneller Zusammenarbeit. Diese Herausforderungen erfordern ein erweitertes Kompetenzprofil und somit veränderte Ausbildungsstrukturen in der Logopädie und den Therapieberufen allgemein. Ziel muss es sein, die beruflichen Kompetenzen zum Wohle der Patient*innen zu vertiefen, zu stärken und weiterzuentwickeln, um den wachsenden Anforderungen einer hochwertigen Versorgung auch in Zukunft gerecht werden zu können. Dies erfordert von den Therapeut*innen ein evidenzbasiertes Arbeiten zum Erreichen der besten Qualität für die betroffenen Patient*innen und damit stetige Weiterentwicklung der therapeutischen Expertise. Dafür ist eine interprofessionelle Zusammenarbeit auf Augenhöhe notwendig.

Die Kompetenzen der Therapeut*innen könnten in der logopädischen Praxistätigkeit konkret genutzt werden, bspw. indem die Patient*innen einen Direktzugang zur Logopädie erhalten. Mit einem Direktzugang „direct access“ erhalten Patient*innen die Möglichkeit, sich bei Bedarf unmittelbar bei Logopäd*innen vorzustellen. Dabei erheben die Logopäd*innen die Diagnose und entscheiden eigenverantwortlich, ob eine Therapie erforderlich ist und welche weiterführenden Diagnostiken dazu benötigt werden. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern können Patient*innen mit Atem-, Stimm, Sprech-, Sprach-, Hör-, und Schluckstörungen in Deutschland bisher ausschließlich auf Grundlage einer ärztlichen Verordnung behandelt werden. Die Ärzt*innen entscheiden dabei auch u.a. über die Diagnose(n), die Therapiedauer- und -einheiten sowie die Weiterführung oder Beendigung der Therapie.

Ziel muss es auch in der Logopädie sein, dem Fachkräftebedarf langfristig entgegenzuwirken und junge Menschen für die Therapieberufe zu gewinnen. Zu wenige entscheiden sich für das Berufsfeld Logopädie/ Sprachtherapie, aber vor allem, wer es doch tut, verlässt die praktisch-therapeutische Arbeit nach wenigen Jahren. Das Ergebnis: Es wird immer schwieriger, die Versorgung und Unterstützung für die Menschen, die sie brauchen, abzusichern. Die hochschulische Ausbildung eröffnet neue und weitere berufliche Perspektiven und wertet damit die therapeutischen Berufe auf. Außerdem besteht die langfristige Perspektive, dass dadurch die von der Krankenkasse gezahlten Sätze deutlich angehoben werden könnten. Von der Lehre über die therapeutische Arbeit mit Patient*innen bis hin zur Karriere in der Forschung erweitert die Vollakademisierung die Möglichkeiten beruflicher Entwicklung. Die bisherigen Praxisanteile der Ausbildung würden dabei aber nicht verloren gehen. Die hochschulische Ausbildung in den Therapieberufen umfasst sowohl fachpraktische als auch wissenschaftlich-fachliche Anteile.

Im europäischen Vergleich ist Deutschland das einzige Land, in dem nebeneinander berufsfachschulisch und hochschulisch ausgebildet wird. Bereits 2013 waren in 30 von 31 Ländern der Bachelor- bzw. Masterabschluss die Voraussetzung zur Berufsausübung in der Logopädie. Deutschland bildet bis heute die einzige Ausnahme.

Wenn man genau hinschaut, hat auch in Deutschland der Übergang von einer berufsfachschulischen in die hochschulische Ausbildung schon längst begonnen: 90% der Bewerber*innen für eine Ausbildung verfügen über eine Hochschulzugangsberechtigung. 80% der Lehrenden an den Berufsfachschulen sind hochschulisch qualifiziert. 80% der Berufsfachschulen kooperieren bereits mit einer Hochschule. 57 Studiengänge gibt es allein im Bereich Logopädie/Sprachtherapie. Was aber fehlt ist eine Perspektive. Eine Perspektive für die Modellstudiengänge und die Berufsfachschulen, eine Perspektive für die Bewerber*innen und Therapeut*innen, aber vor allem eine Perspektive für das Berufsfeld Logopädie/ Sprachtherapie.

Deshalb brauchen wir eine einheitlich gestaltete, ausschließlich hochschulische Qualifikation in der Logopädie – Vollakademisierung jetzt!

Antrag G07: Arzneimittelversorgung zukunftssicher gestalten!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

1 Die Zahl der Apotheken in Deutschland sinkt seit Jahren kontinuierlich. Der Trend
2 besagt, dass sich das in Zukunft nicht ändern werde. In den Städten mag der Effekt
3 des sog. „Apothekensterbens“ nicht spürbar sein, doch ist dieser auf dem Land z. T.
4 sehr gravierend. Da die Übernahme oder Neugründung einer öffentlichen Apotheke als zu
5 unsicher bzw. unattraktiv angesehen wird, muss dem entgegengesteuert werden. ~~und die~~
6 ~~Jusos in der Region Hannover fordern:~~

7 ~~a) Erhöhung des Apothekenhonorars mit stetiger Überprüfung der Höhe~~

8 Doch in Zeiten von zunehmender Digitalisierung und Online Shopping empfinden wir es
9 nicht als angemessene Lösung einfach die Vergütungen zu erhöhen und das Problem so
10 nur zu verlagern. Stattdessen muss sich auch das Geschäft von Apotheken verändern.
11 Die Digitalisierung lässt sich auch in diesem Bereich nicht aufhalten und Apotheken
12 sollten dabei unterstützt werden Ihre Beratungsleistungen auch digital anbieten zu
13 können. Hierbei muss durch entsprechende Versandmöglichkeiten sichergestellt sein,
14 dass alle Bürger*Innen jederzeit die Möglichkeit haben schnellst möglichst an die für
15 sie notwendige Medikamente zu kommen.

16 Wir erkennen jedoch an, dass es auch einen Bedarf an Beratungen in Filialen vor Ort
17 gibt und dies auch im ländlichen Raum möglich sein muss.

18 Für uns stellt sich jedoch die Frage wie die Finanzierung von Apotheken geregelt ist
19 ?

20 Der durchschnittliche Verdienst einer*eines selbständigen Apotheker*In liegt bei fast
21 180.000€ pro Jahr. Dazu kamen in den letzten Jahren beispielsweise durch den
22 ehemaligen Gesundheitsminister Spahn veranlasste großzügige Zahlungen für die Ausgabe
23 von FFP2 Masken mit denen sich horrendes Zusatzverdienste erzielen ließen.

24 Das es trotzdem immer weniger Apotheken im ländlichen Raum gibt zeigt, dass der Markt
25 hier mal wieder versagt. Es besteht ein Anreiz für die Betreiber*Innen in die
26 größeren Städte zu ziehen und sich möglichst nah an den Arzt*Ärztinnenpraxen
27 anzusiedeln.

28 Wir fordern daher, dass generelle Geschäftsmodell von Apotheken auf den Prüfstand zu
29 stellen und keine Vergütung abhängig von der Anzahl der abgegebenen Medikamente zu
30 bezahlen, stattdessen muss durch die Kassenärztliche Vereinigung der Bedarf an
31 Apotheken und Beratungsleistungen pro Region ermittelt und vergütet werden .

32 In diesem Geschäftsrahmen muss auch sichergestellt werden, dass Apotheken nur
33 Produkte abgeben deren wissenschaftliche Wirkung erwiesen ist, also beispielsweise
34 keine homöopathischen Mittel mehr anbieten.

35 Weiterhin fordern wir:

36

37 ~~b) Versandmöglichkeit von rezeptpflichtigen Arzneimitteln (Rx-Versandverbot)~~

38 ~~c) Evaluierung und Erweiterung der neu eingeführten pharmazeutischen Dienstleistungen~~

- 39 ~~d) Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen abschaffen~~
- 40 ~~e) erhöhten Kassenabschlag aus dem GKV-Stabilisierungsgesetz streichen~~
- 41 • ~~f) Novellierung der Approbationsordnung für Apotheken sowie Erhöhung/Anpassung~~
42 ~~der Studienplätze~~
- 43 g) Überprüfung der Kompetenzen des nicht-akademischen pharmazeutischen Personals
- 44 **Ersatzlos streichen.**
- 45 • ~~g) Überprüfung der Kompetenzen des nicht-akademischen pharmazeutischen Personals~~
- 46 • ~~h) Anreize um Produktion von Arzneimitteln in Europa zu verlagern~~
- 47 • ~~i) Beibehaltung des Fremd- und Mehrbesitzverbotes~~

Begründung

Öffentliche Apotheken haben den Auftrag, die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dies soll in Zukunft weiterhin so gelten und die inhabergeführte Apotheke gestärkt werden. Daher ist Handlungsbedarf gegeben.

Fremd- und Mehrbesitzverbot sind bewährte Mittel, um Marktmacht bzw. mögliche Monopole zu begrenzen sowie profitorientierte Unternehmen keine Möglichkeit zu geben, sich zu etablieren.

Personal-, Energie- sowie weitere Kosten steigen stetig, doch das Apothekenhonorar wurde nur einmal und zuletzt 2014 von 8,10€ auf 8,35€ und blieb bei dem dabei. Apotheken leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung und sollten daher entsprechend entlohnt werden.

Die Freigabe von rezeptpflichtigen Medikamenten, sowie ein Urteil des EuGHs aus dem Jahre 2016, folgten zu einem Anstieg des Versandhandels von Arzneimitteln. Grundsätzlich ist daran nichts auszusetzen, jedoch sind die Versandapotheken im Ausland ansässig und können die Arzneimittelpreisverordnung bzw. Preisbindung umgehen und daher auf Rx-Arzneimittel günstigere Preise anbieten. Dies ist als unfairer Wettbewerb einzustufen und daher sollte in Deutschland ein Rx-Versandverbot gelten, so wie es in den meisten Staaten der EU der Fall ist. Stattdessen sollte zukünftig der inländische Arzneimittelversand gestärkt.

Pharmazeutische Dienstleitungen sind neue Dienstleitungen, die Apotheken anbieten können und über die Krankenkasse abrechnen dürfen. Diese haben das Potenzial, die Patientensicherheit zu erhöhen. Zusätzlich kann die gelernte pharmazeutische Kompetenz gestärkt, angewendet und erweitert werden. Aufgrund dessen sollten diese beobachtet werden und auch um Weitere ergänzt werden.

Die Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen sind lästig und vielen auch ein Dorn im Auge. Patienten sind verwirrt, pharmazeutisches Personal wird Handlungskompetenz bzw. Handlungsspielraum genommen. Einzig und allein dem Zweck, dass die Kassen Geld sparen können. Dies ist nicht hinnehmbar, da starres Festhalten an bestimmten Präparaten zu Komplikationen, wie Unverträglichkeit oder Versorgungsknappheit, führt, sollten diese abgeschafft werden.

Nach dem neuen GKV-Stabilisierungsgesetz sollen Apotheken einen höheren Kassenabschlag zahlen. Das bedeutet, dass zu höheren Unterhaltungskosten zusätzlich neue Kosten entstehen. Das führt zu höherer finanzieller Belastung zur z.T. angespannten Lage und kann nicht im Sinn der Sache sein.

Um die zukünftigen Pharmazeut*innen auf die aktuelle und zukünftigen Forschungslage und inhaltlichen Relevanz auszubilden, sollte sich das BMG bemühen die 30 Jahre alte Approbationsordnung zu

überarbeiten. Viele Studieninhalte gelten als überholt bzw. irrelevant die nach der aktuellen Approbationsordnung gelehrt werden. Zudem wird sich über eine zu knappe Regelstudienzeit beklagt. Dies schlussfolgert, dass eine Novellierung nötig ist, um eine zeitgemäße Ausbildung zu sichern. Außerdem sollten die Länder sich bemühen die Studienkapazitäten zu überprüfen, sodass genug Personal ausgebildet wird.

Apotheker*innen haben u. a. die Erlaubnis eine Apotheke zu führen und das Personal zu beaufsichtigen. Wenn eine Vertretung für eine Apotheke gesucht wird, darf dies nur ein*e Apotheker*in. Alternativ ein*e Pharmazie-Ingenieur*in oder Apothekerassistent*in, die jedoch aussterbende Berufe sind. Da die Vertretungssuche sich als schwierig gestaltet, sollte z. B. diese Kompetenz an PTA's und PKA's erweitert werden. Zusätzlich sollte geprüft werden, welche Kompetenzen auf die beiden Berufsgruppen erweitert werden können, um die Wertschätzung zu erhöhen.

Letztlich wichtig für eine sichere Arzneimittelversorgung, ist die sichere Produktion. Daher sollten Anreize geschaffen werden, die Arzneimittelproduktion nach Europa zurück zu verlagern. Die aktuellen Arzneimittelengpässe zeigen welche Probleme bei einer Fokussierung auf Staaten, wie Indien oder China entstehen. Darum muss die Produktion von Arzneimitteln verteilt werden, damit Engpässe verhindert werden.

Inhaltsverzeichnis

I - Inneres und Antifaschismus

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Kein Gott im Staat. Unser jungsozialistischer Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche. Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	2
I04	Importverbot für sauerländische Flugzwerge Jusos Celle <i>angenommen</i>	8
I05	Kostenlose Dokumente Jusos Hildesheim <i>angenommen</i>	9
I06	Keine Staatenlosigkeit Jusos Hildesheim <i>angenommen</i>	10

Antrag I01: Kein Gott im Staat. Unser jungsozialistischer Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

1 Die deutsche Sozialdemokratie hat eine wechselhafte Geschichte im Umgang mit Religion
2 und Kirche. In ihren Ursprüngen war die Arbeiter*innenbewegung klar laizistisch
3 orientiert, strebte also eine vollständige Trennung zwischen Staat und Kirche an.
4 Nach dem Ende des deutschen Kaiserreichs setzte sich die SPD für diese Trennung in
5 der Weimarer Reichsverfassung ein, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Seit dem
6 Godesberger Programm 1959 hat sich diese Haltung verändert und die SPD hat sich den
7 Kirchen stark angenähert. Von der laizistischen Haltung ist heute nur noch wenig zu
8 spüren. Das macht sich bei konkreten Fragen im Umgang mit den Kirchen bemerkbar, aber
9 auch bei ethischen Fragen und daraus hervorgegangenen Gesetzen. Wir Jusos haben
10 weiterhin ein säkulares Staatsverständnis. Religion ist für uns Privatsache. Der
11 Vielfalt weltanschaulicher und religiöser Überzeugungen in dieser Gesellschaft
12 begegnen wir nicht, indem wir immer wieder einzelne Gruppen in den Kreis der
13 Privilegierten aufnehmen (z.B. bei Feiertagen, Religionsunterricht usw.), sondern
14 indem wir vom System der Bevorzugung einzelner religiöser Gemeinschaften wegkommen
15 und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Bildung, Gesundheitsversorgung,
16 Kinder- und Jugendhilfe und weitere Bereiche, in denen Staat und Kirche aktuell
17 kooperieren, sehen wir im Kern als öffentliche Aufgaben, nicht als Aufgabe privater
18 Träger.

19
20 In Deutschland besteht keine Staatskirche. Damit sieht das Grundgesetz grundsätzlich
21 eine Trennung von Staat und Kirche vor. Alle Bürger*innen sind frei, ihre Religion zu
22 wählen - ebenso auch keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Der Staat hat den
23 Religionsgemeinschaften gegenüber neutral zu sein. Allerdings besteht kein
24 Kooperationsverbot, wie man es z.B. aus Frankreich kennt (Laizismus). Stattdessen
25 kooperieren Staat und Kirche in vielen verschiedenen Bereichen, wobei dieses
26 Kooperationsverhältnis prinzipiell allen Religionsgemeinschaften offensteht. Soweit
27 die Theorie. Praktisch ist es so, dass vor allem die evangelisch-lutherische und die
28 römisch-katholische Religionsgemeinschaft eine enorm privilegierte Position genießen,
29 sowohl im Vergleich zu anderen Konfessionen als auch im Vergleich zu konfessionslosen
30 Menschen. Diese historisch gewachsene Privilegierung steht einer immer geringer
31 werdenden Mitgliederzahl in den beiden großen Kirchen gegenüber. Dabei lässt sich in
32 der Geschichte der Bundesrepublik ein klarer Trend zur Säkularisierung ablesen.
33 Inzwischen gehört nicht einmal mehr die Hälfte der Deutschen den beiden großen
34 Kirchen an. Der Abwärtstrend hat sich in den letzten sechs Jahren sogar noch einmal
35 erheblich verstärkt. Über 40 Prozent sind konfessionslos, wobei diese Einstufung eine
36 rein formale ist und nichts über den persönlichen Glauben der Personen aussagt. Die
37 Gründe für den Mitgliederschwund sind vielseitig: Insbesondere in der Katholischen
38 Kirche ist der Frust über den Umgang mit sexueller Gewalt gegen Kinder ein Grund
39 auszutreten, außerdem die generelle Reformunwilligkeit. Ein Grund ist aber auch, dass
40 Kirchenmitglied zu sein innerhalb von Familien nicht mehr automatisch weitergegeben
41 wird, also die reine Religionszugehörigkeit aus Tradition seltener wird und es

42 gesellschaftlich meist kein Tabu mehr ist, aus einer Religionsgemeinschaft
43 auszutreten.

44

45 Diese Entwicklung wirft zahlreiche Fragen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche
46 auf. Denn wie kann es zu rechtfertigen sein, dass eine Minderheit so massiv bevorzugt
47 wird - und das gleichzeitig auf Kosten aller? Als Jungsozialist*innen stehen wir zur
48 Religionsfreiheit, was sowohl die Freiheit zur Religionsausübung als auch die
49 Freiheit von Religion einschließt. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass diese
50 Freiheit faktisch im Widerspruch zur gegenwärtigen Bevorzugung zweier
51 Religionsgemeinschaften steht. Diese Bevorzugung muss in diversen Kontexten beendet
52 werden. Wir streben weiterhin die umfassende Trennung von Kirche und Staat an.

53

54 **Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts**

55

56 Betriebliche Mitbestimmung ist der Versuch, die strukturelle Ungleichheit zwischen
57 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen abzumildern. Sie soll durch Ausgleich
58 zwischen betrieblichen Anforderungen und den Belangen und Interessen der
59 Beschäftigten eine soziale Balance schaffen. Deshalb haben Betriebs- und Personalräte
60 bei der Festlegung der Lage der Arbeitszeit, bei Umsetzungen und Versetzungen und
61 vielem mehr mitzubestimmen. **Für die Kirchen und ihre karitativen und erzieherischen
62 Einrichtungen gilt das staatliche Recht der betrieblichen Interessenvertretungen
63 nicht.** Die Kirchen haben für ihren Bereich nach 1949 besondere Regelungen
64 durchgesetzt. Das Grundgesetz räumt den Kirchen in Art. 140 das Recht ein, ihre
65 inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze selbst zu regeln.
66 Von der verfassungsrechtlich privilegierten Stellung der Kirche sind alle Formen der
67 Glaubensausübung erfasst, die mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik vereinbar
68 sind. **Sie nehmen auch eine arbeitsrechtliche Sonderstellung zum Nachteil der
69 Beschäftigten in Kauf.** Circa 1,8 Mio. Arbeitnehmer*innen in der evangelischen und
70 katholischen Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas wählen
71 regelmäßig so genannte Mitarbeiter*innenvertretungen. Grundlage dafür bilden
72 kirchliche Gesetze mit diversen Sonderregelungen. Mitarbeiter*innenvertretungen sind
73 im Vergleich zu Betriebsräten und Personalräten eine relativ junge Einrichtung.
74 Während das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und das Bundespersonalvertretungsgesetz
75 1955 vom Bundestag verabschiedet wurden, zog die Evangelische Kirche in Deutschland
76 (EKD) erst im Jahr 1992 mit dem »Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen
77 Kirche in Deutschland (MVG.EKD)« nach. Der Verband der Diözesen Deutschlands
78 (Zusammenschluss der deutschen Diözesen katholischen Kirche) verabschiedete 1971 die
79 "Mitarbeitervertretungsrahmenordnung". Die gewerkschaftlichen Rechte werden - anders
80 als im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) - nicht geschützt. Die Mitbestimmungsrechte
81 sind aufgrund ihrer beschränkten Wirkmächtigkeit schwächer ausgestaltet und durch
82 extrem formale Verfahren eingeschränkt. Der Gang zu den Arbeitsgerichten ist den
83 Mitarbeiter*innenvertretungen (MAVen) verwehrt. **Die Beschäftigten und die MAVen in
84 der Kirche und ihren Einrichtungen sprechen von einem Arbeitsrecht zweiter Klasse.**

85

86 Gleichzeitig führt das kirchliche Arbeitsrecht immer wieder zu Kündigung aufgrund des

87 Privatlebens der Arbeitnehmer*innen. Das kann sowohl die Religionszugehörigkeit sein,
88 eine Scheidung oder die sexuelle Orientierung. Und es betrifft keineswegs nur
89 Arbeitnehmer*innen, die einer unmittelbar religiösen (“verkündungsnahen”) Tätigkeit
90 nachgehen, wie z.B. Pastor*innen, sondern auch Ärzt*innen, Reinigungskräfte,
91 Pfleger*innen, Erzieher*innen usw. (“verkündungsfern”). Wer sich beispielsweise bei
92 einem christlichen Kindergarten bewirbt - und die christlichen Träger machen einen
93 erheblichen Anteil aus, sodass für Bewerber*innen nur eine eingeschränkte
94 Wahlfreiheit besteht - muss einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören. Zwar
95 hat die Deutsche Bischofskonferenz 2022 eine Reform des Arbeitsrechts in der
96 katholischen Kirche beschlossen, diese wird von der Gewerkschaft ver.di jedoch
97 weiterhin als unzureichend bewertet. Die Diskriminierung nach privater Lebensführung
98 oder Religionszugehörigkeit muss nicht reformiert werden, sie muss abgeschafft
99 werden. Dabei ist wichtig zu betonen, dass kirchliche Einrichtungen des Gesundheits-
100 und Sozialwesens **vollständig aus staatlichen Mitteln** finanziert werden, nicht aus der
101 Kirchensteuer! Die muslimische Ärztin oder der geschiedene Pfleger oder die lesbische
102 Erzieherin finanzieren über ihre Steuern die Einrichtung, die sie am Ende
103 diskriminiert.

104

105 **Wir fordern deshalb:**

- 106 • das Arbeitsrecht der Kirchen ist abzuschaffen
- 107 • den kirchlichen Beschäftigten sind volle gewerkschaftliche Rechte zuzugestehen
- 108 • es sind Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen
- 109 • das Streikrecht ist auch für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen zu
110 gewähren
- 111 • das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung wird
112 auch in kirchlichen Einrichtungen volle Anwendung finden
- 113 • Um queere Menschen zu schützen, muss das Diskriminierungsverbot auch
114 bei kirchlichen Arbeitgeber*innen durchgesetzt werden.

115

116 **Ende der Staatsleistungen - 220 Jahre sind genug!**

117

118 Bis in die Neuzeit hinein war die - vor allem katholische - Kirche nicht nur eine
119 Religionsgemeinschaft, sondern auch Territorialherrin über zahlreiche Gebiete.
120 Bischöfe herrschten als Fürsten über ihre eigenen Gebiete. Sie waren also
121 gleichzeitig weltliche Herrscher. Diese Fürstbischöfe speisten sich wie die rein
122 weltlichen Fürsten auch in der Regel aus Adelsfamilien. Aus jungsozialistischer Sicht
123 waren die geistlichen Staaten somit ebenso eine illegitime Herrschaft einer kleinen,
124 nicht-demokratischen Elite wie die Adels Herrschaften in weltlichen Fürstentümern.
125 Während in den lutherischen und reformierten Teilen des Heiligen Römischen Reiches
126 bereits früher ein Prozess zur Säkularisation einsetzte, also kirchliche
127 Territorialherrschaft an weltliche Herrscher übergang, wurden die katholischen
128 Bereiche davon vor allem in Folge der französischen Revolution und napoleonischen
129 Kriege getroffen. Im Jahr 1803 beschloss der Reichsdeputiertenhauptschluss die
130 Auflösung großer kirchlicher Territorien, um damit weltliche Herrscher für ihre

131 Gebietsverluste zu entschädigen. Das alles klingt nach Geschichtsstunde, hat aber
132 Auswirkungen bis heute: Um den Vermögensverlust der Kirchen auszugleichen, erhielten
133 sie Staatsleistungen - also Geld. **Diese Geldzahlungen vom Staat an die Kirche laufen**
134 **bis heute.** Allein für das Jahr 2022 haben die Bundesländer 602 Millionen Euro
135 Staatsleistungen an die beiden großen Kirchen veranschlagt. Dabei unterliegen diese
136 Leistungen keiner Nachweispflicht oder Zweckbindung. Sie dienen somit auch nicht der
137 Finanzierung karitativer Dienste, diese werden ohnehin aus staatlichen Mitteln
138 bezahlt. Seit dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung 1919 besteht der
139 Verfassungsauftrag, diese Leistungen zu beenden. Geschehen ist das bislang nicht. Die
140 Ampel-Koalition hat sich vorgenommen, diesen Schritt zu gehen. Die große Frage ist
141 aber, wie die Beendigung abläuft. Die Kirchen verlangen eine Ablösesumme, aus der sie
142 sich in der Zukunft weiterhin finanzieren können, wie bislang aus Staatsleistungen.
143 Das können enorme Geldsummen sein, aber auch Staatsanleihen oder andere
144 Vermögenswerte.

145

146 Wir fordern: Die Staatsleistungen an die Kirchen müssen noch in dieser
147 Legislaturperiode des Deutschen Bundestags dauerhaft beendet werden. Dabei haben sich
148 auch die Bundesländer, die bislang blockieren, zu bewegen. Eine Ablösesumme in
149 jeglicher Form lehnen wir ab. Wir sehen die Kirchen und andere
150 Religionsgemeinschaften in der Pflicht, sich selbst zu finanzieren. **Die Entschädigung**
151 **ist durch 220 Jahre Staatsleistungen mehr als abgegolten!**

152

153 **Auch Karfreitag ist Party für Jesus - Tanzverbot abschaffen**

154

155 "Stille Feiertage" - an diesen Tagen gilt ein durch die Bundesländer geregeltes
156 öffentliches Tanzverbot. Wie genau dieses Verbot ausgestaltet ist und an welchen
157 Tagen es gilt, variiert zwischen den Ländern. Es kann zusätzlich zum Verbot von
158 öffentlichen Tanzveranstaltungen z.B. auch das Verbot von Sportveranstaltungen
159 umfassen. Immer wieder protestieren Jusos in lokalen, progressiven Bündnissen gegen
160 diesen Zwang zur Andächtigkeit. **Wir fordern weiterhin die Abschaffung jeglicher**
161 **Tanzverbote.**

162

163 **Lückenlose Aufklärung statt Schweigekartell**

164

165 Nach wie vor hält die Debatte um sexuelle Gewalt gegen Kinder in kirchlichen
166 Einrichtungen und durch kirchliche Würdenträger an. Insbesondere die katholische
167 Kirche wird immer wieder durch neue Gutachten in einzelnen Bistümern, vor allem aber
168 durch die dortigen Verschleierungsversuche erschüttert. Auch dieser Umgang mit
169 strukturell bedingten Verbrechen in der eigenen Organisation führt zu zahlreichen
170 Kirchenaustritten. Erschütternd ist aber nicht nur, wie Bischöfe und andere Personen
171 innerhalb der Kirche die Verantwortlichen geschützt und die Aufklärung der Verbrechen
172 blockiert haben. Erschütternd ist auch, wie viel Vertrauen staatliche Institutionen
173 in die interne Aufarbeitung der Kirche gesetzt haben. Der Staat hat eine Nachsicht
174 gegenüber der (katholischen) Kirche walten lassen, wie sie in anderen Kontexten kaum

175 denkbar wäre. Als die katholische Bischofskonferenz 2019 beispielsweise einen
176 "Missbrauchsbericht" veröffentlichte, waren darin Fälle enthalten, die der Justiz bis
177 dahin nicht bekannt gewesen waren. Die Kirche erstattete jedoch keine Anzeige und
178 benannte auch keine Täter. Die Kirche sieht solche Fälle immer noch viel zu oft als
179 interne Angelegenheiten, die sie durch kirchenrechtliche Sanktionen ahnden könne.
180 Dazu kommen staatliche Ermittlungsbehörden, die deutlich zögerlicher bei der
181 Beweissicherung vorgehen, als sie es gegenüber weltlichen Organisationen tun würden.
182 Diese Zurückhaltung muss ein Ende haben! Verbrechen innerhalb der Kirche, vor allem
183 wenn Minderjährige zu Schaden kommen, müssen durch **staatliche**
184 **Ermittlungsbehörden** lückenlos aufgeklärt werden - ohne Rücksicht auf eine
185 Organisation, die immer wieder dem Täterschutz Vorzug gegeben hat. Zusätzlich muss
186 das kanonische Recht geändert werden: Bislang stellt das katholische Kirchenrecht
187 sexuelle Gewalt gegen Minderjährige nur unter Strafe, wenn sie von Klerikern ausgeht.
188 Der Hintergrund ist, dass durch das Kirchenrecht der Zölibat geschützt werden soll
189 und nicht die sexuelle Selbstbestimmung der Jugendlichen.

190

191 **Gemeinsam lernen - nicht getrennt nach Konfessionen**

192

193 Der konfessionelle Religionsunterricht genießt in Deutschland einen besonderen
194 grundgesetzlichen Schutz. Das führt dazu, dass Schüler*innen in Deutschland, sobald
195 es um Religionsunterricht geht, nach ihrer Religionszugehörigkeit getrennt werden. In
196 den meisten Fällen sind das katholischer und/oder evangelischer Religionsunterricht
197 sowie "Werte und Normen" oder ähnliche Fächer für diejenigen, die an diesem
198 Religionsunterricht nicht teilnehmen wollen. Inzwischen ist auch islamischer
199 Religionsunterricht häufiger anzutreffen. Die grundsätzlichen Probleme bleiben
200 dennoch bestehen: Zum einen kann konfessioneller Religionsunterricht nie die
201 weltanschauliche und religiöse Vielfalt, die in der Gesellschaft besteht,
202 widerspiegeln, sondern wird die Schüler*innen nach groben Zugehörigkeiten sortieren.
203 Zum anderen kommt durch die Trennung kein Austausch zwischen unterschiedlichen
204 Anschauungen zustande. Dabei ist für gegenseitige Akzeptanz, aber auch für die
205 persönliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder der Austausch zwischen
206 unterschiedlichen Weltanschauungen unerlässlich. Unsere Idealvorstellung ist daher
207 ein gemeinsamer Unterricht für alle. Auf dem Weg dahin kann ein
208 konfessionsübergreifender Religionsunterricht ein richtiger Schritt sein. Aktuell
209 arbeiten die katholische und evangelische Kirche an einem gemeinsamen christlichen
210 Religionsunterricht. Uns hingegen ist wichtig, dass sich ein
211 konfessionsübergreifender Religionsunterricht nicht auf christliche Konfessionen
212 beschränkt. Ein solcher Ansatz existiert bereits in Hamburg, wo verschiedene
213 Religionsgemeinschaften an der Gestaltung des Lehrplans und der Durchführung des
214 Unterrichts beteiligt sind. **Langfristig bleibt unser Ziel aber ein nicht-**
215 **konfessioneller Unterricht, beispielsweise nach dem Vorbild von "Werte und Normen",**
216 **für alle!** Das schließt auch die ausschließlich nicht-konfessionelle Ausbildung der
217 Lehrer*innen ein. Nach unserer Vorstellung sollen kirchliche Autoritäten keine
218 Mitsprache bei der Lehrer*innenausbildung mehr haben.

219

220 Ein weiteres Problem stellen Konfessionsschulen dar, also z.B. evangelische oder

221 katholische Schulen. Wir Jusos lehnen Privatschulen grundsätzlich ab. Wie bei anderen
222 Schulen in freier Trägerschaft auch (z.B. Waldorfschulen) sind Konfessionsschulen ein
223 Mittel der sozialen Abgrenzung. Die Abgrenzung verläuft nicht nur entlang
224 konfessioneller Gruppen, sondern auch sozialer Klassen. So schicken Eltern ihre
225 Kinder oft auch deshalb auf christliche Schulen, weil sie dort eine bürgerliche,
226 homogene Schulgemeinschaft erwarten. Dementsprechend ist auch der Anteil von
227 migrantisierten Schüler*innen auf diesen Schulen unterdurchschnittlich. Hinzu kommt
228 der Einfluss der Religion auf die Schulbildung, der an Konfessionsschulen auch
229 dadurch besteht, dass fast alle Lehrer*innen der entsprechenden Religion angehören.
230 Vielfalt sieht anders aus. Wir Jusos halten aus Gründen der Gleichheit und des
231 sozialen Miteinanders daran fest, dass es eine Schule für alle braucht - und keine
232 Trennung nach Religionszugehörigkeit oder sozialer Zugehörigkeit.

233

234 **Nehmt den Staat in die Verantwortung!**

235

236 Als Argument für die fortwährende Relevanz der Kirchen wird immer wieder ihr
237 karitatives Engagement ins Feld geführt. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass
238 kirchliche Träger im Sozial- und Gesundheitssektor wichtige Aufgaben übernehmen. Was
239 dabei jedoch oft übersehen wird, ist, dass die kirchlichen Träger eine Lücke füllen,
240 die der Staat hinterlassen hat. Der Betrieb von Krankenhäusern, Kindertagesstätten,
241 Schulen und weiteren Einrichtungen ist für uns Jusos aber ein Teil der öffentlichen
242 Daseinsvorsorge und damit in öffentlicher Verantwortung anzusiedeln. **Wir wollen, dass**
243 **der Staat wieder in die Verantwortung genommen wird, statt Aufgaben der**
244 **Daseinsvorsorge an die Kirchen abzuwälzen!**

245

246 **Wir wollen endlich der weltanschaulichen Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung**
247 **tragen! Deshalb fordern wir:**

- 248 • Die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts
- 249 • Beendigung aller Staatsleistungen ohne Ablösesumme
- 250 • Abschaffung von Tanzverbot an stillen Feiertagen
- 251 • Langfristig die Einrichtung eines nicht-konfessionellen Unterrichtsfachs über
252 Religion, Ethik, Philosophie und Weltanschauungen wie bspw. im Fach "Werte und
253 Normen" für alle Schüler*innen und die Abschaffung des konfessionellen
254 Religionsunterrichts
- 255 • dass der Staat im Sozial- und Gesundheitssektor wieder mehr Verantwortung
256 übernimmt und somit die kirchliche Träger*innenschaft von Kindertagesstätten,
257 Schulen, Krankenhäusern usw. ablöst.

Antrag I04: Importverbot für sauerländische Flugzwerge

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: Der Import von sauerländischen
- 2 Flugzwerge wird verboten.

Begründung

In der Vergangenheit haben einige Vertreter dieser Gruppe in der Öffentlichkeit rassistische, diskriminierende und beleidigende Äußerungen getätigt. Solche Aussagen haben negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und dürfen nicht toleriert werden.

Um sicherzustellen, dass diese unangemessenen Einstellungen und Meinungen nicht weiter verbreitet werden, halte ich es für notwendig, den Import von sauerländischen Flugzwerge zu verbieten. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag zu prüfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft nicht durch derartige Haltungen und Meinungen gefährdet wird.

Antrag I05: Kostenlose Dokumente

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

- 1 Wir fordern, dass staatliche Dokumente und die Serviceleistungen des Staates für die
2 Bürger*Innen keine Kosten mehr verursachen dürfen. Hierunter fallen für uns alle
3 Leistungen wie das Ausstellen eines Personalausweises, Reisepasses oder
4 Führerscheins bzw. das Umtragen eines Namens oder der Adresse. Auch weitere
5 Leistungen wie der Austritt aus der Kirche, Gewerbean oder -abmeldung u.ä. sollten
6 kostenfrei sein.
- 7 **Ergänzen: Einnahmen, die somit den Kommunen entgehen, sollen vom jeweiligen Land**
8 **rückerstattet werden.**
- 9 Soweit erforderlich sollte hierbei auch darauf geachtet werden, dass die Beantragung
10 für keine Person an den Kosten für die Erstellung eines notwendigen Passbildes
11 scheitert.
- 12 Weiterhin muss dafür gesorgt werden, dass Kommunen langfristig ausreichende
13 finanzielle Möglichkeiten haben diese Dienstleistungen auch kostenlos anzubieten zu
14 können. Für uns ist klar, dass Dienstleistungen des Staates die nicht zwingend
15 notwendig sind nur durch ein gerechtes Steuersystem erreicht werden können.
- 16 Soweit es bundesgesetzliche Vorgaben zur Höhe der Gebühren gibt, sollten sich alle
17 kommunalen Träger an Modellprojekten beteiligen, um diese Kosten zu übernehmen. Für
18 Kommunen besteht nach § 1 Abs. 6 Personalausweis- und eID-Karten Gebührenverordnung
19 für den Personalausweis bereits die Möglichkeit dies zu tun.

Begründung

Dokumente, die fast jede Privatperson besitzt, wie Personalausweis, Reisepass oder Führerschein dürfen kein Geld kosten.

Insbesondere darf es nicht sein, dass Dokumente zum Ausweisen Geld kosten, obwohl es nach §1 des Personalausweisgesetzes eine gesetzliche Verpflichtung dazu gibt, einen solchen zu besitzen.

Es ist schlicht nicht ersichtlich, wieso diese staatlichen Dienstleistungen im Moment überhaupt Geld kosten ?

Insbesondere für finanziell schwächere Personen wird so eine unnötige Hürde geschaffen diese Dokumente zu erhalten.

Sollen Leute davon abgehalten werden, diese zum Spaß zu beantragen ?

Warum muss jemand, dessen Portemonnaie abhanden gekommen ist und der*die damit schon genug Probleme hat, noch zusätzlich bestraft werden um die Dokumente neu zu beantragen?

Beispielhaft für die Anwendung der Gebührenfreiheit des Personalausweises sind hier Projekte zu nennen wie sie in Bremen oder Hamburg praktiziert werden, bei denen die Gebühren von den lokalen Trägern für Wohnungslose übernommen werden. Nur so besteht für viele Betroffene überhaupt erst die Möglichkeit aus dem Teufelskreis der Wohnungslosigkeit raus zu kommen, denn für die Anmietung einer Wohnung ist oft ein Personalausweis notwendig

Antrag I06: Keine Staatenlosigkeit

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

- 1 Wir fordern:
- 2 - sich für die Anerkennung von Staatenlosigkeit als eigenständige Fluchtursache
- 3 einzusetzen, und staatenlosen Menschen besonderen Schutz und Unterstützung zukommen
- 4 zu lassen
- 5 - die Situation von Anerkannt Staatenlosen zu verbessern ~~und ihnen schnellstmöglich~~
- 6 ~~die Einbürgerung in Deutschland zu ermöglichen~~
- 7
- 8 Ersatzlos streichen.
- 9 - für Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit leichtere Möglichkeiten zu
- 10 schaffen die Staatenlosigkeit nachzuweisen
- 11 - alle in Deutschland von ungeklärter Staatsangehörigkeit geborenen Kindern sollten
- 12 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, bisher ist dies lediglich für Personen die
- 13 min. 8 Jahre in Deutschland gelebt haben, der Fall.
- 14 - sich international für eine Verbesserung der Situation staatenloser Personen und
- 15 Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit einzusetzen und sich für die Umsetzung
- 16 der vom UNHCR geforderten Maßnahmen einzusetzen.

Begründung

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 heißt es in Artikel 15 :
"Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit."

Was aber, wenn es keine Zugehörigkeit gibt?

Der Zugang zu bestimmten Grundrechten wie Bildung, Arbeit, medizinischer Versorgung oder Wahlrecht sind oft an die Staatsangehörigkeit gekoppelt.

Ohne die anerkannte Zugehörigkeit zu einem Staat fehlt den Menschen der Zugang zu diesen Grundrechten. Rechte, die für die restliche Bevölkerung oft selbstverständlich sind. Dadurch sind diese Personen besonders oft von Diskriminierung, Gewalt, Armut, Ausbeutung und bürokratischer Willkür betroffen. Das ein Mensch staatenlos ist kann dabei verschiedene politischen oder bürokratischen Gründen haben, unter anderem durch 2: In Deutschland lebten laut Statistischem Bundesamt Ende 2022 mehr als 29.455 Menschen, die keinen Staaten angehörten. Mehr als 23 000 dieser Personen halten sich bereits seit fünf Jahren und länger in Deutschland auf. Seit 2014 hat sich die Anzahl damit mehr als verdoppelt. Im Moment gilt für diese Personen trotz der Anerkennung der Staatenlosigkeit nur ein Aufenthaltsrecht, ein automatisch erteilter Passersatz und andere Rechte beinhalten diese Feststellung allerdings nicht. Anders als im Asylrecht haben diese staatenlosen Menschen auch kein Recht auf Bildung, Arbeit oder Gesundheitsvorsorge, sie dürfen nicht wählen und sind von grundlegenden Sozialleistungen ausgeschlossen und haben auch kein automatisches Recht auf einen Reiseausweis. Sie leben quasi unsichtbar in Deutschland. Auch das von der Regierung geplante Einwanderungsgesetz bringt für die Staatenlosen in Deutschland in dieser Hinsicht keinerlei Veränderungen. Keine der geplanten Erleichterungen vereinfacht Ihnen die Möglichkeiten, in Deutschland eingebürgert zu werden. Die Anforderungen, eine Einbürgerung beantragen zu können, bleiben ohnrechtmäßigen Aufenthalt weiterhin

unmöglich zu erfüllen. Daher fordern wir, dass Deutschland mehr dafür tut, die Situation der Anerkannt Staatenlosen zu verbessern und Ihnen schnellstmöglich die Einbürgerung in Deutschland zu ermöglichen. Ohne die explizite Feststellung der Staatenlosigkeit, die an die abschließende Klärung der Identität der Person geknüpft ist, gibt es keine Aufenthaltsgenehmigung, ohne die es beim Dauerzustand einer Duldung bleibt. Kinder, deren Eltern in ungeklärter Staatsangehörigkeit leben, übernehmen sie, denn auch wenn man in Deutschland geboren ist, wird eine Verbindung zu einem ihnen unbekanntem Land nachgesagt und entsprechende Beweise gefordert. Für sie bleibt es damit ebenfalls fast unmöglich, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Große Probleme beim Nachweis der notwendigen Unterlagen zur Klärung der Identität ist die Bringschuld der Schutzsuchenden. Sie sind abhängig von der Mithilfe der Behörden des Herkunftslandes, die Schwierigkeit, an entsprechende Unterlagen zu kommen, führt zu Willkür und Misstrauen, dass etwas verheimlicht werden soll. Der Mangel an Lösungsansätzen führt häufig zu langwierigen bürokratischen Verfahren. Laut Bundesregierung hielten sich Ende Februar dieses Jahres insgesamt knapp 95 000 Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit in Deutschland auf. Von ihnen sind rund 57 000 Menschen schon mehr als fünf Jahre im Land. Jede zehnte staatenlose Person ist dabei in Deutschland geboren. Bei Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit könnte es sich nach Angaben der Bundesregierung um bis zu einem Drittel um Menschen handeln, die hier geboren sind. **Wir fordern daher, dass es Deutschland Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit leichter macht dies nachzuweisen und alle in Deutschland von ungeklärter Staatsangehörigkeit geborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, bisher ist dies lediglich für Personen die min. 8 Jahre in Deutschland gelebt haben, der Fall.** Weltweit sieht die Bilanz noch schrecklicher aus, so sollen Ende des Jahres 2021 weltweit rund 4,34 Millionen Personen ohne Staatsangehörigkeit gelebt haben. Laut Flüchtlingshilfswerk UNHCR dürfte die Dunkelziffer wesentlich höher sein. Die Schätzungen gehen hier von bis zu 20 Millionen Personen aus. Durch die anhaltend globalen Krisenherde in den letzten Jahren wird diese Anzahl voraussichtlich noch weiter steigen. Die UNHCR hat bereits 2014 unter dem #IBelong den Regierungen weltweit Maßnahmen zu einem globalen Aktionsplan zur Beendigung der Staatenlosigkeit vorgeschlagen, mit denen innerhalb von zehn Jahren die weltweite Staatenlosigkeit beendet werden sollte. Dabei wiesen sie daraufhin, dass die Vertreibung von Staatenlosen als eine Art Frühwarn-System für mögliche Massenfluchten erkannt werden sollte, da beides häufig zusammenhängt. Solange die Probleme von Staatenlosen nicht angegangen werden, sind keine effektiven Lösungen für Fluchtursachen zu finden. Weiterhin muss die bilaterale, regionale und internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Staatenlosigkeit verbessert werden und es ist ein Austausch über die besten Verfahren bei der Registrierung und Dokumentation notwendig. Die Koordinierung sollte zentral über die UN erfolgen, um nicht gleichzeitig verschiedene, miteinander nicht verträgliche Lösungsansätze zu verfolgen. Mittelfristig soll so auch vermieden werden, dass Menschen aufgrund unterschiedlicher Systeme in verschiedenen Staaten überhaupt in die Staatenlosigkeit abrutschen können. Weiterhin schlägt man folgende Maßnahmen vor um die Staatenlosigkeit von Menschen zu beenden: Daher fordern wir, sich auch international für eine Verbesserung der Situation staatenloser Personen und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit einzusetzen und sich für die **Umsetzung der vom UNHCR geforderten Maßnahmen einzusetzen.** Die Unterstützung der internationalen Abkommen zur Vermeidung der Staatenlosigkeit ist bisher sehr gering. Nur 59 Nationen haben das Übereinkommen von 1954 ratifiziert und nur 31 das Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961. Dies ist im Vergleich mit den 146 Staaten, die der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 und/oder dem Protokoll von 1967 beigetreten sind, sehr wenige Länder.

Inhaltsverzeichnis

S - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Nachholung von Feiertagen Jusos Celle <i>angenommen</i>	2
S03	Dönerpreisbremse Jusos Hildesheim <i>angenommen</i>	3
S04	Kinder brauchen Schutz! - Für eine Stärkung des Kinderschutzes in unserer Gesellschaft Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	4

Antrag S01: Nachholung von Feiertagen

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	S - Sonstiges

- 1 Feiertage, die auf Wochenenden fallen sollen nachgeholt werden.

Begründung

Feiertage sind wichtige kulturelle Ereignisse, die oft von vielen Menschen gefeiert werden. Allerdings fallen einige Feiertage auf Samstage oder Sonntage, was dazu führt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht von diesen freien Tagen profitieren können. Dies kann zu Frustration und Unzufriedenheit führen. Deshalb schlagen wir vor, dass Feiertage, die auf Wochenenden fallen, durch zusätzliche freie Tage während der Woche nachgeholt werden. Auf diese Weise können alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von diesen Feiertagen profitieren und ihre kulturellen Veranstaltungen und Traditionen feiern. Wir glauben, dass dies eine positive Auswirkung auf die Mitarbeiterzufriedenheit und die Arbeitsmoral haben wird.

Antrag S03: Dönerpreisbremse

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	S - Sonstiges

- 1 Wir setzen uns für die Deckelung der Dönerpreise ein.

Begründung

Der Begriff Krisendöner macht schon den Umlauf. Inzwischen müssen für einen Döner teilweise Rekordpreise von 10€ und mehr bezahlt werden. Noch vor 2 Jahren waren die lecker gefüllten Faldenbröte für kaum mehr als 4€ zu bekommen, nun muss oftmals mehr als das Doppelte dafür ausgegeben werden. Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass Döner zu einem Luxusessen geworden ist, anstelle des verbindenden Elements zwischen Arm und Reich auf das sich alle einigen konnten ?

Die Inflation trifft dabei gerade finanziell ärmere Personen, die sich den leckeren Snack inzwischen nicht mehr einfach so leisten können. Aber auch die Betreiber*Innen der Dönerläden werden so oft ihrer Einkommensgrundlage entzogen, denn Sie trifft die höheren Erzeugerpreise natürlich auch direkt. Zur Zeit gibt es noch ca. 18.500 Dönerläden in Deutschland, in denen alleine 60.000 Mitarbeiter*Innen arbeiten. Wenn man die Produktion der Döner miteinberechnet hängen sogar fast 100.000 Jobs bei uns vom Döner ab. Oft sind es Jobs von Personen mit Migrationsgeschichte, die woanders möglicherweise keine Beschäftigung finden würden. Dabei hatten es Dönerläden und Ihre Produzent*Innen schon während der Coronakrise oft alles andere als einfach, denn viele soziale Begegnung zu denen man einen Döner isst, haben nicht stattgefunden.

Und der Döner ist doch so viel mehr als ein Essen, es ist ein Stück deutsch-türkische Kultur, ein Zeichen des Zusammenwachsens zwischen zwei verschiedenen Ländern. Dönerläden sind oft auch Begegnungsstätten zwischen diesen verschiedenen Kulturen und gerade in dörflichen Strukturen für jüngere Leute oft der Ort wo man sich trifft, der Imbiss im Dorf. Wir weisen außerdem daraufhin, dass dieses Thema eine enorme Popularität besitzt, insbesondere in den Sozialen Medien. Die SPD Berlin hatte die Forderung nach einer Dönerpreisbremse teilweise schon im Wahlkampf plakatiert und damit enorme Aufmerksamkeit erregt. Denn die stark gestiegenen Preise sind ein enormes Thema für die Bürger*Innen und wir müssen mit der Dönerpreisbremse endlich eine deutliche Antwort darauf geben. Deshalb wäre es wichtig mit der Einführung einer Dönerpreisbremse öffentlich zu zeigen, dass wir auf der Seite der vielen Leute mitgeringen Einkünften stehen und Ihre Sorgen ernst nehmen. Gerade der Döner spiegelt dabei als modernes Gericht unsere Esskultur wieder. Das schnelle Gericht zum Mitnehmen entwickelt sich weiter und es gibt neben der klassischen Variante mit Fleisch auch leckere Vegetarische oder Vegane Döner. Die Döner Kultur in Deutschland darf deshalb nicht das Opfer dieser Inflationsspirale werden. Wir sprechen uns deshalb für eine staatliche Unterstützung anhand den in den Steuererklärungen und der laut TSE-Kassendaten verkauften Döner vor Corona von min. 2€ aus, bis die Produktionskosten wieder auf ein angemessenes Maß gesunken sind. Dies hätte zusätzlich den Nutzen, dass Dönerläden die Ihre Verkäufe ordnungsgemäß versteuert haben, mehr davon profitieren würden als solche die Ihre Verkäufe nicht erklärt haben.

Antrag S04: Kinder brauchen Schutz! - Für eine Stärkung des Kinderschutzes in unserer Gesellschaft

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	S - Sonstiges

1 Einleitung

2 Starke Kinder, starke Welt! Da sind wir uns alle einig. Aber leider ist die Situation
3 von Kindern in Deutschland oftmals prekär. Egal, ob Gewalterlebnisse an Schulen,
4 mangelnde Aufklärung von Eltern über Gewalt gegen Kinder und die Grenzen der
5 Erziehung, Entwürdigung von Kindern vor Gericht, Kinderarmut, schlechte
6 Repräsentation von Kindern in der Politik, Unzureichende Aufklärung von Lehrkräften
7 über Kinderschutz, struktureller Rassismus, Sexismus und Ableismus, der viele Kinder
8 trifft, teilweise unzureichende Umsetzung der Kinderrechte: in allen Lebensbereichen
9 von Kindern fehlt es an Grundsätzlichem. Kinder gehören zu den vulnerabelsten Gruppen
10 unserer Gesellschaft und deshalb ist es unsere Aufgabe sie zu schützen und sie an
11 demokratischen Prozessen teilhaben zu lassen. Um Kinderschutz und Kinderrechte in
12 Deutschland zu stärken und auszubauen, haben wir Forderungen aufgestellt, die sich an
13 fünf Säulen orientieren. Der Kampf gegen Kinderarmut muss geführt werden, um allen
14 Kindern ein würdiges Leben zu ermöglichen und finanzielle Ungleichheit nicht bereits
15 im Kindesalter zu manifestieren. Die Beteiligung von Kindern muss vorangebracht
16 werden, um die mehr als 13 Millionen Kinder in Deutschland an demokratischen
17 Prozessen zu beteiligen und sie endlich als einen gleichwertigen Teil unserer
18 Gesellschaft anzuerkennen. Bildung und Aufklärung über Kinderrechte und Kinderschutz
19 sind unerlässlich, um Kinder zu stärken und um Schulen zu Schutzräumen zu machen.
20 Auch das Justizsystem muss sich Kindern und ihren Bedürfnissen anpassen und einen
21 Kinderschutz im Netz konsequent durchsetzen. Erst, wenn wir uns mehr für Kinder
22 einsetzen, können wir irgendwann sagen: Starke Kinder, starke Welt!

23 Beteiligung

24

25 Die UN-Kinderrechtskonvention trat am 02. September 1990 in Kraft und spricht allen
26 Kindern auf der Welt dieselben Rechte zu. Unabhängig von Herkunft, Sprache, Hautfarbe
27 und Geschlecht haben Kinder das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Recht auf Leben,
28 Überleben und Entwicklung, die Einhaltung der Kindesinteressen sowie das Recht auf
29 Beteiligung. Bereits in vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen und dem
30 gesamten Bundesgebiet können wir viele Kinderparlamente und -beiräte bei ihrer
31 erfolgreichen Arbeit sehen. Allerdings ist die Einführung von den Kinderparlamenten/-
32 beiräten noch lange kein Standard in unseren Kommunen. Doch für die Kinder bietet die
33 Möglichkeit sich für die eigenen Interessen und die ihrer Freund*innen stark zu
34 machen, viele Chancen. Sie lernen durch Partizipation an politischen Projekten, für
35 ihre eigene Meinung einzustehen, ihr Selbstvertrauen wird gestärkt und die
36 Eigenständigkeit gefördert. Diese Eigenschaften sind existentiell für Kinder, um ihre
37 Meinung in Konfliktsituationen zu äußern und sind somit ein wichtiger Bestandteil im
38 Bereich des Kinderschutzes. Daher müssen wir uns für einen Ausbau von
39 Kinderparlamenten/-beiräten stark machen. Die Einrichtung eines solchen Gremiums muss
40 immer mit einem eigenen Budget verbunden sein. Nur so können die Kinder ernsthaft

41 Ideen entwickeln und später umsetzen. Dafür bedarf es ebenfalls eine professionelle
42 und eine geschulte Begleitung durch Erwachsene. Kinder müssen in den Prozessen von
43 Erwachsenen begleitet, aber nicht kontrolliert werden. Daher bedarf es einer aktiven
44 Jugendarbeit in den Kommunen, welche vom Bund und Land finanziell unterstützt werden
45 muss.

46

47 Doch wir sehen nicht nur die Kommunen in der Verantwortung, Kinder stärker in das
48 politische Handeln einzubeziehen. Sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene soll
49 ein Kinderparlament eingerichtet werden, damit die Kinder auch auf höherer
50 politischer Ebene Gehör finden und ihre Interessen und Ideen umsetzen können. Um dem
51 Kinderparlament auch hier Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, müssen die
52 Kinderparlamente ein reguliertes Antragsrecht für den Bundestag und den Landtag
53 erhalten. Dadurch wird eine professionelle und geschulte Betreuung unabdingbar.

54

55 Daher fordern wir:

56

57 - Die Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen und damit
58 einhergehend auch eine stärkere finanzielle Ausstattung sowie eine professionelle und
59 geschulte Betreuung.

60 Anfügen nach "...Betreuung."

61 "Vor allem ist eine Förderung von FINTA*, BIPoC und Schüler*innen aller Schulformen
62 zu gewährleisten. Es muss darauf geachtet werden, dass sozioökonomisch benachteiligte
63 Kinder und Jugendliche gleichermaßen eingebunden werden"

64 -Eine Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments auf Landes- und
65 Bundesebene mit einem regulierten Antragsrecht sowie professioneller und geschulter
66 Betreuung.

67

68 **Aufklärung & Schulsystem**

69 Im Schulsystem ist noch großer Handlungsbedarf im Umgang mit Gewalt gegen Kinder. So
70 muss beispielsweise die genaue Bedeutung des Begriffes „Gewalt“ für die Akteur*innen
71 an den Schulen durch Fortbildungen und Workshops zugänglich gemacht werden. Zur
72 Gewalt gehört nämlich neben körperlicher Gewalt auch psychische Gewalt (z.B. unter
73 Druck setzen, Herbeiführen von Schuldgefühlen) und Vernachlässigung (z.B. kein
74 Bereitstellen von Essen, nachlässige Beaufsichtigung, kein Wahrnehmen von
75 Arztterminen). Etwa 60% der Fälle von Kindesmisshandlung liegt Vernachlässigung zu
76 Grunde. Dementsprechend benötigen Lehrkräfte und die multiprofessionellen Teams
77 regelmäßige Fortbildungen zum Thema Kinderschutz, die neben dem Wahrnehmen von
78 Warnsignalen auch den Umgang mit der Situation behandeln. Dabei sollte das Kind
79 ebenfalls im Zentrum stehen, da Kinder in der Schule altersgerecht und über die
80 Grenze zwischen Erziehung und Gewalt aufgeklärt werden müssen.

81 Außerdem werden durch Schulpastor*innen andere Religionen und Atheist*innen
82 ausgeschlossen und diskriminiert. Deswegen fordern wir, dass Schulpastor*innen keine
83 Lösung für die Schule darstellen und es multiprofessionelle Teams für alle
84 Schüler*innen geben muss. Dadurch können die individuellen Bedürfnisse und

85 Anforderungen der Schüler*innen viel mehr berücksichtigt und stärker gefördert
86 werden.

87 Es braucht eine ständige Reflexion und Kinderschutzkonzepte müssen regelmäßig
88 überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um den aktuellen Herausforderungen und
89 Ansprüchen gerecht zu werden. Die Konzepte dürfen nicht in der Schublade
90 verschwinden! Gerade Corona hat gezeigt, dass wir hier einen erhöhten Bedarf haben
91 und dass wir dem schnell Rechnung tragen müssen. Schließlich wollen wir kein Kind
92 alleine lassen und im Sinne der Chancengerechtigkeit muss hier endlich mehr
93 passieren! Es braucht mehr Anlaufstellen, Aufklärungskampagnen und Angebote, um
94 Gewalt gegenüber Kindern vorzubeugen.

95 Deshalb fordern wir:

- 96 • eine differenzierte Betrachtung von Gewalt gegen Kindern, um körperliche Gewalt,
97 psychische Gewalt und Vernachlässigung zu identifizieren und pädagogisch
98 angemessen damit umzugehen.
- 99 • mehr Fortbildungen für Lehrkräfte und die multiprofessionellen Teams zum Thema
100 Kinderschutz, die neben dem Wahrnehmen von Warnsignalen auch den Umgang mit der
101 Situation behandeln.
- 102 • ständige Reflexion und Kinderschutzkonzepte, die den aktuellen Herausforderungen
103 und Ansprüchen gerecht werden.
- 104 • mehr Anlaufstellen, Aufklärungskampagnen und Angebote, um Gewalt gegenüber
105 Kindern vorzubeugen

106

107 **Kinderarmut**

108

109 Mehr als jedes fünfte Kind und jede*r vierte junge Erwachsene gilt in Deutschland als
110 armutsgefährdet. Alleinerziehende sowie Familien mit drei und mehr Kindern sind
111 besonders betroffen. Im Jahr 2021 waren es rund 2,9 Millionen Kinder und Jugendliche
112 sowie 1,55 Millionen junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Diese Zahlen machen
113 sehr deutlich, dass nach wie vor eindeutig zu viele Menschen in Deutschland,
114 besonders aber Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Armut betroffen oder
115 bedroht sind. Wir müssen anerkennen, dass die Menschen, die aus armutsbetroffenen
116 Familien stammen, statistisch ein höheres Risiko haben, selbst von Armut betroffen zu
117 sein. Dieser problematische Zustand muss durch entschiedenes und solidarisches
118 Handeln aufgebrochen werden. Gleichzeitig können wir nicht hinnehmen, dass die
119 Vermögensungleichheit auch heute immer weiter zunimmt und die Menschen mit hohem
120 Vermögen gerade in Zeiten der Krise profitieren, während die Menschen mit niedrigem
121 Einkommen und keinem Vermögen noch ärmer werden. Das aktuell weiter steigende Risiko,
122 von Armut betroffen zu sein, muss endlich reduziert werden.

123

124 Deshalb fordern wir:

- 125 • Die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Kindergeld, Kinderzuschlag,
126 Sozialgeld und Steuerfreibeträge bündelt. Diese Kindergrundsicherung muss allen
127 Kindern und Jugendlichen bis zum Ende des 18. Lebensjahres das sächliche
128 Existenzminimum garantieren. Bei Auszubildenden soll diese Grundsicherung bis

- 129 zum 25. Lebensjahr und bei Studierenden bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden.
130 Die Kosten, die durch die Kindergrundsicherung zusätzlich entstehen, sollen
131 keine Mehrbelastung für die Menschen bedeuten, die schon heute wenig haben,
132 sondern sollen solidarisch von denjenigen getragen werden, die hohe Vermögen
133 besitzen. Das soll beispielsweise durch die Wiedereinführung einer modernen
134 Vermögenssteuer, eine Anhebung der Erbschaftssteuer, die Einführung einer
135 Börsenumsatzsteuer oder die Einführung eines „Kinder-Solis“ ermöglicht werden.
- 136 • Die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, um die gesamtgesellschaftliche
137 Verantwortung für die Lebensstandards der Kinder zu unterstreichen.
 - 138 • Die finanzielle Förderung und Unterstützung von Kinderhäusern, in denen Kinder
139 in Ruhe ihre Hausaufgaben erledigen, Probleme mit pädagogischem Fachpersonal
140 besprechen, Nachhilfe erhalten, gemeinsam kochen oder anderen Aktivitäten
141 nachgehen können. Hier sollen noch mehr Räume geschaffen werden, um ein gutes
142 soziales Umfeld und Miteinander für von Armut betroffene Kinder zu schaffen.
 - 143 • Die Einführung einer Expert*innenkommission, die unter Einbeziehung von
144 Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Sozial- und Wirtschaftsverbänden
145 sowie Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen, die Frage nach der
146 Neuberechnung des Existenzminimums für die Zukunft klärt und alle entscheidenden
147 Faktoren, die gerade die Perspektive der Kinder einbezieht, berücksichtigt.

148

149 **Justiz**

150

151 Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie gehören einer sehr vulnerablen Gruppe an,
152 darum ist ein sensibler Umgang mit Kindern von äußerster Relevanz. Kinder, die als
153 Zeug*innen vor Gericht aussagen müssen, haben zuvor häufig Traumata erfahren. Dadurch
154 erfordert der Umgang mit ihnen noch zusätzliche Einfühlsamkeit. Aktuell gibt es für
155 Familien- und Jugendrichter*innen – die meistens die Zeug*innenvernehmung bei Kindern
156 durchführen – keine verpflichtenden Fortbildungen zum Umgang mit traumatisierten
157 Kindern. Dies führt teilweise zu einem falschen Umgang mit diesen, da Richter*innen
158 eine juristische und keine pädagogische Ausbildung bekommen (unabhängig von dem
159 Bereich, in dem sie arbeiten). Dadurch können zusätzliche psychische Belastungen für
160 die Kinder entstehen.

161 Kinder, die Gewalterfahrungen machen, benötigen eine psychologische Behandlung, um
162 die Geschehnisse aufzuarbeiten. Derzeit dürfen Kinder, die sich im Zeug*innenstand
163 befinden, während des laufenden Gerichtsverfahrens, eine solche Behandlung nicht in
164 Anspruch nehmen. Grund hierfür ist der Irrglaube, die Erinnerungen der Kinder würden
165 durch eine Psychotherapie verfälscht und eine Verurteilung der Täter*innen würde
166 dadurch schwieriger. Für die betroffenen Kinder hat dieses Verbot massive psychische
167 Folgen – gerade in Anbetracht der langen Dauer von Gerichtsverfahren. Obwohl
168 Verfahren, an denen Kinder beteiligt sind, mit höherer Priorität behandelt werden,
169 können bis zur Verurteilung der Täter*innen Jahre vergehen – Jahre, in denen Kindern
170 psychologische Betreuung verwehrt wird. Nach aktuellem Wissensstand kann die Theorie,
171 Kinder würden durch psychologische Behandlung ihre Erinnerungen verändern, nicht
172 bestätigt werden, die Erinnerungen werden lediglich in den Kontext gesetzt. Dass sie
173 trotzdem keine Hilfe durch Psychotherapie erfahren dürfen, ist nicht nur unmenschlich

174 und grausam, es verstößt auch gegen Art. 24 der UN-Kinderrechtskonvention. Damit das
175 Leid traumatisierter Kinder durch einen Gerichtsprozess nicht zusätzlich verlängert
176 wird, muss ihnen der Zugang zu einer professionellen psychischen Behandlung erlaubt
177 werden.

178 Wenn Kinder in einem Gerichtsverfahren involviert sind, muss sich das Verfahren dem
179 Kind anpassen, nicht umgekehrt! Hierzu sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, wie
180 z.B. die Zeug*innenvernehmung des Kindes in altersgerecht ausgestatteten Räumen
181 außerhalb des Gerichtgebäudes. Zur altersgemäßen Ausstattung zählen, neben der
182 Gestaltung des Raumes und der Anpassung der Tisch- und Stuhlhöhe, auch die
183 Platzierung der Gutachter*innen im Raum. Eine Retraumatisierung des Kindes durch
184 Anwesenheit der Täter*innen muss – sofern möglich – vermieden werden. Darüber hinaus
185 müssen Kinder altersgerecht über den Inhalt und den Prozess des Gerichtsverfahrens
186 informiert werden, damit sie verstehen, was passiert und warum es passiert.

187 Daher fordern wir:

- 188 • Dass Familien- und Jugendrichter*innen regelmäßige Schulungen zur Befragung von
189 Kindern und Jugendlichen im Zeug*innenstand erhalten, um einen altersgemäßen
190 Umgang mit ihnen zu ermöglichen.
- 191 • Kindern soll im Zeug*innenstand eine psychologische Behandlung während des
192 laufenden Gerichtsverfahrens ermöglicht werden.
- 193 • Im Rahmen einer kindersensiblen Justiz sollen altersgerechte Räume außerhalb des
194 Gerichtsgebäudes zur Zeug*innenbefragung von Kindern genutzt werden.
- 195 • Eine altersgerechte Aufklärung über das Gerichtsverfahren für Kinder.
196 Prinzipiell ist der Grundsatz "Hilfe statt Strafe" zu wahren.

197

198 **Kindesschutz im Netz**

199 Auch im Netz bedürfen Kinder besonderem Schutz. Kinder, mindestens bis zum 14.
200 Lebensjahr, können das Gewicht dieser Entscheidung, sich in den öffentlichen sozialen
201 Medien zu zeigen, nicht alleine erkennen, da eine neutrale Aufklärung durch die
202 Erziehungsberechtigten nicht erfolgt. Wenn also der Fall auftritt, dass die
203 Erziehungsberechtigten Personen ihr z.B. ein Jahr altes Kind in den sozialen Medien
204 präsentieren wollen, ist die Entscheidung alleine den Erziehungsberechtigten
205 überlassen und diese haben damit das Recht, über die Privatsphäre des Kindes zu
206 entscheiden. Dies kann auf das spätere Leben des Kindes einen sehr großen Einfluss
207 haben, welcher in vielen Fällen eher negativ erfolgt. Zum Beispiel kann es passieren,
208 dass das Kind schon in jungen Jahren sehr berühmt wird und damit auch schon
209 entschieden ist, dass es später kein privates Leben führen kann. Des Weiteren hat das
210 Zeigen des Kindes nur einen Zweck für die Erziehungsberechtigten und keinen für das
211 Kind selbst (und ab dem Moment, wo damit Geld verdient wird, kann man dies auch als
212 Kinderarbeit abstufen.) Außerdem reicht auch die Zustimmung des Kindes nicht
213 (mindestens bis zum Alter von 14 Jahren), da die Meinung sehr einfach beeinflusst
214 werden kann und somit auch die die Entscheidung des Kindes nicht zählen sollte. Ein
215 weiterer Grund gegen das Zeigen von Kindern im Internet ist, dass viele Inhalte, wenn
216 auch unbeabsichtigt von den Eltern, sexualisiert werden und von User*innen angesehen
217 werden, die diese Videos dann auf eine unangemessene Art und Weise anschauen.
218 Ungefähr dasselbe Prinzip besteht auch bei dem Punkt der Kinderwerbeagenturen. Denn

219 auch hier können Kinder nicht einschätzen, was es bedeutet, in dieser Art von
220 sozialen Medien präsent zu sein. Die Entscheidungen, beeinflusst von den
221 Erziehungsberechtigten, kann noch Jahre später bereut werden, doch in diesem Moment
222 wäre es zu spät, da alles, was einmal in die Medien gelangt ist, nie wieder
223 verschwindet.

224 **Wir fordern:**

- 225 • Kinder müssen vor ungewollter medialer Aufmerksamkeit geschützt werden.
- 226 • Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht erkennbar in sozialen Medien gezeigt werden
227 und ebenso nicht der Hauptinhalt des Medieninhalts sein, auch wenn dies dem
228 Willen der Erziehungsberechtigten entspricht.
- 229 • Kinderwerbeagenturen sind zu verbieten.
- 230 • Eine altersgerechte Aufklärung über das Gerichtsverfahren für Kinder.
231 Prinzipiell ist der Grundsatz "Hilfe statt Strafe" zu wahren.

Inhaltsverzeichnis

U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	Privates Feuerwerk? Nein Danke! Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	2
U02	Solidarität mit den Tafeln bundesweit Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	3
U03	Muss Wald wirtschaftlich sein? Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	4
U04	Einweg-Vapes verbieten Jusos Celle <i>angenommen</i>	6
U05	Nutzung von Schneekanonen verbieten Jusos Celle <i>angenommen</i>	7
U06	Flüge mit Privatjets bekämpfen Jusos Celle <i>angenommen</i>	8
U09	Klimaneutral & simpel europäisches Buchungssystem für Bahnreisen Jusos Nienburg <i>angenommen</i>	9
U10	Erleuchtung der Nicht-Beleuchtung! Jusos Nienburg <i>angenommen</i>	11

Antrag U01: Privates Feuerwerk? Nein Danke!

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Die Silvester-Ausnahmen für pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 gemäß der
- 2 Sprengstoffverordnung sollen abgeschafft werden. Als Alternative soll es zentrale von
- 3 den Gemeinden organisierte Feuerwerke in der Silvesternacht geben. Ein Verstoß gegen
- 4 die Verordnung sollte als Ordnungswidrigkeit mit einer entsprechenden Geldbuße
- 5 geahndet werden.
- 6 Parallel soll Aufklärungsarbeit über die Folgen und Auswirkungen von Feuerwerk
- 7 geleistet werden. Langfristig wollen wir Feuerwerk z.B. durch Laser-Shows und
- 8 Drohnen-Choreografien ersetzen.

Begründung

Das Ziel eines solchen Verbotes ist, die Feinstaub- und CO2-belastung sowie die Lärmbelästigung zum Wohle der Umwelt zu reduzieren. In Anbetracht des Klimawandels sollten die Interessen der Umwelt besonders im Vordergrund stehen. Zudem kommt es jedes Jahr zu Todesfällen und Verletzungen wie zum Beispiel Beeinträchtigungen beim Hören und dem Verlust von Gliedmaßen. Auch diese könnten somit verhindert werden. Auf das Bedürfnis der Gesellschaft, mit einem Feuerwerk das neue Jahr zu feiern, wird durch die geplanten zentralen Feuerwerke eingegangen, welche aus künstlerischen Aspekten auch mehr Möglichkeiten bietet und wobei es sich um ein Konzept handelt, was beispielsweise in Frankreich bereits gut funktioniert.

Antrag U02: Solidarität mit den Tafeln bundesweit

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Wir fordern ein Lebensmittelverschwendungsgesetz in dem unter anderem folgende
- 2 Forderungen umgesetzt werden:
- 3 **Forderung:**
- 4 • Rechtssichere, einfache Lebensmittelspenden möglich machen mit
- 5 steuerlicher Begünstigung Erzeuger und für Hersteller, wie auch für den
- 6 Lebensmittelhandel. Alle Akteure an einen Tisch holen.
- 7 • Verbraucher*innen werden mit umfassenden Bildungskampagne über Maßnahmen
- 8 gegen Verschwendung aufgeklärt.
- 9 • Entkriminalisierung von Lebensmittelrettung (Hierbei ist vor allem Containern
- 10 gemeint)

Antrag U03: Muss Wald wirtschaftlich sein?

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

1 Laut des Bundesamtes für Naturschutz werden 97 % des deutschen Waldes mehr oder
2 weniger intensiv wirtschaftlich genutzt. Lediglich 2,8 % sind naturbelassen und ohne
3 wirtschaftliche Funktion. Zwar sieht das WSchG vor, dass der Wald wegen seiner
4 Bedeutung für die Umwelt erhalten bleibt und eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung
5 nachhaltig zu sichern ist, doch gleichzeitig steigen die Exporte von Holz aus
6 Deutschland jährlich. Um die Ökosystemleistung von Wäldern anzuerkennen, muss dies
7 reduziert werden. Konkret fordern wir:

8 Forderungen:

- 9 • Ökologischen Mehrwert entlohnen, Ökosystemdienstleistung des Waldes anerkennen.
- 10 • Staatliche Anreize für Naturnahen Waldumbau ausweiten und Klimaresiliente Wälder
11 durch Fördertöpfe schaffen.
- 12 • Strategie für einen ökologischen, nachhaltigen Wald weiterentwickeln.
- 13 • Den Import/Export von Holzprodukten außerhalb der EU minimieren.
- 14 • Den Import/Export von Holzprodukten innerhalb der EU auf
15 Notwendigkeit begrenzen.
- 16 • Produkte mit Holz/Papier aus nicht regionalem Anbau mit Aufpreis belegen, wenn
17 es ein regionales Produkt gibt.
- 18 • Holz als CO₂-Speicher langfristig verbauen und die Verwendung von Holz in
19 kurzlebigen Produkten auf das geringste minimieren.
- 20 • Vernetzung von Industrie mit Umwelt-Schutzverbänden und Wissenschaft stärken.
- 21 • Klimastabile Wälder sind oberste Prämisse, Holz- und Sägeindustrie müssen sich
22 an die zukünftig verfügbaren Baumarten anpassen.
- 23 • Waren verstärkt auf Sozialökologische Nachhaltigkeit prüfen (NGOs dabei
24 einbeziehen).

Begründung

Für uns Jusos muss der Wald in erster Linie nicht wirtschaftlich sein. Der Wald ist ein Lebensraum. Wir setzen uns dafür ein das Wald keine Rohstoffproduktionsstätte ist. Wald darf auch nicht nur als Naherholungsgebiet für uns Menschen gesehen werden. Tiere und vor allem auch die Pflanzen, die häufig vergessen werden, sind Lebewesen. Ihren Lebensraum nach unseren wirtschaftlichen Interessen zu gestalten, zeigt die Dekadenz der Menschheit.

Aussagen wie „Die deutschen Säge-, Papier- und Holzwerkstoffindustrien gehören zu den führenden Unternehmen ihrer Branchen in Europa. Entscheidend beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland und den Aufbau moderner Verarbeitungseinheiten in den vergangenen Jahren.“ (Clusterstudie Niedersachsen 2007) belegen genau dieses Denken. Durch unsere Exportüberschuss-Strategie schaden wir nicht nur den Menschen an Orten deren Holzgewerbe wir durch unseren Export kaputt machen, sondern auch der Umwelt mit jedem Kilometer, den wir Holz weiter und jedem Kubikmeter Holz, dass wir mehr exportieren als notwendig wäre. Die Globalisierung und Vernetzung von Holzindustrie und davon abhängigen Gewerben sollte dazu beitragen, weniger Überschuss zu

produzieren, die Natur zu schützen und Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten. Wichtig ist, dass der Wald vor Ort ein individueller Lebensraum ist, der die Bedürfnisse der Lebensformen in ihm erfüllen muss. Daher sollten wir die „Wild“ Wald-Fläche im Vergleich zur „Wirtschaftlichen“ Wald-Fläche vergrößern.

*Die wirtschaftliche Nutzung des Waldes ganz abzuschaffen ist so unmöglich wie es schädlich wäre. Wir wären auf Holzimporte angewiesen, deren Nachhaltigkeit und sozialökologische Verträglichkeit wir nicht so gut überprüfen können, wie die Industrie vor Ort. Auch die Stärkung des ländlichen Raums, durch das Holzgewerbe darf nicht vergessen werden. Holz ist für viele Industriezweige ein wertvoller nachhaltiger Rohstoff. Wir sollten jeden Arbeitsplatz, der mit dem Wald zu tun hat, schützen und wertschätzen. Dennoch sind die Methoden zu überprüfen. Schweres Forstgerät schadet dem Wald. Verschmutzung und Unrat, sowie Lärm machen dem Wald zu schaffen. Die Betriebe, die von der Waldwirtschaft abhängig sind, sollten auch nicht einem radikalen Markt ausgeliefert sein. Sondern die schützenden Maßnahmen des Staates bekommen die es braucht, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Allerdings nicht um den Wohlstand einzelner zu vergrößern. Eine Einbindung der Privatwaldbesitzer*innen und ein stätiger Austausch mit und zwischen allen Interessensgruppen ist dabei das wichtigste Mittel. Die Regierungen und ihre Vertreter*innen auf allen Ebenen müssen das dauerhaft organisieren. Die Vernetzung mit Umwelt-Schutzverbänden und Wissenschaft ist dabei Voraussetzung für eine faire Interessensfindung.*

Antrag U04: Einweg-Vapes verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen, dass Einweg-Vapes in Deutschland
- 2 verboten werden sollen.

Begründung

Einweg-Vapes sind Verdampfer, welche in der Regel mit einem Geschmacksstoff befüllt sind, welcher eine begrenzte Anzahl an Zügen zulässt und dann entsorgt werden muss. Dieses Verfahren ist nicht nachhaltig und aufgrund dessen auch nicht zeitgemäß. In Einweg-Vapes sind Akkus verbaut, die eigentlich genau wie ein Handyakku mehrere Jahre genutzt werden könnten. Da bei diesen Vapes eine längerfristige Nutzung nicht möglich ist, müssen sie verboten werden. Außerdem gibt es bereits viele Alternativen an E-Zigaretten, die langfristig genutzt (und wiederaufgeladen) werden können.

Hinweis: In Bayern wird bereits vom dortigen Umweltminister ein Verbot ins Spiel gebracht.

Antrag U05: Nutzung von Schneekanonen verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen, dass die Nutzung von Schneekanonen und
- 2 sonstigen Methoden zur künstlichen Schneeerzeugung in großen Mengen verboten werden.

Begründung

Durch Beschneiungsanlagen gibt es enormen Ressourcenverbrauch und Umweltschäden. Daher müssen sich Skigebiete umstellen und auf klima- und naturverträglichen Tourismus setzen, denn Schneekanonen haben nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung einen fragwürdigen Nutzen. Um eine Lösung für den gesamten angrenzenden Alpenraum zu erzielen, sollte sich Deutschland darüber hinaus mit Österreich und der Schweiz abstimmen. Hintergrund ist vor allem die derzeitige Energiekrise, aber auch die schlechte Natur- und Umweltbilanz von Beschneiungsanlagen generell. Die schlechte Ökobilanz ist schon immer problematisch, in der derzeitigen Krisensituation ist sie jedoch schlicht unmoralisch. Ein Verzicht auf Beschneigung kann in einem Winter 16 Millionen Kilowattstunden Strom in Bayern sparen, zudem Millionen Liter Wasser. Laut dem WWF werden jährlich etwa eine Million Liter Wasser benötigt, um nur einen Hektar Pistenfläche künstlich zu beschneien. Außerdem steigt der Energieverbrauch von Schneekanonen, um so wärmer es ist.

Ein Beispiel aus Österreich: Dort gibt es inzwischen etwa 33.000 Schneekanonen und 455 Speicherteiche in den Bergen – Tendenz steigend. Denn die Winter werden durch den Klimawandel immer kürzer, die Schneedecken immer dünner.

Quellen:

BUND Naturschutz in Bayern

Welt.de

Antrag U06: Flüge mit Privatjets bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen, dass Flüge mit Privatjets verboten
- 2 werden.

Begründung

Privatjets belasten das Klima im Verhältnis zu ihrer Transportkapazität überdurchschnittlich stark. Wissenschaftler bemängeln, dass die Klimapolitik den privaten Flugverkehr so gut wie nicht berücksichtigt.

Die CO₂-Bilanz von Privatjets ist schlecht: Der hohe Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ durch Passagiere in Privatjets ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die kleinen Flugzeuge deutlich weniger Menschen transportieren können als zum Beispiel ein Jumbojet – selbst bei voller Auslastung. Hinzu kommt, dass sich die CO₂-Bilanz von Flugzeugen in der Regel verbessert, je weiter sie fliegen beziehungsweise je seltener sie starten und landen. Denn bei Starts und Landungen sind die Emissionen besonders hoch (Auch ein Argument gegen kurze Inlandsflüge).

Auf einem Flug von London nach New York in einem Jumbojet emittieren Reisende der Economy-Class 313 Kilogramm CO₂ pro Person. Fliegt eine Person dieselbe Strecke mit dem Privatjet, emittiert sie 25.056 Kilogramm CO₂. Auf ein Jahr hochgerechnet, können einzelne Nutzer von Privatflugzeugen zu Emissionen von bis zu 7.500 Tonnen beitragen.

Im Jahr 2022 haben Flüge mit Privatjets, die auf deutschen Flughäfen starteten, eine Rekordanzahl erreicht. Mehr als 94.000 Starts von Business-Flugzeugen gab es in Deutschland – und damit etwa 8.000 mehr als im Vorjahr. Fast drei Viertel der in Deutschland gestarteten Flüge seien kürzer als 500 Kilometer gewesen. Häufig geflogene Strecken waren demnach Hamburg – Sylt oder Berlin – München. Bei längeren Flügen war der mit Abstand häufigste Zielort Mallorca.

Quelle:

Deutschlandfunk.de

Antrag U09: Klimaneutral & simpel europäisches Buchungssystem für Bahnreisen

Antragsteller*in:	Jusos Nienburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Forderungen:
- 2 • Ein von der Europäischen Union verwaltetes Buchungssystem für Bahnreisen in der
- 3 Europäischen Union
- 4 • Marktfähige Preise für Bahnreisen in der EU

Begründung

Bahnreisen in Europa mit dem Fern- und Nachtverkehr sollen zur klimaneutralen Alternativen zum Flugzeug werden. Unsere Infrastruktur ist dieser Aufgabe schon seit Jahren gewachsen. Die Anzahl an Schnellfahrstrecken wächst seit dem Jahr 1981 stetig. Eine Buchung von einer länderübergreifenden Bahnreise ist nicht ohne mehrere Fahrkarten möglich. Jedes Bahnunternehmen hat seine eigenen Preise und Konditionen, dieses „Ticket-Chaos“ sorgt für eine unnötig komplizierte Buchung. Die Verbraucher*innen tragen bei der Buchung von mehreren Fahrkarten selbst die Verantwortung, wenn Anschlusszüge nicht erreicht werden können. Dies machte Reisen über längere Strecken in der EU unattraktiv. Das Interrail-Ticket ist im Moment die einzige flexible Alternative zu diesem „Ticket-Chaos“. Ein Interrail Ticket beginnt bei ca. 300 €. Dieser Preis ist im Vergleich zum Flugzeug nicht konkurrenzfähig. Preise für Billigflieger beginnen bei annähernd 10 €.

Ein von der EU betriebenes Buchungssystem würde hier Abhilfe schaffen. Ein in der ganzen EU betriebenes Tarifsystem mit einheitlichen Preisen und Konditionen macht Bahnreisen in Europa einfacher und attraktiver. Viele Verkehrsexpert*innen fordern schon seit Längerem ein einheitliches Buchungssystem für Bahnreisen in der EU. Staats- sowie Privatbahnen müssen sich in das Tarif- und Buchungssystem integrieren, so wird vorgebeugt, dass es Strecken gibt, die nicht mit dem Buchungssystem gebucht werden können. Dieses einheitliche Tarifsystem sorgt für die einfachste Buchung einer Bahnreise in der EU. Die Buchung sollte im Internet, an den Schaltern der Bahnen und an Automaten möglich sein, so können auch Menschen ohne Internetzugang diese Erleichterung nutzen, schließlich waren laut dem Statistischen Bundesamt 3.8 Millionen Bürger*innen noch nie im Internet. Viele Bürger*innen sind bereit, anstatt dem Flugzeug den Zug zu nutzen. Wenn die Bahnunternehmen aufgrund ihrer hohen Preise und unübersichtlichen Tarife die Buchung zu einem Abenteuer machen, nehmen die Verbraucher*innen doch lieber den Billigflieger und fördern so eine klimaschädliche Branche, die das Arbeitsrecht mit Füßen tritt. Ein einheitliches Buchungssystem ist ein Schritt in Richtung klimaneutraler Mobilität.

Umsetzung:

Die Kosten für Bahnunternehmen sind hoch. Man kann die Kosten einer Bahnreise durch Europa nicht von 10 € decken. Als Lösung ist hier eine Subventionierung vorgesehen. Es soll einen von der EU verwalteten Subventionstopf geben. Einzahler sind die Nationalstaaten zu Anteil ihrer Schienenkilometer. Bsp.: Deutschland 14%. Zudem sollen Anteile aus dem EU-Haushalt gezahlt werden. Die Eisenbahnunternehmen sollen über eine EU-Richtlinie dazu verpflichtet werden, an dem „Europa Tarif“ teilzunehmen. Die Eisenbahnunternehmen (privat und staatlich) werden für ihren Aufwand aus dem EU-Topf entschädigt. Der Verbraucherpreis soll zwischen Kaufdatum und Abfahrt variieren. (je früher man bucht, desto günstiger). Der Preis soll hier durch die Höhe der Subvention geregelt sein. Nationale Tarife sollen hier

durch nicht anpasst werden. Der Europa Tarif gilt lediglich für Grenzüberschreitende Reisen innerhalb der EU. Um die Attraktivität und Machbarkeit des Tarifs zu prüfen, ist eine Probezeit sinnvoll. Kann die Infrastruktur diese Aufgabe überhaupt leisten? Funktioniert so eine Finanzierung gut? Eine Probezeit ist zur Testung der Umstände gut, um danach den Tarif und die Finanzierung genauer auszuarbeiten

Antrag U10: Erleuchtung der Nicht-Beleuchtung!

Antragsteller*in:	Jusos Nienburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

- 1 Wir fordern:
- 2 • Eine Einschränkung von Leuchtreklame
- 3 • Das Verbot von eingeschalteter Leuchtreklame außerhalb der öffentlichen
- 4 Öffnungszeiten eines Unternehmens oder einer Organisation
- 5 • Ein Verbot von eingeschalteter Leuchtreklame vor Sonnenuntergang und nach
- 6 Sonnenaufgang
- 7 • Eine stärkere Verankerung von Lichtverschmutzung innerhalb des Bundes-
- 8 Immissionsschutzgesetzes.
- 9 Eine stärkere Verankerung von Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung innerhalb des
- 10 Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Begründung

Lichtverschmutzung ist ein Problem, das noch nicht weitgehend im Bundes-Immissionsschutzgesetzes erfasst ist. Daher gibt es auch keine einheitliche Regelung zur Verwendung von Leuchtreklame.

Das Verwenden von Leuchtreklame sorgt gerade in Städten für eine erhebliche Lichtverschmutzung. Das hat negative Auswirkungen auf Pflanzen, Tiere und den Menschen, denn durch das Licht kommt es zur Störung von Tag-Nacht-Zyklen. Bei Pflanzen kann es zu Wachstumsstörungen kommen, bei Tieren und Menschen kann sie zu Schlafstörungen führen. Des Weiteren sind einige nachtaktive Insektenarten in Deutschland aufgrund von Irritation durch Lichtverschmutzung ausgestorben oder vom Aussterben bedroht.

Zusätzlich bedeutet Leuchtreklame einen vermeidbaren Stromverbrauch.

Durch eine sinnvolle Regulierung von dieser kann somit Energie eingespart und auch die Verwendung von Ressourcen vermindert werden, was wiederum gut für kommende Generationen und das Klima ist.

Antrag V01: Perspektivisches Verbot von Inlandsflügen in Deutschland

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Wir fordern, dass Inlandsflüge, die mit ICE-Verbindungen in weniger als 5 Stunden zu
- 2 erreichen sind, umgehend zu verbieten. Zum Jahr 2030 sind alle deutschen Inlandsflüge
- 3 zu verbieten. In besonderen Ausnahmefällen sollen Inlandsflüge weiterhin erlaubt
- 4 bleiben; namentlich dann, wenn es sich um Organtransporte oder den Transport von
- 5 Blutkonserven handelt.
- 6 ÄÄ.: Ab Zeile 5 -> Letzten Satz aus der Begründung hoch ziehen und einfügen:
- 7 "Dabei ist die Infrastruktur für ICE-Verbindungen stark auszubauen und dem
- 8 Straßenausbau vorzuziehen."

Begründung

Der Verkehrssektor hat im Jahr 2021 bei den ausgestoßenen Treibhausgasemissionen in Deutschland einen Anteil von 19%. Verglichen zu anderen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall und Sonstiges) hat der Verkehrssektor zum Jahr 1990 die geringste prozentuale Verringerungsrate von Treibhausgasemissionen erreicht. Es wurden 2021 lediglich 9,4 % weniger Treibhausgase ausgestoßen als noch im Jahr 1990.

Um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen, ist es daher zwingend notwendig, dass die Treibhausgasemissionen in dem Verkehrssektor drastisch reduziert werden. Durch das besagte Inlandsflugverbot sind ehemalige Passagiere dazu gezwungen, auf die Bahn oder das Auto umzusteigen. Der Zugverkehr erhält dadurch einen erhöhten Zulauf und die Treibhausgasemissionen werden dadurch stark gesenkt, da Passagiere von einem stark umweltschädlichen Verkehrsmittel zu einem umweltschonenderen Verkehrsmittel umsteigen. Dabei ist die Infrastruktur für ICE-Verbindungen ist stark auszubauen und dem Straßenausbau vorzuziehen.

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/klimaschutz-im-verkehr#rolle>

Inhaltsverzeichnis

W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W01	Ernährung neu denken! Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	2
W02	Begrenzung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	9

Antrag W01: Ernährung neu denken!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

- 1 **Die Welt in der wir leben**
- 2 Die Inflation trifft nicht alle gleich. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
- 3 leiden besonders unter der hohen Inflation von zuletzt 7%. Bei Lebensmitteln beträgt
- 4 dieser Wert sogar 22%. Die Inflation im Lebensmittelbereich ist nun bereits für 40%
- 5 der allgemeinen Inflation verantwortlich. Für viele Menschen bedeutet das, dass sie
- 6 sich überlegen müssen, ob sie sich gesund ernähren oder heizen wollen. Oder sie haben
- 7 so wenig Geld, dass sie auf die Tafeln angewiesen sind, welche jetzt schon aus allen
- 8 Nähten platzen und mancherorts sogar schon einen Aufnahmestopp verhängen mussten. Das
- 9 kann für uns als Jungsozialist*innen nicht der richtige Weg sein!
- 10 Kurzfristig sind Forderungen, wie die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel abzuschaffen
- 11 unterstützenswert. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Konzerne die
- 12 Umsatzsteuersenkungen auch an die Verbraucher*Innen weitergeben und es nicht nur zu
- 13 einer Gewinnerhöhung der Konzerne führt.
- 14 Wir fordern daher in der kurzen Frist auch, dass kartellrechtlich härter gegen die
- 15 oligopolen Konzernstrukturen vorgegangen wird, mit denen einige Konzerne die
- 16 Inflation heute schon zur Preiserhöhung nutzen.
- 17 Nur was würde dadurch langfristiger passieren? Der Staat würde auf diese Steuern
- 18 verzichten, aber die Unternehmen und ihre Gewinne blieben konstant, denn die
- 19 Mehrwertsteuer ist eine Verbraucher*innensteuer, welche nur diese bezahlen müssen.
- 20 Dabei kann nicht ein Mal sinnvoll ermittelt werden, wie sich die Lebensmittelpreise
- 21 konkret zusammensetzen. Laut der Verbraucher*innenzentrale sind ein Teil der
- 22 Gewinnerhöhungen nämlich auch nicht auf gestiegene interne und externe Kosten
- 23 zurückzuführen, sondern es steht der Verdacht der Gewinnmaximierung im Raum.
- 24 Das kann längerfristig nicht unser Ziel sein zu hoffen. Denn Lebensmittel sind Teil
- 25 der Daseinsvorsorge, mit dem kein Profit gemacht werden und welche unter guten
- 26 Bedingungen produziert und verkauft werden sollten.
- 27 Neben der materiellen Perspektive dürfen wir nämlich auch nicht die Qualität der
- 28 angebotenen Lebensmittel vergessen. Denn diese sollten nicht nur günstig, sondern
- 29 auch nahrhaft sein, was oftmals nicht der Fall ist. Vielfach werden
- 30 Konservierungsstoffe, Aromen, billige Ersatzstoffe (Palmfett, etc.) und vieles mehr
- 31 eingesetzt, deren Zusammenwirken nicht genau untersucht ist und von denen manche
- 32 sogar unter Verdacht stehen, für Adipositas, Krebs, Diabetes Typ 2 oder andere
- 33 Zivilisationskrankheiten zu sorgen oder diese zu befördern. Es wird also de facto
- 34 Geld, welches bei billigen Lebensmitteln eingespart wird, wieder kollektiv für höhere
- 35 Gesundheitsausgaben fällig, da eine fehlerhafte Ernährung stattfindet.
- 36 Zugegeben, dabei handelt es sich oft um sogenannte "Fertiggerichte", aber dies darf
- 37 kein Grund sein, dass es über das normale Maß ungesund ist und auf Dauer krank machen
- 38 kann. Viele Menschen haben schlicht keine Zeit, um langwierig zu kochen, weil sie
- 39 beispielsweise neben dem Job sich auch noch um ihre familiäre Situation kümmern
- 40 müssen. Das muss so festgehalten werden. Und solange dies nicht verbessert wird, muss

41 an anderen Stellen angesetzt werden. Aber auch wenn hier nachgebessert werden würde,
42 ist es zudem eine Frage der Bequemlichkeit zu kochen, was dennoch kein Grund sein
43 sollte, zu potenziell krankmachenden Produkten greifen zu müssen .

44 Natürlich sind bestimmte Lebensmittel wie bspw. Süßwaren grundsätzlich als ungesund
45 einzuordnen, aber vielfach werden auch eigentlich „normale“ Lebensmittel mit Zucker
46 in den verschiedensten Zustände versetzt, oftmals sogar mehrfach in demselben
47 Produkt, was diese Lebensmittel deshalb noch ungesünder macht. Die mangelhafte
48 Regulation des Lebensmittelsektors nach dem Risikoprinzip in den USA, welche vielen
49 bekannt ist, sollte uns hier ein warnendes Beispiel sein, wohin es führt, wenn der
50 Staat bei der Ernährung wegschaut.

51

52 **Das neoliberale Dogma der “Eigenverantwortung”**

53 Wer kennt die Zeitungen, Artikel, Fernsehsendungen und Internetclips nicht? Du bist
54 alleine daran schuld, dass du dich ungesund ernährst und du solltest daran alleine
55 etwas ändern müssen. Dieser weit propagierte Ansatz, welcher schon seit der
56 Erfindung des individuellen CO₂-Fußabdrucks durch die Firma Shell im Bereich des
57 Umwelt- und Klimaschutzes von der Verantwortung großer Konzerne und Staaten ablenken
58 soll, gilt oftmals ebenso im Ernährungssektor. Betroffenen wird suggeriert, sie
59 müssten nur ihr eigenes Konsumverhalten ändern, um zivilisatorische Probleme zu
60 lösen. Schließlich bediene die Wirtschaft nur die Nachfrage. Dabei wird nicht nur
61 ignoriert, dass es oftmals gar keine richtige Alternative gibt. Wir lehnen das
62 Verschieben der Verantwortung für eine gesunde Ernährung auf das Individuum ab und
63 sehen Produzent*innen und die Politik mit ihrer Möglichkeit zu Maßgaben und
64 Richtlinien für Produkte im Handlungsfeld.

65

66 **Lebensmittel sind Teil der Daseinsvorsorge!**

67 Der Bereich der Ernährungswirtschaft, also die Produktion und der Handel, ist ein so
68 grundlegender Bereich des Lebens, denn alle Menschen müssen essen und trinken, dass
69 wir es dort für angebracht halten, diese Unternehmen zu vergesellschaften, zum
70 Beispiel im Sinne einer staatsfernen Anstalt des öffentlichen Rechts. Zumindest aber
71 sollte jedweder kapitalistische Verwertungs- und Profitlogik aus diesem Bereich
72 herausgehalten werden, da es in der Verwertungslogik des Kapitalismus darum geht,
73 Profite zu erwirtschaften und diese zu erhöhen, also zu wachsen. Das ist bei der
74 Ernährungswirtschaft ebenso. Dies geht dabei aber oft zu Lasten der Qualität der
75 Ernährung. Lebensmittel sollen, relativ gesehen, hohe Gewinnmargen hervorbringen und
76 die Qualität hat hinten anzustehen. Die sogenannten "Innovationen", die dabei
77 entstehen, dienen vor allem dazu, Produkte noch preiswerter in der Herstellung zu
78 gestalten, damit der Gewinn erhöht werden kann. Neue Produkte, die dann zusätzlich
79 auf diesen “Markt” kommen, dienen diesem Prinzip ebenso, werden uns aber verkauft,
80 als etwas, was wir schon immer benötigt haben. Ganz nach dem Prinzip des
81 Kapitalismus, uns Dinge hinterherzuwerfen, die wir eigentlich gar nicht brauchen ,
82 welche aber durch Konditionierung in der Werbung antrainiert werden.

83 Zudem hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass jeder Teilbereich der
84 Ernährungswirtschaft durch einen hohen Grad an Monopolisierung gekennzeichnet ist,
85 was zu einer oligopolistischen Marktsituation führt, welche im nächsten Teil näher

86 erläutert wird. Dies verzerrt den sogenannten “Markt” massiv und trägt in Krisen zu
87 einer noch höheren Inflation bei. Die allgemeine Studienlage zeigt sehr eindeutig,
88 dass die wenige Konzerne, die über breite Teile der Ernährung entscheiden, die
89 aktuelle Situation zum Teil ausnutzen, im Streben nach höherer Gewinnmaximierung.

90

91 **Landwirtschaft**

92 Landwirtschaftliche Betriebe blieben dabei von der Sozialisation der
93 Ernährungswirtschaft in unserem Verständnis unberührt, da diese im Bereich der
94 Ernährungswirtschaft nicht durch einen oligopolistischen Markt ausgezeichnet sind.
95 Viele landwirtschaftliche Betriebe haben aber viele andere Probleme Stichworte wie
96 Pestizide, Nitratbelastung, Biodiversität oder die Situation der Erntehelfer*innen
97 sind nur einige davon.

98 Nicht nur erst seit Corona haben Erntehelfer*innen einen schweren Stand. Sie sind
99 oftmals mit mehreren schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Sie erhalten oft
100 niedrige Löhne, die nicht dem Mindestlohn entsprechen. Dies führt zu finanzieller
101 Unsicherheit und geringem Einkommen. Außerdem haben sie keine festen Arbeitsverträge
102 und sind daher von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen abhängig. Dies macht
103 ihre Arbeitsbedingungen unsicher und instabil. In der Landwirtschaft werden oft lange
104 Arbeitszeiten verlangt, insbesondere während der Erntezeit. Erntehelfer*innen müssen
105 oft Überstunden leisten, um die Arbeitsanforderungen zu erfüllen. Außerdem haben sie
106 häufig Schwierigkeiten, angemessenen Wohnraum zu finden. Oft werden sie in
107 Massenunterkünften oder beengten Wohnverhältnissen untergebracht, die nicht den
108 Standards für menschenwürdige Unterkünfte entsprechen. Zudem kommen sie oft aus dem
109 Ausland und haben möglicherweise Schwierigkeiten mit der Sprache und der Anpassung an
110 die kulturellen Gegebenheiten in Deutschland. Dies kann zu Kommunikationsproblemen
111 und sozialer Isolation führen, wodurch es auch erschwert wird, dass sie ihre Rechte
112 wahrnehmen können und was in vielen Fällen zu Ausbeutung führt.

113 Die Landwirtschaft verursacht 12% der deutschen Treibhausgase. Also ist sie nicht nur
114 Opfer der Klimakrise, sondern treibt sie auch an. Weltweit ist sie sogar für 30% der
115 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die intensive Nutzung und Überdüngung von
116 Böden, die Massentierhaltung und die großflächige Umwandlung naturbelassener
117 Ökosysteme wie Wälder und Moore führen zu immer mehr klimaschädlichen Gasen wie
118 Methan und CO₂. Durch Anbauflächen für Soja als Tierfutter und Rinderweiden, für die
119 naturnahe Flächen umgenutzt werden, wird das Klima stark beeinflusst. Für die 4,5
120 Millionen Tonnen Sojaschrot, die wir jährlich importieren, beansprucht Deutschland
121 knapp 3 Millionen Hektar Fläche im Ausland. Viele Flächen in Deutschland sind durch
122 die massive Überdüngung zudem stark mit Nitrat verunreinigt, was sich sogar schon im
123 Trinkwasser nachweisen lässt. Wenn die Belastung nicht weniger wird, dann könnten
124 sich die Kosten noch mehr auf den Trinkwasserpreis niederschlagen, wie eine Analyse
125 der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
126 (DIW Berlin) zeigt.

127 Durch Pestizideinsatz wird zudem die Biodiversität massiv geschädigt. Denn viele
128 Pestizide sind nicht nur für sogenannte “Schädlinge” tödlich, sondern auch für viele
129 andere Tierarten, die entscheidend für das Fortbestehen des Ökosystems und somit der
130 Landwirtschaft an sich sind. In den letzten knapp 30 Jahren sind die Insektenbestände
131 um 75% zurückgegangen. Einer der Hauptgründe dafür ist eben der großflächige Einsatz

132 von Pestiziden und Herbiziden.

133 Deshalb fordern wir:

- 134 • Förderung von genoss*innenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben EU-weit
- 135 • Förderung eines nach den Nachhaltigkeitskriterien orientiertes
- 136 Landwirtschaftssystem ohne Wachstumszwang EU-weit
- 137 • Konsequente Umsetzung der europäischen Nitrat-Richtlinie
- 138 • Einführung umfassender Meldepflichten und Kontrollen für die Düngung
- 139 • Lebensmittelpreise müssen Produktionskosten decken
- 140 • positiver Beitrag ökologisch produzierender Landwirt*innen muss mehr
- 141 gesellschaftliche Anerkennung erfahren und auch ökonomisch wertgeschätzt werden
- 142 • Die Festlegung eines angemessenen, branchenspezifischen Mindestlohns für
- 143 Erntehelfer*innen
- 144 • Dass Erntehelfer*innen feste Arbeitsverträge erhalten und ihre
- 145 Arbeitsbedingungen sicher und stabil sind.
- 146 • Die Festlegung von Grenzen für die Arbeitszeit der Erntehelfer*innen
- 147 • Es sollte dafür gesorgt werden, dass Erntehelfer*innen Zugang zu
- 148 menschenwürdiger Unterkunft haben, die den Standards für Wohnqualität
- 149 entspricht.
- 150 • Dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um Erntehelfer*innen beim Erlernen der
- 151 Sprache und bei der Integration zu unterstützen.
- 152 • Effektive Mechanismen zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung, unfairen
- 153 Arbeitspraktiken und Menschenhandel einzuführen.
- 154 • Erntehelfer*innen sollten EU-weit Zugang zu Sozialleistungen wie
- 155 Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosengeld haben.
- 156 • Erntehelfer*innen sollten besser über ihre Rechte informiert werden und Zugang zu
- 157 Unterstützungsdiensten haben.

158

159 Dies hat auch viel mit den Saatguthersteller*innen zutun. Dort haben wenige
160 Unternehmen durch ihre Patente auf Saatgut eine große Marktmacht. Durch eine Anfrage
161 im EU Parlament aus dem Jahr 2014 hat sich ergeben, dass die 5 größten
162 Saatguthersteller*innen 95% des gesamten Gemüsesaatgutmarktes kontrollieren. Alleine
163 Monsanto (2018 vom deutschen Agrochemie-Riesen "Bayer" übernommen) 25% des
164 Gemüsesaatgutmarktes in der EU. Laut dem UN-Bericht über globale Landwirtschaft
165 (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for
166 Development, IAAST) schafft die Konzentration auf dem Saatgutmarkt folgende Probleme:
167 Eine begrenzte Anzahl von Lieferant*innen führt zu einer Konzentration in Forschung
168 und Entwicklung auf eine stark begrenzte Anzahl von Saatgutsorten. Diese
169 Konzentration erschwert den Markteintritt neuer Unternehmen und der Zusammenschluss
170 hat wettbewerbswidrige Auswirkungen, die zu einem massiven Anstieg der Saatgutpreise
171 führen können. In dem Bericht "Too Big to Feed" vom Oktober 2017, betont eine
172 internationale Expert*innengruppe, dass die Konsolidierung der Saatgutindustrie die
173 Landwirt*innen zunehmend von einer handvoll Lieferant*innen abhängig gemacht hat und
174 ihre Fähigkeit untergraben hat, selber entscheiden zu können, was, wie und für wen

175 sie anbauen wollen. Diese Konzentration verstärkt auch die Tendenz der Industrie, die
176 Forschung auf eine begrenzte Anzahl kommerziell rentabler Arten und Sorten zu
177 beschränken. Derzeit konzentrieren sich beispielsweise 40 % der Forschungsmittel des
178 privaten Sektors auf die Pflanze Mais. Nach Angaben der Ernährungs- und
179 Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen wurde die landwirtschaftliche
180 Biodiversität zwischen 1900 und 2000 um 75% reduziert. Drei Viertel unserer Nahrung
181 beziehen wir von nur 12 Pflanzenarten und fünf Tierarten. Die landwirtschaftliche
182 Biodiversität ist jedoch die Grundlage für die Ernährungssicherheit. Die Industrie
183 hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Landwirt*innen zu ermutigen, keine
184 neuen Sorten mehr zu züchten. Zuerst mit Hybridsaatgut, dann mit Patenten auf
185 Saatgut, was sie dazu zwingt, immer wieder Saatgut kaufen zu müssen, anstelle eigenes
186 zu benutzen durch Überbleibsel der letzten Ernte.

187 Deshalb fordern wir:

- 188 • Patente auf Saatgut müssen grundsätzlich verboten werden und bestehende Patente
189 aufgehoben werden
- 190 • Förderung einer Diversifizierung des Saatgutes auf mehr Pflanzenarten
- 191 • Die fünf marktstärksten Agrochemie-Konzerne zerschlagen und das Wettbewerbsrecht
192 verschärfen

193

194 **Die Ernährungsindustrie**

195 Vordergründig sind auf diesem „Markt“ viele verschiedene kleine und mittelständische
196 Betriebe vorhanden. Diese aber wiederum liefern den bekannten großen Herstellern zu,
197 sie dienen also nur als „Dienstleister*innen“. Wie zum Beispiel die Firma Tönnies,
198 welche eine Zulieferfirma für viele verschiedene Hersteller ist.

199 In der Ernährungsindustrie sind die Arbeitsbedingungen, unter denen Produkte von
200 Zulieferern hergestellt werden, oftmals problematisch. Es häufen sich Berichte der
201 Mitarbeiter*innen über lange Arbeitszeiten, hohe körperliche Belastung,
202 unzureichenden Arbeitsschutz und mangelnde Pausen- und Ruhezeiten. Auch der
203 Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit, um Kosten zu senken und soziale
204 Verantwortung zu umgehen, zählen industriell zur herkömmlichen Praxis. Der medial
205 bekannte Fall um den Fleischhersteller Tönnies im Jahre 2021 rückte diese
206 Problematiken wieder in den Fokus.

207 Das alles bedeutet, selbst bei Eigenmarken von Discountern und Supermärkten
208 produzieren bekannte Markenhersteller oftmals mit. Ihre „Marktmacht“ einzuschätzen
209 ist aufgrund der undurchsichtigen Unternehmensstrukturen oftmals nicht so einfach,
210 aber laut eines Papers der NGO „IPES FOOD“ aus dem Jahr 2017 mit dem Titel „TOO BIG
211 TO FEED - Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of
212 power in the agri-food sector“ generieren die Zehn größten Unternehmen oder
213 Korporationen alleine 90% des gesamten Umsatzes weltweit gesehen, weshalb man dort
214 von einem oligopolistischen Gebilde sprechen kann und sollte. Wenn wir von den zehn
215 größten sprechen, sind hier gemeint: Nestlé, Unilever, Coca-Cola, Danone, PepsiCo,
216 Kellogg's, Associated British Foods, Mondelez, Mars, General Mills und die Kraft
217 Heinz Company, sowie ihre jeweiligen Tochter-, Unterfirmen sowie Zulieferer. Diese
218 „Marktstruktur“ lässt sich dann aber auch auf ein so globalisiertes Land wie die

219 Bundesrepublik Deutschland übertragen. Deshalb besteht immer die Gefahr vor illegalen
220 Preisabsprachen, Preisdruck auf Zulieferfirmen und Wettbewerber*innen, welchem sie
221 nicht standhalten können und einem großen politischen Gewicht der Unternehmen,
222 welches schädlich für das demokratische Gemeinwesen ist.

223 Deshalb fordern wir:

- 224 • alle Unternehmen, welche direkt oder indirekt, als Zulieferfirma etc., (mit mehr
225 als einem Prozent) auf diesem "Markt" vertreten sind, im Sinne des Umsatzes,
226 vergesellschaftet werden sollten (Denn ab einem Prozent kann man von einer
227 Einflussnahme auf den „Markt“ sprechen, aber kleine "Krämerläden" blieben davon
228 unberührt)
- 229 • Das sichergestellt werden muss, dass die Angestellten faire und angemessene
230 Löhne erhalten, die den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.
- 231 • Das Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern (Pausen-
232 und Ruhezeiten, ausreichender Arbeitsschutz, Schulungen zur Vermeidung von
233 Verletzungen und Minimierung von gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz)
- 234 • dass sichergestellt ist, dass die Mitarbeiter*innen angemessene und
235 menschenwürdige Unterkünfte erhalten.
- 236 • Werkverträge sollten branchenübergreifend abgeschafft und Leiharbeit auf ein
237 Minimum eingeschränkt werden.
- 238 • das Maßnahmen ergriffen werden sollten zur Förderung von Gesundheit und
239 Sicherheit am Arbeitsplatz (z.B Schulungen zur Vermeidung von Verletzungen und
240 zur Förderung des Wohlbefindens)

241

242 **Der Lebensmitteleinzelhandel**

243 Der Lebensmitteleinzelhandel zeichnet sich, wie die Ernährungsindustrie, durch einen
244 oligopolistischen "Markt" aus. Durch diese Stellung der einzelnen Unternehmen,
245 Korporationen und Gruppen haben diese eine besondere "Marktmacht", was bedeutet, dass
246 sie kleinere Akteur*innen unter Druck setzen können, Preise für Zuliefer*innen de
247 facto diktieren und Preisabsprachen und Kartelle wahrscheinlicher werden. Diese
248 Unternehmen haben einen "Marktanteil" von ca. 85% und das alleine nur bei den vier
249 größten Gruppen. Insgesamt sind zu 99% nur 10 Unternehmen vertreten, was dazu geführt
250 hat, dass diese Unternehmen sich den Markt aufgeteilt haben.

251 Bei der Rewe Group und der Edeka Gruppe gestaltet sich die Verstaatlichung aber noch
252 einmal etwas komplizierter. Denn diesen Unternehmen gehören nicht alle Standorte
253 selbst. Denn einige von ihnen gehören Einzelpersonen beziehungsweise werden sie
254 familiär betrieben. Es handelt sich also um ein "Franchise Modell". Auf diese
255 Problematik einzugehen, bedeutet aber nicht, dass mit diesen Einzelpersonen anders
256 "umgegangen" werden sollte als mit den sonstigen Unternehmen im
257 Lebensmitteleinzelhandel. Auch diese Märkte gehören zur Daseinsvorsorge und sollten
258 ebenfalls in die Hand des Staates überführt werden. Zudem stehen vor allem diese
259 Unternehmen aufgrund der hohen Energiepreise deutlich mehr in der Bredouille als die
260 anderen (hierarchisch gestalteteren) Unternehmen.

261 Deshalb fordern wir:

- 262 • Das auf dem deutschen Markt alle Konglomerate und Unternehmensgruppen, welche zu

263 mehr als einem Prozent auf dem "Markt" vertreten sind vergesellschaftet werden
264 sollten (Ausgenommen davon sind hier Unternehmen, welche nur zu einem kleinen
265 Teil Lebensmittel & Getränke verkaufen, sondern vor Drogerieartikel.)

266

267 **Wir müssen die Besitzfrage stellen**

268 Die Sozialisation sollte im Rahmen des Art. 15 GG mit Bezug auf Art. 14 GG bezüglich
269 der Entschädigungsforderungen vonstatten gehen. Wie hoch diese
270 Entschädigungsforderungen am Ende sein werden, das kann hier abschließend nicht
271 geklärt werden und wird gerichtlich verhandelt werden müssen. Ein zu diskutierendes
272 Modell der Vergesellschaftung kann potentiell die Überführung in eine Anstalt des
273 öffentlichen Rechts sein. Dabei muss aber das Verhältnis zwischen Zentralisierungen
274 und Differenzierung bei der Produktion und des Handels in der Ernährungswirtschaft
275 geprüft und ausgehandelt werden. Wichtig ist bei jeder Form der Vergesellschaftung
276 die Staatsferne und demokratische Mitbestimmung innerhalb der Ernährungswirtschaft zu
277 gewährleisten. Verschiedene Modelle zur Umsetzung der Vergesellschaftung können
278 diskutiert werden. Wichtig ist aber: Wir müssen endlich die Besitzfrage stellen! Die
279 Lebensmittelwirtschaft gehört nicht in Privatbesitz!

Antrag W02: Begrenzung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

- 1 Wir fordern eine lückenlose Transparenzpflicht für Nebentätigkeiten und
- 2 Nebenverdienste der Abgeordneten, sowie das Verbot von Nebentätigkeiten die einen
- 3 größeren zeitlichen Umfang erfordern, sodass das Mandat nicht mehr uneingeschränkt
- 4 ausgeübt werden kann. Hierbei sollte der Grundsatz gelten, dass alle vorherigen
- 5 Geschäftsaktivitäten während der Zeit des Mandates ruhen müssen.
- 6 ~~Abzug großer Nebenverdienste vom Abgeordnetengehalt, damit so insbesondere~~
- 7 ~~hochbezahlte Nebentätigkeiten und Parteispenden vermieden werden.~~ Wichtig ist
- 8 hierbei, dass nur der Verdienst von einmaligen Kleinstbeträgen nicht anzuzeigen ist,
- 9 alles andere aber im besten Fall automatisiert zu erfassen und der Öffentlichkeit/dem
- 10 Staat (als Arbeitgeber) mitzuteilen ist.
- 11 Ebenfalls wäre ein direktes Verbot der Annahme von Geldgeschenken und jeglicher
- 12 Handlungen für verschiedene Firmen und anderen Personengruppen sinnvoll.
- 13 Selbstverständlich gilt die Beschränkung der Tätigkeiten nur, sofern diese nicht
- 14 durch das politische Amt erforderlich sind. Hierfür wäre eine Sanktionsliste, wie
- 15 beispielsweise im Finanzdienstleistungsbereich denkbar, nach der demokratiefeindliche
- 16 Institutionen wenig, bis gar keinen Einfluss mehr auf unsere Politik nehmen können.

Begründung

Eine der größten Bedrohungen für moderne Demokratien ist der fortschreitende Einfluss von Geldgebern auf die Politik, so dürfen Firmen an Gesetzen mitarbeiten, die sie selbst betreffen, was durchaus sinnvoll ist, da man in vielen Situationen auf das Wissen von Firmenvertretern angewiesen ist. Jedoch ist eindeutig zu viel Einflussmaßnahme möglich, wenn zudem Politiker eingekauft werden können, die dann vorwiegend im Interesse gewisser Firmen handeln können und so Firmen nicht nur an sie selbst regulierenden Gesetzen mitarbeiten können, sondern diese gleich gänzlich im Firmeninteresse geschrieben werden.

Ziel dieses Antrags ist die Vermeidung einer Vielzahl von Interessenkonflikten und Einflussnahmen (im Rahmen von Lobbyismus) auf die Abgeordneten unseres Bundes- und unserer Länderparlamente. Denn wer als Politiker eine Nebentätigkeit größeren Umfangs und/oder größerer Bezahlung annimmt, verfolgt offensichtlich nicht mehr das Interesse hauptsächlich sein Amt auszuüben und verfolgt somit zwangsweise weniger das Ziel seiner Wähler und verfehlt in speziellen Fällen auch den Auftrag seines Amtes. Denn für persönliche Bereicherung wird keiner unserer Politiker gewählt.

Wer Abgeordneter eines Bundes- oder Landesparlaments ist, verdient durch seine Diät in diesem Land mehr als genug, um ein komfortables Leben zu führen und seine dadurch gegebenenfalls gesteigerten Ausgaben zu decken. Eine stärkere Transparenzpflicht und Beschränkung von Nebentätigkeiten sowie der Annahme von Parteispenden kann dazu führen, dass Einflussnahme auf unsere Parlamente und Politiker unterbunden oder mindestens erschwert wird. Ebenfalls wichtig ist, dass das Amt eine Vollzeittätigkeit ist, die großes Engagement vom Abgeordneten verlangt und auch so von den Würdenträgern ausgeübt werden muss, um nicht der Glaubhaftigkeit unserer Demokratie zu schaden. Denn vergangene Interessenskonflikte haben gezeigt, dass durch reine Geldinteresse unsere Demokratie gerne mal untergraben wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass so gut wie jedem Arbeitnehmer aus egal welcher Branche dem Arbeitgeber Nebentätigkeiten genau anzuzeigen und vom Arbeitgeber zu bestätigen sind und dieser auch das Recht hat diese zu untersagen. Dadurch kommt die Frage auf, wieso denn der Staat bisher kaum Einfluss auf die Nebentätigkeiten der Abgeordneten nimmt und beispielsweise nur Nebentätigkeiten, die einen eindeutigen Interessenkonflikt zur politischen Tätigkeit darstellen, untersagt werden.

Ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie ist die Vermeidung von Korruption seiner Würdenträger. Diese ist jedoch insbesondere durch die zurzeit zulässigen Nebentätigkeiten und -einnahmen von Politikern (wenig Anzeigepflichten und auch erst ab sehr hohen Geldbeträgen) in vielen Fällen kaum zu verhindern und erst im Nachhinein aufdeckbar. So beispielsweise auch insbesondere in den Krisensituationen der letzten Jahre.

Ein viel größeres Problem mangelnder Regulierung stellt aber die mögliche Einflussmaßnahme ausländischer Interessengruppen dar. So können auch demokratiefeindliche Länder, wie beispielsweise Katar und Russland mittels der zurzeit gegebenen Möglichkeiten Lobbyismus zu betreiben Einfluss auf unsere Politiker zu nehmen. Dies stellt in weitere Zukunft gedacht ein ernst zu nehmendes Problem dar, weil diese Länder offensichtlich Interessen verfolgen, die nicht den Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes entsprechen.

Inhaltsverzeichnis

INI - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
INI01	Keine 5 jährige Legislatur Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	2
INI02	Mindestlohn für Menschen mit Behinderung Jusos Region Hannover <i>angenommen</i>	4
INI03	Ein Strafrecht das alle schützt – Ein jungsozialistischer Aufschlag Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	5
INI04	Die Abschaffung der Menschenrechte in der EU ein historischer Erfolg? Nein zu GEAS und der Haltung der SPD Parteispitze Jusos Göttingen <i>angenommen</i>	9

Antrag INI01: Keine 5 jährige Legislatur

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

- 1 • Das Wahlalter bei Bundestagswahlen auf 16 Jahren zu senken
- 2 • Demokratische Partizipationsmöglichkeiten sollen ausgebaut werden
- 3 • Die Bundestagswahl soll weiterhin alle vier Jahre stattfinden.

Begründung

Wir Jusos stehen wir für eine dauerhafte und aktive Beteiligung aller Bürger*innen ein. Wir setzen uns für den Parlamentarismus ein und sorgen durch unsere Bildungsarbeit für ein starkes Interesse an den Diskussionen in unserer Demokratie. Das höchste Gut in einer Demokratie ist das Wahlrecht, von welchem, mit Ausnahme der letzten Bundestagswahl, immer weniger Gebrauch machen. Das schadet uns allen.

Deswegen setzen sich Jusos und SPD für Bürger*innenräte und auch das Wahlrecht ab 16 ein, um mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, an unserer Demokratie zu partizipieren. Nur wenn sich an der Demokratie beteiligt wird, kann sie leben. Die Demokratie sind wir alle. Der Vorschlag der Wahlrechtskommission die Wahlen alle 5 Jahre stattfinden zu lassen, irritiert uns. Begründet wird das Mitgehen mit dem Vorschlag mit einer gesteigerten Arbeitsfähigkeit, da es weniger Druck durch bestehende Wahlen gäbe.

Dieser Argumentation können wir nicht folgen und warnen ausdrücklich davor. In der Bundesrepublik wählen wir anders als in anderen Ländern unsere Landesparlamente immer zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Nahezu jedes Jahr findet eine und/oder mehrere Wahlen statt. Es ist außerdem sehr gut, dass nicht alle Wahlen am gleichen Tag stattfinden. Wie wir auch bei der für uns gut gelaufenen Bremer Bürgerschaftswahl sehen können, reisen Spitzenpolitiker*innen jeder Partei zum jeweiligen Bundesland und unterstützen ihre Parteimitglieder dort kräftig. In dieser Zeit sind sie demnach nicht in Berlin oder den Landeshauptstädten. Außerdem möchten wir zu bedenken geben, dass eine gesteigerte Arbeitsfähigkeit keinesfalls sicher ist. Folgt man dem Vorschlag, würden Gesetze im vierten Jahr der Legislatur wohl vielleicht noch im Fünften beendet werden, allerdings ruht das Parlament dort nicht und arbeitet selbstverständlich weiter.

Die Folge: Gesetzesinitiativen bleiben ebenfalls auf der Strecke. Also genau das, was hier versucht wird zu beheben. Dementsprechend wäre der vorgebrachte Vorteil negiert, da dann genau der selbe Effekt, wie jetzt auch schon eintritt.

Demokratie ist unser höchstes Gut. Viele Bürger*innen beschäftigen sich insbesondere zu Wahlen mit den einzelnen Parteien und ihren Wahlprogrammen. Es ist außerdem dringend notwendig die Partizipationsformen auszubauen, zu stärken und fester zu verankern.

Wir stehen fest zum Wahlrecht mit 16 auf allen Ebenen. Von EU, über Land und Kommunen bis zum Bund. Dafür steht auch die SPD. Doch mit einer Verlängerung der Wahlperiode konterkarieren wir gerade dies. Denn durch die Verlängerung der Legislatur würden wir gleichzeitig die Dauer erhöhen, bis jemand das erste mal zur einer Wahl gehen kann.

Erstwähler*innen sollten so früh wie möglich zur Wahl gebracht werden müssen, denn wer jung das erste Mal wählt, ist weniger anfällig später Nichtwähler*in zu werden.

Antrag INI02: Mindestlohn für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in: Jusos Region Hannover

Sachgebiet: INI - Initiativanträge

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass Menschen mit Behinderung auch in
- 2 Werkstätten für behinderte Menschen einen generellen Anspruch auf den Mindestlohn
- 3 bekommen.
- 4 Gleichzeitig sehen wir Werkstätten kritisch. Sie sind exklusiv und nicht inklusiv.
- 5 Unternehmen stehen in der Verantwortung Strukturen zu schaffen, dass alle Menschen
- 6 auf dem regulären Arbeitsmarkt optimale Bedingungen vorfinden. Sogenannte
- 7 "Behindertenwerkstätten", in denen dort tätige Menschen oftmals in Vollzeit arbeiten,
- 8 erhalten in der Regel einen menschenunwürdigen Lohn. Menschen mit Behinderung haben
- 9 einen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und eine würdevolle Entlohnung, deshalb
- 10 fordern wir einen Anspruch auf Mindestlohn für alle Menschen! Schließlich wurde der
- 11 Mindestlohn eingeführt, um die Arbeit aller Menschen wertzuschätzen. Und trotzdem
- 12 werden etwa 320.000 Beschäftigte in Werkstätten nicht nach Mindestlohn-Standard
- 13 bezahlt. Das muss sich ändern und wir brauchen einen inklusiven Arbeitsmarkt und eine
- 14 massive Entbürokratisierung bei Teilhabeleistungen!

Begründung

Der Mindestlohn wurde eingeführt, um die Arbeit aller Menschen wertzuschätzen. Dennoch werden in unserer Gesellschaft 320.000 Beschäftigte (Stand 2021, BAG WfbM) in Behindertenwerkstätten nicht nach Mindestlohn-Standard bezahlt. Ihre Arbeit wird als minderwertig abgetan. Wir sagen: Diese Behandlung ist menschenunwürdig und nach Art. 3 Abs. 3 GG verfassungswidrig.

Antrag INI03: Ein Strafrecht das alle schützt – Ein jungsozialistischer Aufschlag

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

1 In der Vergangenheit gab es bereits vermehrt Versuche, sich dem Thema Strafrecht aus
2 einer vor allem feministischen Perspektive anzunehmen. Überwiegend richten sich die
3 Forderungen auf konkrete fallbezogene Gesetzesänderungen, um so beispielsweise Cat
4 Calling und Stealthing konsequenter zu bestrafen und die Rechte betroffener Personen
5 konsequenter zu schützen. Unserem Selbstverständnis nach hört die Debatte aber nicht
6 bei diesen konkreten Fallbeispielen auf, sondern muss konsequent weitergedacht und
7 geführt werden, um so zu einem Strafrecht zu kommen, welches unserem
8 jungsozialistischen Gerechtigkeitsverständnis in Gänze entspricht.

9

10 **Strafe – Muss das wirklich sein?**

11 Aufgrund immer wieder aufflammender gesellschaftlicher Debatten, muss es unsere
12 Aufgabe sein, immer wieder kritisch zu hinterfragen, wie, wieso und wann wir strafen
13 wollen. Gerade die Gründe und verfolgten Ziele von Strafen spielen dabei eine
14 zentrale Rolle. In der Rechtsethik werden zur Begründung von Strafen vor allem drei
15 Ansätze vertreten. Nach diesen dienen Strafgesetze dazu, der betroffenen Person eine
16 gewisse Genugtuung für das Erlittene zukommen zu lassen, potentielle Täter*in
17 abzuschrecken beziehungsweise durch den Strafvollzug zu resozialisieren und der
18 Gesellschaft zu zeigen, was Unrecht ist und dadurch eine Solidarisierung mit der
19 betroffenen Person zu erzielen und den*die Täter*in auszustoßen.

20 Schaut man jedoch in die Realität, wird einem schnell klar, dass diese Ansätze nur
21 selten zur Vollendung kommen, sondern im Gegenteil eher leer laufen, wenn nicht sogar
22 kontraproduktiv ihrem eigentlichen Ziel entgegenwirken. So empfinden Betroffene
23 Strafprozesse als retraumatisierend und entwürdigend, höhere Strafraumen führen zu
24 keinem erkennbaren Rückgang in der Kriminalstatistik und vollzogene Strafen zu keiner
25 Resozialisierung, sondern eher zu einer noch stärkeren Ausgrenzung und die
26 Gesellschaft bildet sich gerade bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung
27 viel zu oft ein eigenes Urteil. So müssen sich Betroffene selbst nach einer
28 Verurteilung des*der Täter*in Fragen gefallen lassen, ob sie durch ein Vorverhalten
29 nicht doch eine gewisse Mitschuld tragen. Sicherlich treffen diese Punkte nicht auf
30 jeden Fall zu, jedoch muss uns bewusst sein, dass eben diese Beispiele alltägliche
31 Realität betroffener Personen sind. Die Gründe, aus denen wir strafen und die
32 Umstände, wie wir strafen, müssen deshalb weiterhin kritisch betrachtet und
33 eingeordnet werden. Wir dürfen niemals Teil des Chors werden, der nach tragischen
34 Fällen systematischer Gewalt zu zusammenhanglosen Straferhöhungen aufruft.

35 Ebenfalls muss für uns weiterhin klar bleiben, dass eine Aufteilung in die „bösen“
36 Täter*innen und den „guten“ Rest Unsinn ist. Eine solche hilft uns nur dabei, zu
37 verdrängen, dass wir in Machtverhältnisse verstrickt sind, da das gesellschaftliche
38 Gewebe uns alle hervorbringt und wir daran permanent mitweben. An jeder Tat hat die
39 Gesellschaft mitgewirkt. Strafe in ihrer aktuellen Form verkennt diese Problematik zu
40 oft in Gänze und dient schlussendlich nur der Aufrechterhaltung eben dieser

41 Machtverhältnisse. Sie ist in ihrer aktuellen Form kein Mittel für echte
42 emanzipatorische Veränderung. Strafe muss deshalb vielmehr die Entschädigung, die
43 Versöhnung und Wiedergutmachung zwischen der betroffenen Person und dem*der Täter*in
44 in den Mittelpunkt stellen als Rache, Sühne und Wegsperrern und Vergessen des*der
45 Täter*innen.

46 Vor diesem Hintergrund muss uns stets bewusst bleiben, dass eine Anpassung von
47 aktuellen Strafnormen lediglich eine Einforderung der Gleichbehandlung gegenüber
48 anderen Strafgesetzen sein kann und nie die endgültige Lösung darstellt.

49

50 **Strafprozesse sicher gestalten**

51 Gerade mit Blick auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist der
52 Strafprozess für viele Betroffene ein Ort der Retraumatisierung und Demütigung. Nicht
53 nur müssen sie in Gegenwart des*der Täter*in anwesend sein, sondern auch oftmals in
54 einer öffentlichen Sitzung detaillierte Fragen über den Tathergang beantworten,
55 während der*die Täter*in sowie möglicherweise Angehörige und andere Interessierte
56 oder Schaulustige dem Prozess beiwohnen.

57 Ein solcher Vorgang wirkt sich bei vielen Betroffenen retraumatisierend aus und steht
58 einem psychologischen Heilungsprozess oft entgegen. Hinzu kommt die teils langwierige
59 Gestaltung von Strafprozessen, die es nicht selten erforderlich macht, das Gesagte
60 und Durchlebte vor der nächsten Instanz zu wiederholen, was erneut zu einer
61 Retraumatisierung führen kann. Angesichts der drohenden Strafe für den*die
62 mutmaßliche*n Täter*in scheint ein solches Vorgehen zwar erforderlich, um mögliche
63 Zweifel aus dem Weg zu räumen; für die betroffene Person ist es aber unzumutbar.

64 Der Strafprozess verkennt den Schutz Betroffener nicht nur im Rahmen von Prozessen zu
65 sexueller oder sexualisierter Gewalt, sondern auch bei rassistisch motivierten Taten.
66 Auch hier können in besonderem Maße retraumatisierende Folgen eintreten; hinzu kommt
67 allerdings auch eine besondere Gefährdungslage für Zeug*innen und Betroffene, da
68 diese bei öffentlicher Vernehmung oftmals Auskunft über den vollständigen Namen und
69 ihren Wohnort geben müssen, was angesichts der Organisiertheit von rassistischer
70 Gewalt eine Gefahr darstellen kann.

71 Vor diesem Hintergrund muss der Schutz Betroffener endlich eine angemessene Rolle im
72 Strafprozess spielen, bei prozessualen Entscheidungen ausreichend gewürdigt werden
73 und Betroffene müssen die Möglichkeit haben, durch extra fortgebildete Anwält*innen
74 rechtlich betreut zu werden.

75

76 **Deshalb fordern wir:**

77 - Einen Fachanwalt für Opferrecht, nach dem Vorbild anderer Fachanwaltstitel,
78 dessen Voraussetzungen einen ausreichenden rechtlichen Beistand für Betroffene
79 sicherstellen soll und für Anwält*innen einen Anreiz schafft, sich auf diesem Gebiet
80 fortzubilden

81 - Einen allgemeinen Teil vor der Strafprozessordnung, nach dem Vorbild der
82 Schweiz, welcher innerhalb allgemeiner strafprozessualer Grundlagen dem Opferschutz
83 ein hohes Gewicht beimisst

84 - Die Ausweitung von Möglichkeiten zur digitalen Vernehmung, um das Risiko der

- 85 Retraumatisierung Betroffener zu minimieren, sowie die Möglichkeit zum Schutz
86 Betroffener Verhandlungen aufzuzeichnen und späteren Instanzen zur Verfügung zu
87 stellen, um erneute Vernehmungen unter Umständen obsolet zu machen
- 88 - Keine allgemeine Aufzeichnungspflicht von Verhandlungen, wie zuletzt vom
89 Bundesjustizminister Marco Buschmann gefordert, um Betroffene so vor einer großen
90 Öffentlichkeit zu schützen. Eine Aufzeichnung darf nur auf Wunsch des*der Zeug*in
91 stattfinden unter Berücksichtigung des Schutzes der Person und unter Abwägung der
92 Pflicht zur umfassenden Beweiserhebung. Wie ausgeführt muss innerhalb dieser Abwägung
93 der Betroffenenenschutz stärkere Gewichtung finden.
- 94 - Ausweitung verpflichtender Sensibilisierungsangebote für die Justiz, um den
95 komplexen Thematiken gerecht zu werden und so Betroffene zu schützen und sensibler zu
96 begegnen
- 97 - Ausweitung bestehender Möglichkeiten zum Schutz von Zeugen vor
98 Einschüchterung

99

Strafbarkeitslücken schließen – Gleichheit im aktuellen Recht schaffen

- 100 Zentrale Aufgabe des Rechts muss es sein, gleiche Bedingungen zu schaffen. Gerade im
101 Rahmen des Strafrechts ist es dahervon zentraler Bedeutung, gleiche Verhältnisse zu
102 schaffen und gerade nicht gewisse Formen von Gewalt ohne erkennbaren Grund gegenüber
103 anderen zu privilegieren. Deshalb ist es für ein gleiches Recht von zentraler
104 Bedeutung, Strafbarkeitslücken vollumfänglich zu schließen und vergleichbares Unrecht
105 auch vergleichbar zu bestrafen. Wie bereits angerissen, stellt das Schließen von
106 Strafbarkeitslücken unserem Selbstverständnis nach zwar nicht die endgültige Lösung
107 des Problems dar, ist aber als Schaffung einer gleichen Grundlage ein Schritt von
108 essentieller Bedeutung.
- 109 Ein wechselseitiger Blick vom Strafgesetzbuch in Wirklichkeit offenbart nämlich vor
110 allem eins: Eine solche gleiche Grundlage existiert nicht. Denn wohingegen das
111 Eigentum und das Kapital vollumfänglichen Schutz erfahren und beinahe jedwede
112 Konstellation abgedeckt scheint, geht der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung oder
113 der Schutz vor partnerschaftlicher Gewalt zu oft an der Lebensrealität der
114 Betroffenen vorbei. Und das obwohl die Istanbul-Konvention gerade diesen lückenlosen
115 Schutz garantieren soll. Nach ihr ist „Jede Form von ungewolltem sexuell bestimmtem
116 verbalem, nonverbalem oder körperlichem Verhalten mit dem Zweck oder der Folge, die
117 Würde einer Person zu verletzen, insbesondere wenn dadurch ein Umfeld der
118 Einschüchterung, Feindseligkeit, Erniedrigung, Entwürdigung oder Beleidigung
119 geschaffen wird, strafrechtlich oder mit sonstigen rechtlichen Sanktionen zu
120 bestrafen“. Und doch stehen wir mehr als 10 Jahre nach der Verabschiedung des
121 Abkommens hier und Forderungen nach einem Tatbestand für Cat Calling (verbale oder
122 nonverbale sexuelle Belästigung) und Stealthing (das unabgesprochene Nicht-Verwenden
123 eines Kondoms beziehungsweise das Vorspielen der Verwendung eines solchen) sowie der
124 Einführung eines Konsensmodells im Rahmen der Vergewaltigung (Grundsatz Ja-heißt-Ja)
125 sind weiterhin aktuell.
- 126 Es ist also eindeutig, welche Rechtsgüter aktuell vollumfänglichen Schutz erfahren
127 und welche eben zweitrangig geschützt werden. Der Schutz des Eigentums wird

128 vollumfänglich gewährt, der Schutz vor patriarchaler Gewalt zu oft nur lückenhaft.

129

130 **Deshalb fordern wir:**

131 - Die konsequente Umsetzung des Grundsatzes Ja-heißt-Ja und damit
132 einhergehend die Einführung von Fahrlässigkeitstatbeständen zum Schutz der sexuellen
133 Selbstbestimmung

134 - Eine eindeutige Erweiterung des Paragraphen § 179 StGB um den Tatbestand des
135 Stealthings sowie ähnlich gelagerter Fälle, um so endlich für rechtliche Klarheit zu
136 sorgen

137 - Eine Erweiterung des Paragraphen § 179 Absatz 5 StGB dahingehend, dass der
138 Lebensrealität Betroffener (vor allem solcher die von andauernder häuslicher oder
139 partnerschaftlicher Gewalt betroffen sind) Sorge getragen wird; Konkret die Aufnahme
140 der „konkreten und hinreichenden Befürchtung von Gewalt“ sowie die Anpassung des
141 Begriffs der Schutzlosigkeit, um die subjektive Perspektive der betroffenen Personen
142 Sorge zu tragen

143 - Die Einführung eines Tatbestandes für verbale sexuelle Belästigung (Cat
144 Calling) nach dem Vorbild Spaniens

145

146 **Ein Ausblick - Gerech ist das Recht noch lange nicht**

147 Uns ist klar, dass dies nur der Start einer Debatte sein kann, diesich der
148 Problematik der Ungleichheit innerhalb des Rechts annimmt. Denn die Probleme reichen
149 weit über die hier angerissenen Perspektiven hinaus. So gilt es konsequent
150 patriarchalen und rassistischen Strukturen innerhalb unseres gesamten Rechts und der
151 Jusitz den Kampf anzusagen und Änderungen auf den Weg zu bringen, die wirklich zu
152 echter rechtlicher Gleichheit führen.

153 Und ebenfalls ist auch der Justizvollzug in seiner aktuellen Form in Gänze zu
154 überdenken. Ziel muss sein, eine gesamtgesellschaftliche Lösung zu erarbeiten, die
155 nicht in Gut und Böse spaltet, sondern Täter*innen resozialisiert und in die
156 Gesellschaft aufnimmt.

Antrag INI04: Die Abschaffung der Menschenrechte in der EU ein historischer Erfolg? Nein zu GEAS und der Haltung der SPD Parteispitze

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:
- 2 Seit dem 08. Mai ist klar, dass die EU mit Vollgas auf eine Aushöhlung der
3 Menschenrechte an den sogenannten Außengrenzen zusteuert. Denn die EU
4 Innenminister*innen und somit auch Nancy Faeser haben dem neuen „EU Grenzverfahren“
5 (GEAS) zugestimmt. Dieses soll eine „eindeutige, faire und schnelle Prüfung der
6 Asylanträge von Geflüchteten sicherstellen“, bewirkt aber genau das Gegenteil. Über
7 50 Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Seenotrettungsorganisationen
8 warnen vor dem Ausverkauf der Menschenrechte in Europa.
- 9
- 10 Die GEAS Reform beinhaltet unter anderem:
- 11 In Europa ankommende Schutzsuchende können in Drittstaaten abgeschoben werden, die
12 sie nie zuvor betreten haben – nur minimalste Versorgung muss dort gewährleistet
13 werden.
- 14 Wenn Menschen an den EU Außengrenzen, wie beispielsweise in Griechenland oder Italien
15 ankommen, gelten sie als nicht eingereist, obwohl sie sich auch Territorium eines EU
16 Mitgliedstaats aufhalten und unter der „effektiven Kontrolle“ des Staates stehen. Im
17 Rahmen von so genannten Grenzverfahren werden Menschen in gefängnisähnlichen Lagern
18 eingesperrt. Dort können sie sich nicht frei bewegen und sind von der Außenwelt
19 abgeschnitten. So können Geflüchtete bis zu 6 Monate an den EU Außengrenzen
20 festgehalten werden. Die geplanten Lager werden Camps, wie dem Geflüchtetenlager
21 „Moria“ auf Lesbos in nichts nachstehen. Sie haben keine Möglichkeit sich rechtlich
22 beraten zu lassen. So ist es fast unmöglich, gegen abgelehnte Asylanträge Einspruch
23 zu erheben.
- 24 Hinzu kommt, dass Anträge von Asylsuchenden aus Ländern mit geringer Schutzquote
25 innerhalb von wenigen Tagen abgelehnt werden können.
- 26 Wenn Kinder mit ihren Eltern geflüchtet sind, können diese auch in Grenzverfahren
27 kommen und damit auch de facto inhaftiert werden. Selbst das absolute Minimalziel der
28 SPD wurde somit nicht erreicht. Wenn Schutzsuchende die EU-Grenzen unregistriert
29 überschreiten und zum Beispiel in Deutschland ankommen, wäre auch hier die Anwendung
30 von Grenzverfahren nicht ausgeschlossen. Auch für andere vulnerable Menschen gibt es
31 keine generellen Ausnahmen vom Grenzverfahren.
- 32 Das ungerechte Dublin-System wird verschärft, indem Überstellungsfristen verlängert
33 und der Rechtsschutz eingeschränkt werden soll.
- 34 »Solidaritätsmechanismus«: Statt Geflüchtete aufzunehmen, sollen EU-Staaten schlicht
35 Geld an außereuropäische Drittstaaten zur sogenannten „Flüchtlingsabwehr“ zahlen
36 können. Eine verpflichtende Aufnahme von Schutzsuchenden durch alle EU-Staaten ist
37 nicht vorgesehen. Damit kann die sogenannte libysche Küstenwache noch stärker von der

38 EU finanziert werden, die bereits wegen zahlreicher illegaler Pushbacks und
39 Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht.

40 Die Praxis der Pushbacks wird eher zunehmen, denn die Verantwortung für die
41 ankommenden Schutzsuchenden bleibt bei den EU-Grenzstaaten. Das bedeutet, dass der
42 Zugang zu einem Asylverfahren ausgehebelt werden kann und Pushbacks als präventiver
43 Grenzschutz legitimiert werden.

44

45 Dieses Verfahren ist ein Kniefall vor rechtskonservativen und nationalistischen
46 Kräften und mit den feministischen und internationalistischen Werten der Jusos und
47 der SPD nicht vereinbar. Um so schlimmer ist es, dass Nancy Faeser diesem Verfahren
48 zustimmt und es als "historischen Erfolg" bezeichnet. Auch der SPD Parteivorstand
49 stärkt ihr den Rücken. Als Sozialdemokrat*innen sollten wir uns für Menschenrechte
50 einsetzen und nicht deren Abschaffung feiern. Das Einsperren von Menschen in Lager
51 als "hohe rechtsstaatliche Standards" zu bezeichnen, klingt für uns nach purem
52 Zynismus. Des Weiteren behauptet Nancy Faeser, dass Menschen aus Afghanistan oder
53 Syrien nicht in die Grenzverfahren kommen würden. Dies ist auch faktisch nicht
54 richtig, denn wenn diese Menschen über angeblich sichere Drittstaaten wie die Türkei
55 einreisen, können sie dorthin abgeschoben werden. Menschenverachtende Verfahren
56 dürfen nicht mit irreführenden Formulierungen gerechtfertigt werden.

57

58 Wir als Jusos Hannover distanzieren uns klar von den Aussagen von Nancy Faeser und
59 der SPD Parteivorstand. Für uns ist klar, dass die Menschenwürde nicht an den EU
60 Außengrenzen aufhört. Wir kämpfen weiter für ein Recht auf Asyl und legale
61 Fluchtrouten in die EU.

62 Wir fordern außerdem von den SPD Abgeordneten im Europaparlament, sowie der S&D-
63 Fraktion insgesamt, sich gegen diese Reform zu stellen!

64